PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 16. November 1976, fertiggestellt.

18. November 1976 Jg. 4 Nr. 46 50 Pfg.

Zweiter Angriff auf Baustelle Brokdorf

Die Einheit festigt sich im langandauernden Kampf

Die Finanzbourgeoisie setzt auf die Kernenergie, um mit der billigen Energie die Rationalisierung und Auspressung unbezahlter Mehrarbeit in den Fabriken voranzutreiben und dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken und ihre Konkurrenten auszustechen. Gleichzeitig will sie dem Zusammenschluß der ölproduzierenden Länder der Dritten Welt begegnen, um damit eine offene Flanke bei ihren imperialistischen Abenteuern zu schließen. Jetzt muß sie erleben, daß die Massen ihre Pläne durchkreuzen.

Die Massenaktionen in Wyhl und Brokdorf sind ihr in die Knochen gefahren. Die Bourgeoisie fürchtet „die Vorstellung einer Cabora-Bassa-Baustelle an der Unterelbe, wo – wie im ehemals portugiesischen Mocambique der Staudamm – ein Kernkraftwerk hinter einem undurchdringlichen Schutzwall von Polizei und Bundesgrenzschutz entstehen würde. Da in der Bundesrepublik noch etwa 25 weitere Kernkraftwerke notwendig sind, würde das Land zu einem Gruselkabinett, in dem von Nord bis Süd nur noch Polizeiknüppel und Maschinenpistolen regieren." (Frankfurter Allgemeine, 16. November) Nicht daß die Bourgeoisie vor solchem Einsatz zurückschreckt. Aber weder konnten die Imperialisten damit den Cabora-Bassa-Staudamm fertigstellen, noch konnten sie ihre endgültige Niederlage in Mocambique verhindern.

Etwa 30 000 waren am Samstag zu Demonstration und Kundgebung am Bauplatz des Kernkraftwerkes in Brokdorf gekommen. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe hatte dazu aufgerufen. Die Demonstranten kamen aus Schleswig-Holstein und Hamburg und aus der ganzen BRD.

Gegenüber der Demonstration am 30. Oktober, zu der 5 000 gekommen waren, hat der Zusammenschluß gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf und gegen das Atomprogramm der Bundesregierung Fortschritte gemacht. Bedeutend mehr Arbeiter, Bauern und Werktätige aus der Wilster Marsch haben sich beteiligt. Auf der Elbe demonstrierten die Elbfischer gegen den Bau des Kernkraftwerks. Sie hatten ihre Schiffe mit Parolen gegen das Kernkraftwerk bemalt.

War bei der ersten Demonstration das Aktionsziel „Kein KKW in Brokdorf!" noch wenig verankert und überwogen Losungen gegen den Atomtod, so war diesmal die Entschlossenheit groß, den Kampf um die Einstellung der Bautätigkeit und um die Besetzung des Platzes zu führen. Aus allen Städten Schleswig-Holsteins wurde berichtet, daß alle für die zu erwartende Auseinandersetzung nützlichen Gegenstände ausverkauft waren. Eine Kundgebung, zu der sich allerlei Vertreter des Parlamentarismus und des Rechtsweges angekündigt hatten und die abseits vom Baugelände durchgeführt werden sollte, wurde nur von wenigen besucht. Sie mußte rasch beendet werden, weil klar war, daß die Auseinandersetzungen am Bauplatz geführt wurden. Unter der Losung: „In Reihen gehen wir zum Tor, und dann geht's auf den Bauplatz vor!" zogen die Kundgebungsteilnehmer zum Bauplatz.

Die Reaktion hatte sich bürgerkriegsmäßig vorbereitet, um den Bau durchzusetzen. In den Tagen davor und noch in den Abend- und Nachtstunden kamen Ansagen des Innenministers und des Ministerpräsidenten durchs Radio, in denen vor Gewalt gewarnt wurde und angekündigt wurde, mit aller Härte gegen die Demonstranten vorzugehen. Das hat keineswegs die Massen eingeschüchtert, sondern ganz im Gegenteil die Empörung und Wut und den Kampfeswillen gegen die Reaktion geschürt. Polizeieinheiten aus der ganzen BRD waren zusam-

(Fortsetzung Seite 2)



Bruchsal/Baden. Erneut haben letzte Woche die Siemens-Arbeiter im Kampf gegen Stillegungspläne und Entlas-

Bruchsal/Baden. Erneut haben letzte Woche die Siemens-Arbeiter im Kampf gegen Stillegungspläne und Entlassungen zum Mittel des Streiks und der Demonstration gegriffen.
Die Zusammenstöße zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten häufen sich in den Metallbetrieben. Aus verschiedensten Anlässen wird gestreikt. Der Grund ist stets: die Arbeiter haben den wachsenden Druck der Kapitalisten satt. Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses wird erkannt. Im bevorstehenden Tarifkampf wird es Streik geben oder es wird nichts geben. In diesem Bewußtsein beschließen die Arbeiter ihre Forderungen. Immer häufiger ist es die Forderung nach 1 DM für die Stunde oder 170 DM auf den Monat. (Berichte auf Seite 5 und 6)

Die Bourgeoisie setzt auf die Revisionisten

Streikbewegung in Italien

Das italienische Parlament hat von Donnerstag bis Sonnabend der letzten Woche über die Plünderungsmaßnahmen der Andreotti-Regierung debattiert. Zum Schluß fand eine Vertrauensabstimmung statt. Für die Regierung haben nur die Christdemokraten und die Südtiroler Volkspartei gestimmt. Außer den Faschisten haben alle anderen bürgerlichen Parteien mit den Revisionisten an der Spitze sich enthalten und so der Regierung die Fortsetzung ihres volksfeindlichen Programms ermöglicht.

Während die bürgerlichen Politiker über die Durchsetzung des Programms der Finanzbourgeoisie berieten, setzten die italienischen Arbeiter und Lohnabhängigen ihre Streikbewegung fort. In zahlreichen Regionen fanden weitere Generalstreiks gegen das Lohnraubprogramm der Finanzbourgeoisie statt, unter anderem am 10. in der Region Latium mit der Hauptstadt Rom und am 12. in Kampanien mit dem Zentrum Neapel.

Gleichzeitig entwickelt sich in den öffentlichen Diensten die Streikbewegung um den neuen Tarifvertrag. In der letzten Woche streikten während der Parlamentsdebatte die Eisenbahner, die Postler und die Arbeiter der staatlichen Monopolbetriebe (für Tabak usw.). Für diese Woche sind weitere Streiks der Staats- und Kommunalangestellten und der Lohnabhängigen in den Krankenhäusern geplant.

Die Revisionisten hatten vor einigen Wochen ein gemeinsames Treffen aller die Regierung direkt oder durch Stimmenthaltung unterstützenden Parteien gefordert. Sie wollten so einen Schritt voran zu ihrer unmittelbaren Regierungsbeteiligung machen. Andreotti hat das abgelehnt und stattdessen die Parlamentsdebatte angesetzt. Die Finanzbourgeoisie will die Revisionisten und Reformisten lieber, ohne sie an die Regierung zu lassen, zur Spaltung der Arbeiterbewegung einsetzen. Zu diesem Zweck sollten sie nach den Streiks der letzten Wochen in aller Öffentlichkeit von der parlamentarischen Tribüne ihre Unterstützung für den Raubzug des Finanzkapitals verkünden. Das haben sie getan. Die Andreotti-Regierung hat die Gelegenheit benutzt, um gleich eine weitere Steigerung des Raubzugs auf den Lohn anzukündigen. Die revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer sollen sich, so Andreotti, innerhalb eines Monats mit dem Kapitalistenverband einigen, „wie man am besten dem Erfordernis niedrigerer Arbeitskosten durch eine teilweise Blockierung der gleitenden Lohnskala gerecht" werden könne. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. November) Gleichzeitig hat er die Ausdehnung der vom Staat verfügten Blockierung der gleitenden Lohnskala auf die Renten sowie auf die Überstunden- und Schichtzuschläge angekündigt.

Als Ergebnis einer „Informationsreise" des italienischen Außenhandelsministers in die USA wurde bekanntgegeben, daß der Internationale Währungsfonds über einen neuen Kredit von 530 Milliarden Dollar überhaupt nur verhandeln will, wenn diese Bedingungen durchgesetzt sind. (Corriere della Sera, 14. November)

Bei der gegenwärtigen Inflationsrate von etwa 20 Prozent bedeutet eine Halbierung der gleitenden Lohnskala eine Lohnsenkung um weit über 10 Prozent, wenn man die jetzt beschlossenen Steuererhöhungen einrechnet. Bereits im laufenden Jahr sind die Staatseinnahmen aus den Steuern, die zum größten Teil von den Lohnabhängigen aufzubringen sind, gegenüber 1975 um 40 Prozent gestiegen.

Durch Regierungsdekret ist die gleitende Lohnskala schon für Einkommen über 1 200 DM halb und über 1 500 DM ganz eingefroren worden. Jetzt läßt die Regierung offen heraus, daß die Löhne aller Lohnabhängigen drastisch gesenkt werden sollen. Dazu will sie die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer einspannen.

Die Revisionisten wären dazu gern bereit. Andreottis Parlamentsrede hat „bei allen Parteien, von den Christlichen Demokraten bis zu den Kommunisten, eine positive Aufnahme" gefunden. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. November)

Bei den Arbeitern hat sie keine positive Aufnahme gefunden. Die Streikbewegung hat sich nach der Parlamentssitzung weiter entwickelt.

Der Vorschlag

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV schlägt den Mitglieder der ÖTV vor, sie sollten in der beginnenden Lohnbewegung sich um die Forderung 8 Prozent, 300 DM Urlaubsgeld für alle gleich, 50 DM Urlaubsgeldzuschlag für jedes Kind sowie Abschaffung der Bindung des Tarifurlaubs an die Höhe der Löhne und Gehälter, zusammenzuschließen.

Die Bourgeoisie sagt, diese Forderung würde etwa 12 Milliarden DM kosten. Diese 12 Milliarden auf die Beschäftigten in öffentlichen Diensten, bei Bahn und Post gleich verteilt ergäbe runde 210 DM.

Beträge zwischen 170 und 190 DM wurden bislang in den Betrieben und Dienststellen erörtert. Das Volumen entspricht dem Ergebnis der bisherigen Mitgliederdiskussion, wenn man beachtet, daß die Forderung von 300 DM Urlaubsgeld auf ungefähr 20 DM im Monat hinausläuft und die Verheirateten für jedes Kind pro Monat so um die 4 DM erhielten.

Wie die Forderung gestellt ist, wird die unübersehbare Masse der Beschäftigten von diesen Geldern nichts erblicken. Die Marke von 210 DM wird von einem Ledigen erst bei einem Bruttoeinkommen von mehr als 3 000 DM erreicht. Wer's hat, soll uns schreiben.

Wir schätzen, daß selbst bei „voller Durchsetzung" dieses Vorschlags zwischen 5 Prozent und 10 Prozent der Beschäftigten in öffentlichen Diensten zu karger Ernährung, man kann auch Hunger dafür sagen, genötigt sein werden.

Vielleicht stört das Heinz Klunkker, der dies Problem offensichtlich nicht hat, nicht. Andere stört es.

Diese Forderung, und das ist diesmal mit viel Liebe und richtig dreist gemacht, hat überhaupt keine Richtung gegen den staatlichen Dienstherren und Ausbeuter. Sie ist
herren und Ausbeuter. Sie ist
hauptsächlich da, um die Beschäftigten in öffentlichen Diensten, insbesondere aber die Mitglieder der ÖTV zu spalten.

Dazu dient die Forderung nach Urlaubsgeld ebenso wie die Forderung nach Abschaffung der Bindung des Urlaubs an die Lohn- und Gehaltsgruppen. Dazu dient insbesondere der Sonderbetrag von 50 DM Urlaubsgeldzuschlag für jedes Kind, der auf den tariflichen Monatslohn gerechnet sage und schreibe eben diese 4 Mark ausmacht.

Alles sind Forderungen, die lange schon gestellt sind und Tradition haben. Die Sozialdemokraten erhoffen, daß die Behauptung, das Versprechen, für diese Forderungen eintreten zu wollen, hinreicht, um die Mitglieder wenigstens zu erheblichen Teilen zum Schlucken der 8 Prozent zu bewegen.

Diese Nebenforderungen bilden für die unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen keinen Ersatz für den Lohnverlust, den die 8 Prozent bringen. Die besser verdienenden Lohngruppen, so wird spekuliert, werden diesen Forderungsvorschlag „annehmen", während die unteren das nicht können. In der Spaltung, die man dann hat, will Kluncker den linken Flügel der selbständigen Bewegung, der in den Gewerkschaften der öffentlichen Dienste stark ist und bislang noch aus jeder Lohnbewegung gestärkt hervorgegangen ist, in die Minderheit bringen und ideologisch schlagen.

Dafür braucht er Zeit. Deswegen wird – erstmalig auch dies – ausdrücklich angekündigt, daß die Große Tarifkommission erst am 19. Januar beschließen wird. Bis dahin will's der Sozialdemokrat erledigt haben.

Anschließend soll es Lohnabbau, kapitalistische Rationalisierung, politische Entrechtung und viel, viel Klassenversöhnung geben.

In Anbetracht der Entwicklung der letzten acht oder zehn Jahre ist das ganze ein etwas närrischer Plan.

Die Einheit festigt sich im langandauernden Kampf

(Fortsetzung von Seite 1)
mengezogen worden. Der Bundesgrenzschutz stand in Bereitschaft. In Itzehoe fuhren Polizeiwagen mit Mainzer Kennzeichen mit Blaulicht durch die Stadt. Auf dem Bauplatz selbst hatte die Polizei den festungsmäßigen Ausbau weiter vorangetrieben. Gräben bis zu 8 Meter Breite, NATO-Stacheldraht in mehreren Schichten und Reihen, Zäune und Betonmauern um den Platz. Auf dem Platz selber waren etwa 2 000 Polizisten aufgezogen. Über dem Gelände kreisten Polizei- und Bundesgrenzschutz-Hubschrauber.

Als die ersten Demonstrationszüge auf einer Straße am Bauplatz entlang und vor das Tor zogen, wurden sie sofort von der Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas angegriffen. Neu ankommende Demonstrationstrupps, die fünf bis sechs Kilometer vor dem Bauplatz die Autos und Busse verlassen mußten, mußten mehrere Polizeiketten durchbrechen, um zum Platz zu kommen. Im Verlauf des Nachmittags und des frühen Abends kam es am Tor des Bauplatzes und entlang der ganzen Breitseite des Platzes zu heftigen Kämpfen mit der Polizei. Es wurden Brücken gebaut, und an mehreren Stellen wurde der Hauptzaun durchgeschnitten. Es wurden Parolen gerufen: „Sofortige Einstellung der Bauarbeiten! Volksgewalt gegen Staatsgewalt! Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!“ Die Polizei ließ von Hubschraubern aus Tränengasbomben werfen. Ein gepanzertes Polizeifahrzeug wurde in den Graben gesetzt und funktionsunfähig gemacht. Ein Polizeifahrzeug brannte aus.

Trotz der heftigen Kämpfe gelang es nicht, den Platz zu stürmen, um die Bautätigkeit sofort nachhaltig einzustellen. War es der Polizei auch gelungen, mit Tränengas, Stacheldraht und Wasserwerfern die Einnahme des Platzes zu verhindern, so war es ihr jedoch überhaupt nicht gelungen, die Massen von ihrem Ziel abzubringen. Im Gegenteil, die Klarheit über den Feind und die Entschlossenheit hat zugenommen. Die „Hannoversche Allgemeine“ (15. November) berichtet: „Auf dem Brokdorfer Elbdeich, etwa 200 Meter entfernt von der ‚Frontlinie‘, verfolgte die Mehrzahl der Demonstranten die Auseinandersetzungen. (...) Beifall der Zuschauer brandete jedesmal auf, wenn es gelang, eine Nebelkerze in die Polizeireihen zurückzuwerfen. Die Zuschauer sorgten auch für den Nachschub von Schlamm, der von den Angreifern in der ersten Reihe auf Wasserwerfer und Polizeibeamte geschleudert wurde.“ Recht hat die Zeitung. Die gegenseitige Unterstützung war groß. Das lag gerade daran, daß es keine „Zuschauer“ gab, sondern daß die Massen für ein gemeinsames Ziel kämpften.

Nachdem inzwischen von zwei Seiten weitere Polizeiverbände und Bundesgrenzschutz anrückten, leitete der KBW den organisierten Abzug ein, um die weiteren Aktionen genauso organisiert vorzubereiten. Dies wurde von den anwesenden Mitgliedern der KPD/ML und der Bürgerinitiative unterstützt. Es wurde ein Demonstrationszug gebildet, der nochmals über die angrenzenden Felder, den Aufmarschplatz der Demonstration, zog. Diesem schlossen sich nahezu alle an. Es wurde gerufen: „Wir kommen wieder! Das Kernkraftwerk wird nicht gebaut!“ Ein machtvoller, geordneter Demonstrationszug hvon etwa 7 000 bis 10 000 zog unter den Parolen gegen das Kernkraftwerk nach Wewelsfleth. Dort wurde auf dem Sportplatz eine Abschlußkundgebung gehalten und die Abfahrt der Busse organisiert. Auch dies war ein weiterer Fortschritt in der Organisierung des Kampfes gegen das Kernkraftwerk und zur Überwindung der Zersplitterung und Desorganisierung der Bewegung.

Die Kämpfe am Samstag haben die Pläne der Landes- und Bundesregierung, das Kernkraftwerk zu bauen, weiter erschüttert. Es kommt jetzt darauf an, den Kampf fortzuführen einerseits durch Aktionen in der Wilster Marsch gegen die Bautätigkeit am Kernkraftwerk. Dazu muß man sich mit den Bauarbeitern verbinden. Am 23. November findet im Landtag in Kiel eine Debatte über den Bau des Kernkraftwerkes statt. Die Initiative gegen ein Kernkraftwerk in Eckernförde (Ostsee) hat den Vorschlag gemacht, an diesem Tag eine Demonstration in Kiel durchzuführen. Diesen Vorschlag unterstützt der KBW. Er wird ein weiterer Schlag gegen das imperialistische Atomenergieprogramm der Bundesregierung werden und eine gute Voraussetzung für weitere direkte Aktionen gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf.

Gegen die in Niedersachsen geplante zentrale Atommüllwiederaufbereitungsanlage hatten sich am vergangenen Donnerstag etwa 2 500 Arbeiter und Bauern, Schüler und Studenten in Hannover zu einer Kundgebung versammelt. An diesem Tag traf sich der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht mit den Bundesministern Maihofer, Matthöfer und Friderichs, um Einzelheiten der Durchsetzung des Baus der Anlage festzulegen. Kurzfristig haben sie ihr Treffen in den von der Bannmeile geschützten Landtag gelegt, der von mehreren Polizeihundertschaften umstellt war. Heute (16. November) steht in den Zeitungen, daß die Anlage voraussichtlich im Emsland gebaut wird. Die Wiederaufbereitungsanlage soll das Herzstück des imperialistischen Energieprogramms werden, weil sie die erneute Nutzung des Atommülls ermöglicht und die Finanzbourgeoisie in der Uranzufuhr weitgehend unabhängig wird. Ihr Bau würde für die Werktätigen im weiten Umkreis die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen bedeuten und für die Bauern direkt die Vernichtung ihrer Existenz. Vor der Kundgebung, zu der Bürgerinitiativen aus ganz Niedersachsen aufgerufen hatten, führten Bauern aus der Heide, dem Emsland und dem Lichtenmoor bei Bremen einen Treckerumzug durch. Auf einem Anhänger hatten sie zwei Galgen angebracht; an dem einen hing eine Stoltenberg-Puppe, der andere Galgen war noch leer und mit einem Schild „Albrecht?“ versehen. Ein Bauer aus der Gegend des Lichtenmoors erklärte: „Man weiß nicht, was daraus wird. Die ganzen Weiden werden verseucht, die Kühe, die Milch. Wir verlieren unsere Existenz. In unserem Dorf sind alle dagegen.“ Und wenn mit dem Bau der Wiederaufbereitungsanlage begonnen wird: „Besetzen, was sonst.“ Im Anschluß an die Kundgebung der Bürgerinitiativen rief der KBW zu einer Demonstration auf, an der sich über 400 beteiligten.

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen sind gegen die Kernkraftwerke und die Wiederaufbereitungsanlagen, weil sie unter der Herrschaft des Finanzkapitals nur verstärkte Ausbeutung der Arbeiter, Ausplünderung der Volksmassen und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen bedeuten. Sieben Arbeiter der Kieler Howaldt-Werft haben erklärt: „Wir sind nicht gegen Kernkraftwerke. Aber die Unternehmer haben gezeigt, daß sie aus Profitgründen solche Anlagen nicht sicher betreiben können. Bei uns auf der Howaldt-Werft haben dies mehrere Explosionen in Azetylen-Gasanlagen, bei denen es sogar einen Todesfall gab, deutlich bewiesen: Nicht die Sicherheit zählt, sondern die Gewinne der Unternehmer. Der gewonnene billige Strom dient auch nicht der Sicherung der Arbeitsplätze, sondern nur der verschärften Rationalisierung. Heute ist der Bau von Kernkraftwerken kein Fortschritt, sondern er zerstört die Lebensgrundlage der Bauern und gefährdet ganze Landstriche. Wir unterstützen deshalb den Kampf der Bauern und der Bevölkerung der Wilster Marsch gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf. Die Arbeiter und Bauern müssen gemeinsam gegen Kernkraftwerke kämpfen. Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!“ – (c., Kiel / Red.)

OPEC-Länder beraten Preiserhöhungen – „Alarmstimmung“

„Ölverbraucherländer in Alarmstimmung“, meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Die OPEC-Länder beraten gegenwärtig über eine Erhöhung der Abgabepreise an die Erdölkonzerne. Die USA haben andere imperialistische Staaten zu Gesprächen eingeladen, um Pressionen gegen die Ölländer zu beraten. Die Imperialisten haben die Wirtschaftskrise genutzt, um die Ölpreise zu drücken und die Ölländer erneut in feste Abhängigkeit zu bringen. Noch im Juli hatte das „Handelsblatt“ triumphierend gemeldet: „Devisenreserven fließen in umgekehrter Richtung. Ölländer konnten kaum noch Zuwachs buchen.“ Die Imperialisten wollen alles daran setzen, daß das so bleibt. Die OPEC-Länder haben in den letzten Monaten ihre Rabatte untereinander angeglichen und ihre Einheit erneut gefestigt. Nur gemeinsam werden sie ihre Interessen gegen die imperialistischen Räuber verteidigen können. Diskutiert werden Preiserhöhungen gegenüber den Ölkonzernen von 10 bis 25 Prozent.

1975 – das „beste Bankenjahr“

Das Jahr 1975 war nach Untersuchungen der Deutschen Bundesbank das „beste Bankenjahr“ seit acht Jahren. Die Banken haben in der Krise riesige Gewinne gemacht. „Der Durchbruch nach oben hat sich in den beiden letzten Jahren mit einem Anstieg der Relation Zinsüberschuß zu Geschäftsvolumen auf 2,13 und 2,21 % vollzogen. Im Jahre 1974 hat dies nach Angaben der Bundesbank daran gelegen, daß die Haben-Zinsen im Durchschnitt gegenüber 1973 weniger stark gestiegen sind als die Soll-Zinsen. Im Jahre 1975 sind die Haben-Zinsen stärker zurückgegangen als die Soll-Zinsen.“ Eine äußerst schwachsinnige „Erklärung“, die überhaupt nichts erklärt. Tatsache ist, daß das ständig steigende Gewicht der Banken sie befähigt, einen wachsenden Teil des Profits aus der Ausbeutung sich anzueignen. Sowohl wenn sich die Krise abzeichnet als auch wenn die Bourgeoisie auf „Aufschwung“ schaltet. Die Banken bleiben am Drücker.

„Aufschwung“ schaltet. Die Banken bleiben am Drücker.

Streikkämpfe in Israel

Streikkämpfe in Israel

Die israelische Siedlergesellschaft ist angeschlagen durch den Kampf des palästinensischen Volkes

Gegenwärtig wird die israelische Siedlergesellschaft von heftigen Streikkämpfen erschüttert. Seit Wochen sind Zehntausende von jüdischen Arbeitern, Angestellten, Krankenhausbeschäftigten im Streik. Die Streikkämpfe richten sich gegen die drastischen Steuer- und Preiserhöhungen des Kolonialstaates. 40 000 Lohnabhängige im Staatsapparat und 8 000 Lehrer haben entweder an einem Tag gestreikt oder den Streik angedroht. In Tel Aviv haben die Arbeiter einer Konservenfabrik die Kapitalisten für 27 Stunden eingesperrt, um bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Über den Umfang des Streiks gibt folgendes Zitat aus der „Süddeutschen Zeitung“ Aufschluß: „Gegenwärtig sind 70 000 in mehr oder weniger schwerwiegende Arbeitskämpfe verwickelt, die je nach einzelnen Berufsgruppen von Ausstandsdrohungen und Dienst nach Vorschrift bis zu Streiks reichen. Über das Wochenende wurden die Manager der Fruchtsaftfirma Assis in Ramat Gan in ihrer Fabrik von Arbeitern eingeschlossen. 16 000 Ingenieure und Techniker sind im Ausstand, die Zöllner arbeiten nur zum Teil, die Lotsen legten die Häfen für einige Stunden lahm, die Beamten der Technischen Hochschule in Haifa verweigerten die Arbeit, die Krankenhausärzte erfüllen ihre Aufgaben nur zum Teil, die Beschäftigten einer Flaschengasfirma streikten und die Arbeiter in den chemischen Werken am Toten Meer in Sodom verweigerten die Auslieferung der Waren. Selbst die Staatsanwälte haben Streiks angedroht.“ (Süddeutsche Zeitung, 9.11.76) Die französische Zeitung „Le Monde“ kommentiert, man könne zwar noch nicht vom „allgemeinen Chaos“ sprechen, aber das Wort „Krise“ sei bereits zu schwach.

Die Imperialisten beobachten diese Streiks besorgt. Israel ist ihr Stützpunkt und bewaffneter Arm gegen die kämpfenden arabischen Völker. Die israelische Gesellschaft ist eine Kolonialgesellschaft, deren Existenz auf der Vertreibung des palästinensischen Volkes beruht und der Besatzung eines Landes, deren Zweck die Aggression gegen die arabischen Länder im Interesse der Imperialisten ist. Selbstverständlich werden die jüdischen Arbeiter von der zionistischen Bourgeoisie ausgebeutet, aber bislang ist der Klassengegensatz unterdrückt worden durch die Aggression des zionistischen Staates gegen das palästinensische Volk und durch dessen Unterjochung. Genährt hat sich diese Gesellschaft vom Raub palästinensischen Bodens und der Früchte der Arbeit des palästinensischen Volkes. Zusammengehalten worden ist sie durch den „Sicherheitsmythos“, jene Ideologie, daß die Zionisten unschlagbar sind. Durch die Schläge des bewaffneten Volkskrieges des palästinensischen Volkes, durch die Massenerhebungen in besetzten Gebieten, durch den Oktoberkrieg 1973 ist dieser Sicherheitsmythos angeschlagen. Die zionistische Bourgeoisie muß umgekehrt gewaltig aufrüsten und braucht immer neue Waffen von ihren imperialistischen Hintermännern, vor allem dem USA-Imperialismus. Natürlich macht dieser damit ein Geschäft. Die Staatsverschuldung Israels hat „lawinenartig zugenommen und macht derzeit 44 Milliarden DM“ aus.

Die israelische Wirtschaft steckt in einer Krise. Der größte Konzern im Land, der Flugzeughersteller IAI, der 12 000 Arbeiter ausbeutet, hat „akuten Auftragsmangel“. Die Bauindustrie erhält vom Zionistenstaat kaum noch Aufträge. Zehntausende arabische Arbeiter, die bisher zu Hungerlöhnen und unter schlechtesten Arbeitsbedingungen ausgebeutet wurden, wurden auf die Straße geworfen.

In dieser Situation der ökonomischen und politischen Krise wollte die zionistische Bourgeoisie erneut über Preiserhöhungen von 15 bis 20 Prozent auf Lebensmittel, die öffentlichen Verkehrsmittel, auf 12 bis 13 Prozent für Benzin sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer Geld in die Staatskasse holen. Bereits im August waren 8 000 israelische Kleinhändler aus Protest gegen die Einführung der Mehrwertsteuer in einen dreitägigen Boykott getreten. Der Zusammenhalt der israelischen Gesellschaft wird zersetzt, in ihr bricht die Klassenspaltung auf.

Die Histadruth hatte angedroht, „gegen ohne ihre Einwilligung Streikende energisch vorzugehen und mit deren Ausschluß gedroht“. Mehrmals hatte sich die Histadruth mit der „Seeleute-Union“ angelegt, weil diese immer wieder zu illegalen Streiks aufrief. Die Histadruth fürchtet um die bevorstehende Zitrusernte, weil auf deren Höhepunkt immer die Streiks durchgeführt werden. Die Histadruth ist ein staatskapitalistisches Monopol, das selber Lohnarbeit ausbeutet, über die Herrschaft in den Versicherungskassen die Arbeiter unterdrückt und entscheidend an den zionistischen Kolonialisierungsprogrammen gegen das palästinensische Volk beteiligt ist. Lediglich die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften in Westdeutschland bezeichnen diese Kolonialistenorganisation als Gewerkschaft. Genauso wie die Sozialdemokraten hier, die unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit die Kapitalisten bei der Verschärfung der Ausbeutung, der kapitalistischen Rationalisierung und beim Lohnraub unterstützen, betreibt die Histadruth ihr neues Kolonialisierungsprogramm gegen das palästinensische Volk unter dem Vorwand der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Weitere palästinensische Dörfer sollen „industrialisiert“ werden, das heißt, die Zionisten wollen die Arbeitslosigkeit der palästinensischen Arbeiter ausnutzen, um den Lohn weiter zu drücken. Außerdem sollen „kleinere zinsgünstige Darlehen“ an Palästinenser zur Gründung „eigener Unternehmen“ vergeben werden. (Zitate aus verschiedenen Ausgaben von „Blick durch die Wirtschaft“) So denken sich das die Zionisten. Sie wollen den palästinensischen Boden weiter unter ihre Kontrolle bekommen und die Palästinenser selber dafür gewinnen und korrumpieren.

Gegen die terroristischen Besetzungsmaßnahmen der Kolonialmacht haben im November erneut Kämpfe und Massendemonstrationen stattgefunden. Die palästinensischen Schüler auf dem Westufer des Jordan haben Demonstrationen durchgeführt und organisiert. Sie haben Barrikaden gebaut, die zionistischen Truppen mit Steinen bombardiert. In anderen Städten auf dem Westufer des Jordan haben ebenfalls Demonstrationen stattgefunden. Ausdrücklich unterstützen die palästinensischen Massen den Kampf ihres Volkes im Libanon gegen die reaktionären christlichen Truppen. Gegenwärtig rücken im Libanon die Truppen der Arabischen Liga ein, deren Hauptkontingent die syrischen Interventionstruppen stellen. Diese Woche sind sie in Beirut eingerückt. Durch den Kampf des palästinensischen Volkes gegen die reaktionären christlichen Truppen sowie gegen die Truppen Syriens mußte das arabische Gipfeltreffen jedoch ausdrücklich das Kairoer Abkommen anerkennen, das dem palästinensischen Volk das Recht garantiert, auch vom Libanon aus den Kampf gegen den Zionistenstaat zu führen. Das palästinensische Volk führt unter Führung der PLO, seiner Befreiungsorganisation, im Vertrauen auf die eigene Kraft den bewaffneten Volkskrieg. Dies ist auch die Gewähr dafür, daß ihm keine Fesseln im Kampf gegen den Zionistenstaat auferlegt werden. Die reaktionären Christen versuchen den Kampf fortzusetzen. Sowohl in Beirut wurden ihre Angriffe zurückgeschlagen, wie auch im Südlibanon, nahe der israelischen Grenze, die palästinensischen Kämpfer Angriffe der reaktionären Christen zurückgeschlagen haben. Mit der Waffe in der Hand verteidigt das palästinensische Volk im Libanon seine Kampfrechte, in den von den Zionisten besetzten Gebieten bricht der Kampf nicht mehr ab, die israelische Kolonialgesellschaft selber zeigt alle Anzeichen einer tiefen Zersetzung – die Zionisten werden gewißt besiegt werden. Auf den Trümmern des Kolonialstaates wird ein demokratisches Palästine errichtet werden. – (hjh)

Sinkendes Selbstvertrauen der Bourgeois – steigender Goldpreis

Der Goldpreis steigt wieder. Er hat teilweise bereits wieder 140 Dollar pro Unze erreicht. Die bürgerlichen Finanzexperten hatten im letzten Jahr viel von der „Demonetarisierung des Goldes“ gesprochen. Das war großenteils Zweckpropaganda, um billig an das Gold zu kommen, der durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) versteigert wird und so aus den Händen des Fonds in die Hände der Banken direkt gebracht werden soll. Das jetzige Steigen des Goldpreises zeigt, daß die Bourgeoisie erstens von einer erneuten Beschleunigung der Inflation ausgeht und zweitens ihrem angeblichen „Aufschwung“ der kapitalistischen Produktion nicht traut. In solchen Zeiten zieht es die Bourgeoisie nach dem guten Baren in möglichst fester Form.

„Speichernde Stellen“

Am 12.11. hat der Bundesrat dem „Bundesdatenschutzgesetz“ zugestimmt. Es handelt sich um ein Gesetz zur Ausspionierung und Überwachung der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Generell wird das Recht auf Speicherung „personenbezogener Daten“ für Behörden erteilt, „wenn das zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der speichernden Stelle liegenden Aufgaben erforderlich ist“ (§ 7). „Auskunft an den Betroffenen“ über Verwendung der Daten ist möglich, unterbleibt aber, wenn „die Auskunft die regelmäßige Erfüllung der in der Zuständigkeit der speichernden Stelle liegenden Aufgaben gefährden würde“, oder „die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bleiben würde“ (§ 11). Diese „Auskunft“ wird nur gegen Kostenerstattung erteilt. Wie ängstlich muß sich eine herrschende Klasse in ihrer Haut fühlen, die die Massen mit „speichernden Stellen“ unter Kontrolle halten will. Als nächstes ist ein „Bundesmeldegesetz“ geplant.

Siemens-Konzern monopolisiert Reaktorbau

Nach zweijährigen Verhandlungen hat der Siemens-Konzern jetzt die fünfzigprozentige Beteiligung des AEG-Konzerns an der KWU (Kraftwerk Union AG) übernommen. Gleichzeitig hat der Siemens-Konzern seine fünfzigprozentige Beteiligung an der TU (Transformator Union) auf eine Mehrheitsbeteiligung von 75 Prozent erhöhen können. Die KWU war 1969 durch Siemens und AEG gegründet worden. Beide hatten 1974 die Konzernbereiche Reaktorbau in die Gesellschaft eingebracht. Die KWU hat über 15 000 Beschäftigte. Auch die TU ist eine gemeinsame Gründung der beiden Konzerne. Rund 5 000 Arbeiter und Angestellte werden bei der TU ausgebeutet.

Für die 50 Prozent der KWU bezahlt der Siemens-Konzern 618 Millionen, für die 25 Prozent an der TU bezahlt er 50 Millionen, insgesamt also 668 Millionen.

Der AEG-Konzern ist damit aus dem Reaktorbau ausge chaltet. In der Transformatorenindustrie ist er dem Diktat des Siemens-Konzerns weitgehend unterworfen. Die KWU bringt bis jetzt noch keine großen Profite. Ihr Besitz hat jedoch für die Beherrschung des Kernkraftmarktes in der BRD und für den Kampf um den Weltmarkt im Kraftwerk- und Reaktorenbau strategische Bedeutung. Hinter der Übernahme der KWU durch den Siemens-Konzern stecken auch die beiden Großbanken Deutsche Bank und Dresdner Bank. Der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank ist Aufsichtsratsvorsitzender der AEG. Im Aufsichtsrat von Siemens ist die Deutsche Bank zweifach, die Dresdner Bank aber ebenfalls vertreten. Die KWU hat dieses Jahr einen Umsatz von rund 3 Milliarden und einen Auftragsbestand von an die 30 Milliarden. Ende des Jahrzehnts verspricht sich der Siemens-Konzern Riesengewinne mit der KWU, die dieses Jahr erstmals einen Profit von 47 Millionen bringen soll.

Die Bourgeoispresse ist sich nicht ganz einig, wie sie diesen Konzentrationsakt beurteilen soll. Die „Frankfurter Rundschau" äußert Bedenken. „Die Welt" dagegen schreibt: „*Der deutschen Elektroindustrie wurde mit dieser Lösung jedenfalls ein großer Dienst erwiesen, der bereits auf mittlere Sicht der gesamten Volkswirtschaft zugute kommen muß. Unter den Anbietern von Kernkraftwerken rangiert Siemens jetzt weltweit als Nummer drei und in Europa als Nummer eins. Dieses nationale Interesse mag es dem Bundeskartellamt erleichtert haben, seine Zustimmung für die Eingliederung der KWU in den Siemens-Konzern grundsätzlich zu erteilen. Freilich dürfte den Wettbewerbshütern in Berlin entgegengekommen sein, daß sich nach außen, also im Markt, praktisch nichts verändert.*"

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" erinnert daran, daß der Siemens-Konzern erst vor kurzem der AEG die Anteile an Osram abgenommen und sich damit die Mehrheitsbeteiligung an diesem Konzern verschafft hatte. Dann heißt es:

„*Zusammen fügen diese drei Transaktionen dem Weltumsatz des führenden deutschen Elektrounternehmens nach dem jetzigen Stand einen Betrag in der Größenordnung von 5 Milliarden hinzu; das ist ungefähr ein Viertel des bisherigen Umsatzvolumens. Siemens wird sich damit 1977 möglicherweise – wenn nicht andere Großkonzerne gewaltig expandieren sollten – als das umsatzstärkste deutsche Unternehmen präsentieren. Als privater Arbeitgeber steht die Gesellschaft in der Bundesrepublik ohnehin schon unangefochten an der Spitze. Was daraus in Zukunft noch werden kann, deutet der Auftragsbestand der Kraftwerk Union an. Mit einem Volumen um die 30 Milliarden (Letter of Intend) geht er beträchtlich über das hinaus, was Siemens selbst vorweisen kann. Der Zeitpunkt ist abzusehen, an dem die Kraftwerkunion Jahresumsätze von 5 Milliarden DM und mehr wird vorweisen können. Heute ordnet sich Siemens unter den größten Elektrounternehmen der Welt an fünfter Stelle ein. Wie lange noch?*"

Die AEG ist natürlich nicht freiwillig, sondern gezwungenermaßen aus diesem Geschäft ausgestiegen. Jahrzehntelang war die AEG der beherrschende imperialistische Elektrokonzern in Deutschland. Der Siemens-Konzern konnte die AEG überholen und aus dem Kraftwerk- und Reaktorbau verdrängen, weil er inzwischen der größte Kapitalexporteur der westdeutschen Elektroindustrie ist. Bereits 1971 war der Konzern in 52 Ländern vertreten und hatte 21 Produktionsanlagen im Ausland errichtet. Heute sind es bereits 130 Länder. Neue Fabriken wurden gebaut, die Auslandsinvestitionen 1975/76 auf 390 Millionen gesteigert. Dies ist für die Entfaltung des Exports von Kernkraftanlagen entscheidend. Siemens verschafft der KWU im Ausland die Aufträge, verhandelt für die KWU, wobei der Konzern gleichzeitig als Vertreter der KWU und als inländisches Unternehmen auftritt. Die Siemenswerke sind auch die entscheidenden Zulieferbetriebe für den Bau der Kernkraftwerke, die KWU exportiert. So verdienen sie doppelt und dreifach an jedem Exportauftrag der KWU.

Der AEG-Geschäftsbericht von 1975 schreibt über das Reaktorgeschäft der KWU in Brasilien: „*Im Mittelpunkt der Ereignisse des Berichtsjahres stand ein langfristiges Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Brasilien über die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergietechnik; die KWU nimmt hierbei eine zentrale Stellung ein. Gegenstand der Vereinbarungen sind außer dem Bau von insgesamt acht Kernkraftwerken – für zwei liegen bereits Kaufabsichtserklärungen vor – auch gemeinsame Aktivitäten unter anderem auf dem Gebiet der nuklearen Komponenten und des Brennstoffkreislaufs. Für die Bundesrepublik Deutschland ist diese Kooperation nicht zuletzt deshalb von besonderem Interesse, weil im Rahmen dieser Partnerschaft auch Uranlieferungen aus Brasilien vorgesehen sind und damit ein wesentlicher Beitrag zur langfristigen Sicherstellung der Uranversorgung der Bundesrepublik Deutschland erwartet werden kann. Die vereinbarte Partnerschaft stellt gleichzeitig ein Signal für den erfolgreichen Durchbruch im Export der deutschen Kernenergietechnik dar.*"

Geschafft hat diesen Durchbruch der Siemens-Konzern, der in Brasilien einen beherrschenden Einfluß ausübt. Im Geschäftsbericht der Siemens Beteiligungen AG für 1975/76 liest sich derselbe Vorgang so:

„*Internationale Beachtung fand der im Juni 1975 geschlossene deutsch-brasilianische Nuklearvertrag, nach dem die Errichtung von acht Kernkraftwerken vom Typ ‚Biblis' der Kraftwerk Union AG (KWU) vorgesehen sind. Im Dezember 1975 wurden dann die Verträge zur Gründung mehrerer Joint Ventures zwischen der KWU, in Brasilien durch Siemens Sao Paulo vertreten, und der nationalen Atomenergiebehörde unterzeichnet.*"

Nur der beherrschende Einfluß des Siemens-Konzerns in verschiedenen Ländern öffnet der KWU dort den Markt und befähigt sie zur Konkurrenz mit ihren imperialistischen Konkurrenten, insbesondere aus den USA. Vorstandsvorsitzender Cipa der AEG nannte als Grund dafür, warum die AEG in der KWU nicht mehr mithalten konnte:

„*AEG-Telefunken hätte auf absehbare Zeit – verglichen mit Siemens – einen großen Rentabilitätsnachteil gehabt. Die Zulieferkomponente hätte – wenn überhaupt – nur durch erhebliche Investitionen im Ausland und nur längerfristig ausgeglichen werden können. Und eine Minderheitsposition hätte sich nicht ausreichend absichern lassen.*"

Der größere Ausbeuter hat den kleineren Ausbeuter verdrängt. Dem kleineren Räuber fehlt das Kapital, um die bevorstehenden großen Raubzüge zu finanzieren. Die AEG braucht die 658 Millionen zunächst einmal, um durch Stillegungen und Entlassungen den Konzern zu sanieren und durch Reorganisation der Ausbeutung im Konzern erneut Höchstprofite einstreichen zu können. Der Siemens-Konzern ist seinem Konkurrenten weit voraus. Er hat in den letzten Jahren 3,3 Milliarden liquide Mittel aus der Ausbeutung der Siemens-Arbeiter bereitgestellt, um solche Konzentrationsmaßnahmen wie jetzt in der KWU durchzuführen. „*Siemens kann aus der Westentasche zahlen*", schreibt das „Handelsblatt.

Gleichzeitig mit dem Aufkauf der KWU- und TU-Anteile hat der Siemens-Konzern angekündigt, 16 Prozent Dividende an seine Aktionäre auszuzahlen. Das sind weitere 250 Millionen DM. Der Siemens-Konzern faßt jetzt ins Auge, direkt auf den US-amerikanischen Reaktormarkt vorzudringen. Für diesen Zweck wird die spätere Beteiligung eines US-Konzerns an der KWU ins Auge gefaßt. „*Aber nicht eines der beiden größten*", wie Plettner, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, der Presse mitteilte.

Für die imperialistischen Ziele des Siemens-Konzerns ist es notwendig, das Kernenergieprogramm der Bundesrepublik voranzutreiben. Die BRD ist so für den Siemens-Konzern die Basis der Expansion sowie Erprobungs- und Ausstellungsgelände. Zwischen dem Überfall in Brokdorf und der Bekanntgabe der Alleinherrschaft von Siemens über die KWU braucht der Zusammenhang nicht lange gesucht werden. Er besteht im Expansionsdrang der imperialistischen Konzerne. Grundlage dafür ist die Verschärfung der Ausbeutung in den Fabriken. – (gs)

Den Kampf um den Lohn mit dem Kampf um die Erhöhung der Rente verbinden

Die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten ist in der kapitalistischen Gesellschaft Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt. Der Ursprung aus den Ausbeutungsverhältnissen ist bei dem Rentensystem eigentlich nicht schwer zu erkennen. Über den wahren Umfang der Ungeheuerlichkeiten, die es für den Arbeiter in dieser Gesellschaft zu einem Pech machen, alt zu werden, macht man sich jedoch gewöhnlich nicht die richtigen Vorstellungen.

Aus dem offiziellen Rentenbericht für das Jahr 1975 der Bundesregierung haben wir die Daten entnommen, die nach einigen Umrechnungen die Grundlage für die nebenstehenden Schaubilder geliefert haben.

Da die Bourgeoisie diese Daten sorgsam vermischt, konnten wir die Verteilung des Einkommens der Rentner insgesamt noch nicht erforschen. Die Schaubilder stützen sich ausschließlich auf die Angaben über das „Altersruhegeld". Witwenrenten usw. sind nicht berücksichtigt.

Dennoch beschönigt die dargestellte Verteilung des „Einkommens", das mehr eine Verspottung menschlicher Bedürfnisse darstellt, die wirklichen Verhältnisse eher, statt sie zu dramatisieren.

Der Durchschnitt der von uns ausgewerteten Renten beträgt mit über 600 DM mehr als der Gesamtdurchschnitt, der von der Bourgeoisie mit 563 DM angegeben wird. Selbst in den Einkommensgruppen zwischen 75 DM und 275 DM handelt es sich demzufolge nicht um „Teilrenten", sondern um, nun eben Geld, das zum Leben reichen muß.

Zu dieser schamlosen Verteilung insgesamt schamlos niedriger Renten kommt es, weil die Kapitalistenklasse in langem Kampf erreicht hat, die Verbindung zwischen dem Kampf um den Lohn und dem Kampf um die Renten zu lösen.

In die Rentenversicherung einzahlen müssen Arbeiter und Kapitalisten „paritätisch". Dafür haben die Kapitalisten nicht die paritätische, sondern die ganze Kontrolle. Bloß bei Unstimmigkeiten in der Kapitalistenklasse selber könnte die Beteiligung anderer Versicherter an der Verwaltung etwas erreichen. Aber diese Unstimmigkeiten kommen natürlich nicht über Wesentliches zustande.

Weil die Inflation die Renten regelrecht wegschmilzt, kommt selbst unter den geschilderten Bedingungen die Bourgeoisie nicht umhin, diese Renten ab und an zu erhöhen. Zwecks Erhöhung werden die Ergebnisse des Kampfes der Arbeiter um Lohn durchschnittlich gerechnet und dann als Prozentbetrag auf die bestehenden Renten aufgeschlagen. Zehn Prozent zum Beispiel, auf einen Betrag von 108,43. Das hat im Laufe der Zeit zu einer ungeheuerlichen Aufspreizung der Renten geführt.

Da die Kapitalisten das Vermögen der Rentenversicherung als ihr eigenes Vermögen betrachten, schreien sie zur Zeit Mordio, weil die Rentenversicherung an ihr Vermögen greifen müßte, um hinreichende Renten zahlen zu können.

Die Kapitalisten verbinden jeden Angriff auf die Renten mit der Drohung an die Arbeiter, daß sie entweder diese Beraubung bei den Renten selber zu schlucken hätten oder auf dem Wege der gesetzlichen Beitragszahlungspflicht geplündert werden.

Mit diesen Methoden wird erst dann Schluß sein, wenn man die Kapitalisten zwingt, die Beiträge für diese Rentenversicherung gänzlich selber zu zahlen. Dann ist der Kampf wenigstens offen und die Arbeiterklasse kann ihre Kraft im Kampf entfalten, statt sich von ledernen Rechenkunststücken beleidigen lassen zu müssen.

Hinsichtlich der Renten selber zeigen alle Schaubilder, daß es ganz unumgänglich und eine aktuelle Sache ist, für eine für alle Rentner gleiche Erhöhung der Renten einzutreten. Eine abermalige Erhöhung selbst um 20 Prozent würde tatsächlich bloß einigen zufällig versicherten Ingenieurswitwen wirklich etwas bringen. Ein Festbetrag von runden 130 DM ist unumgänglich, wird er nicht erkämpft, so bedeutet das für viele Arbeiter und Arbeiterinnen eine schleichende Hinrichtung.

Das Schaubild Nr. 1 zeigt, welch großer Teil der Rentner in den niedrigsten Rentengruppen eingeteilt ist. Zur Berechnung der Rente wird der Lohn verwendet. So durchlebt die Masse der Arbeiter den Lohnraub zweimal im Leben. Die Frauen, die in Leichtlohngruppen ausgebeutet wurden, erhalten dann eben die entsprechenden Renten, die Arbeiter ebenso, und wer arbeitslos war, wird auch dieses später zu spüren haben. So erklärt sich, daß die Menschen, die als Arbeiter über Jahrzehnte hinweg diese ganze aufgeblasene Gesellschaft ernährt haben, „Altersruhegelder" erhalten, die insofern zur Ruhe zwingen, als man sich nicht sehr anstrengen darf, wenn man Hunger hat.

Das Schaubild Nr. 2 zeigt, welche Gruppen der Versicherten zu welchem Prozentsatz jeweils beteiligt sind an der Zahl der Rentner. Schon im Schaubild 1 erkennt man, daß Rentenvergabe und Einstufung so niedrig angelegt sind, daß die große Zahl der Rentner nicht die Masse der Versicherungsgelder erhält.

In Schaubild Nr. 3 haben wir dargestellt, wie eine Erhöhung der Renten um 130 DM für jeden Rentner auswirken würde und haben dazu dargestellt, wie eine dementsprechende Prozentforderung wirken müßte, es ist unschwer erkennbar, daß selbst diese 20-prozentige Rentenanpassung nichts nützen würde.

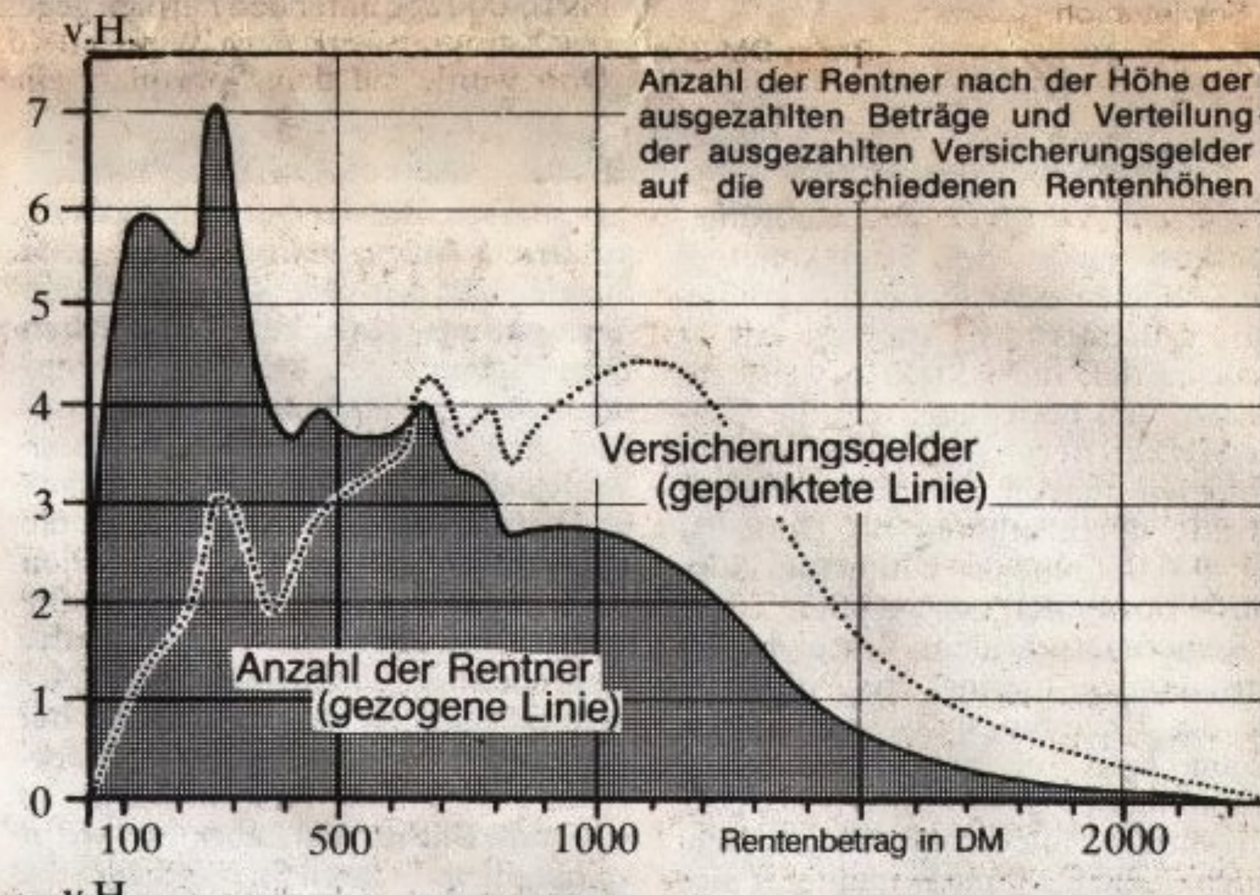
Bisher konnte die Kapitalistenklasse relativ unbehelligt die ihr genehme Rentenanpassung beschließen.

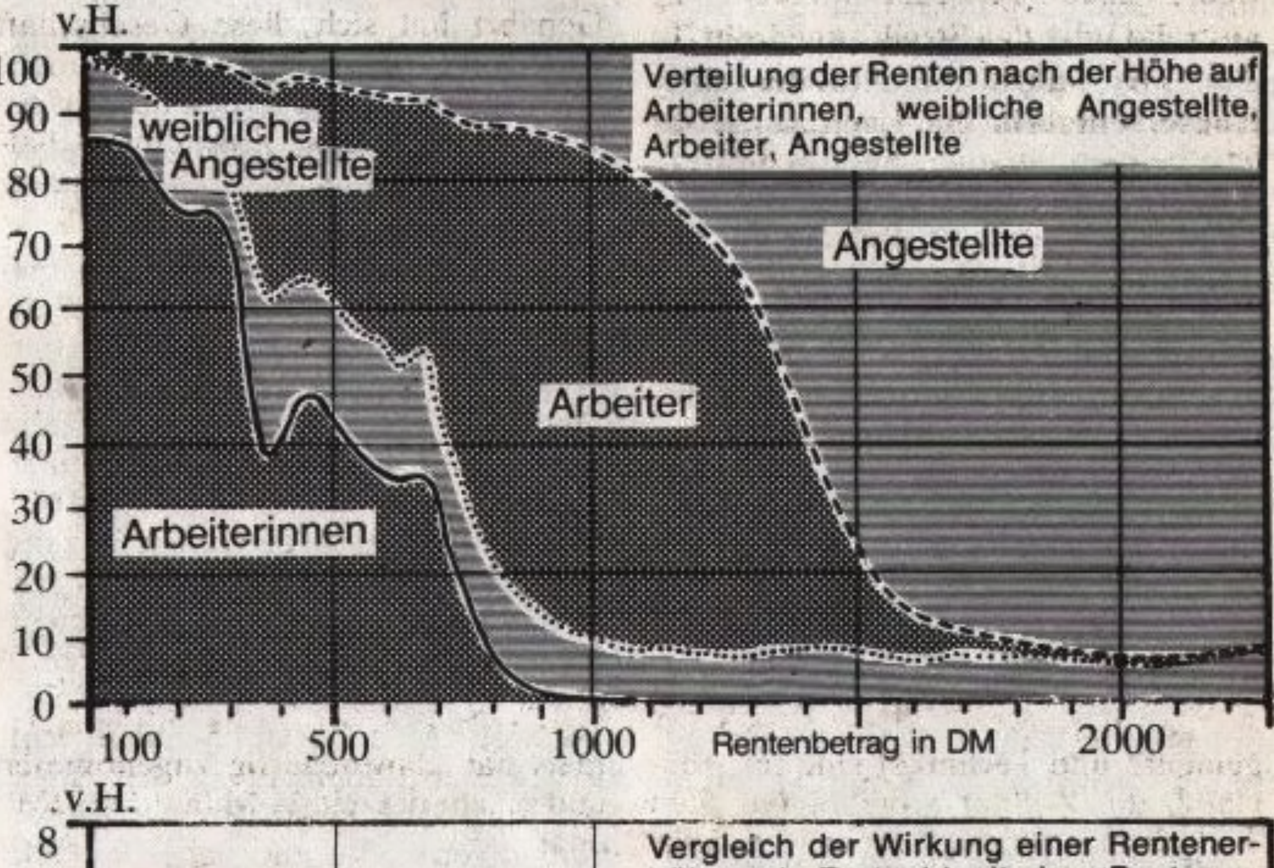
In diesem Jahr hat sie noch nicht einmal herausgelassen, um wieviel sie die Rente eigentlich „anzupassen" gedenke.

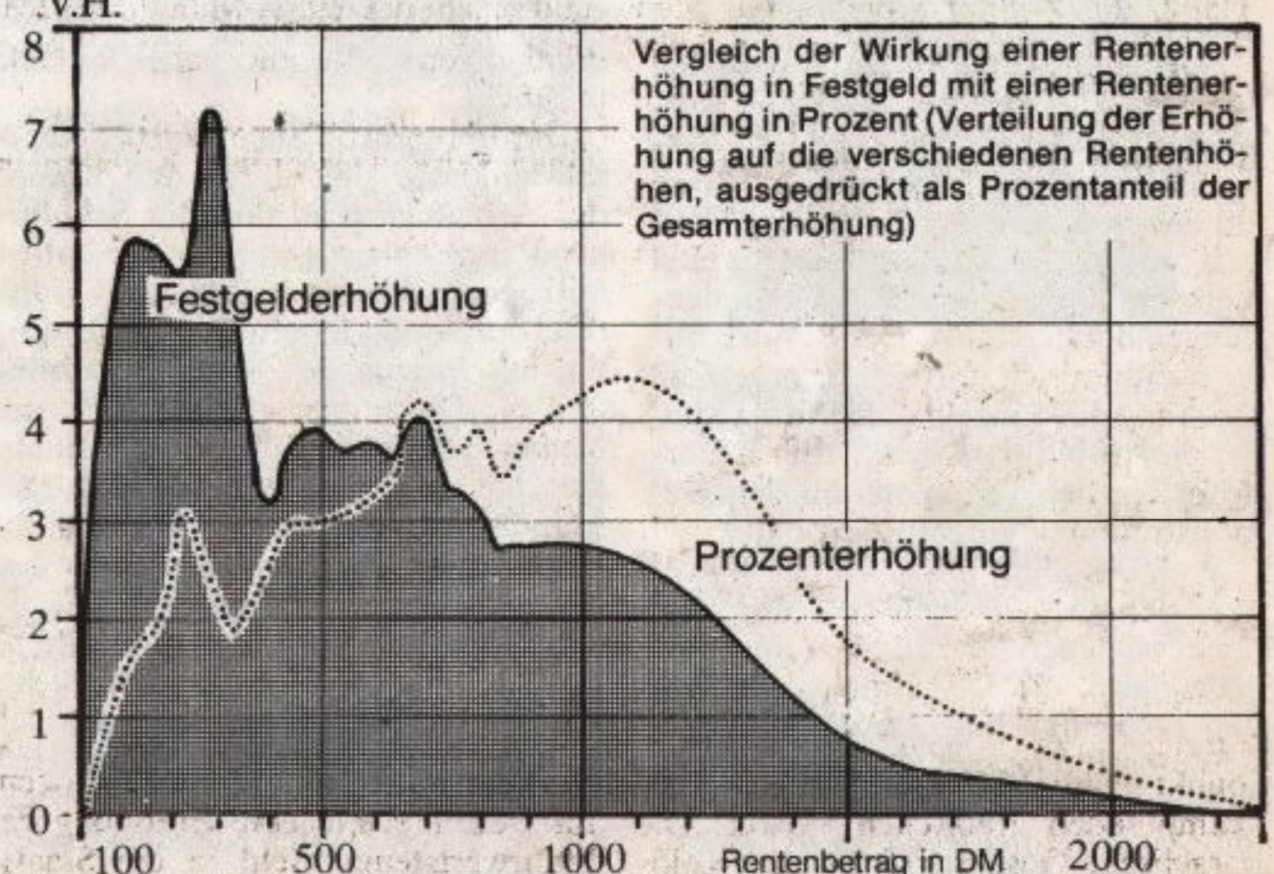
Der Sozialbeirat, der vor der Rentenanpassung von der Regierung gebildet wird und diese berät und vorschlägt, setzt sich folgendermaßen zusammen: vier Vertreter der Versicherten, vier Vertreter der Kapitalisten, drei Vertreter der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und ein Vertreter der Deutschen Bundesbank. Sie sind noch am Durchprobieren.

Die Kapitalisten haben ein enges Verhältnis hergestellt zwischen dem Lohnraub und dem Druck auf die Rentner. Die Arbeiterklasse, die gegen Lohnraub kämpft, wird den Kampf um den Lohn mit dem Kampf um die Erhöhung der Rente verbinden.

Die Arbeiter müssen bei der Aufstellung der Forderung für mehr Lohn gleichzeitig die Erhöhung der Rente diskutieren und die Forderung gegenüber der Regierung festlegen. Die Gewerkschaften, in denen die Arbeiter organisiert sind, auch wenn sie nicht mehr arbeiten, müssen diejenigen sein, die diese Forderung gegenüber der Regierung erheben.







Berechnung nach dem Rentenbericht der Bundesregierung, Stand 1. Juli 1975. Anzahl der „Erwerbsunfähigkeitsrenten und Altersgelder": 6,5 Millionen. Summe des monatlich für diese Renten ausgezahlten Betrags: 4,2 Milliarden.

Kampf der Kasseler Schüler

„Lehrer her, Schulräume her, sonst geben wir keine Ruhe mehr"

15 000 Schüler, Lehrer und Eltern aus 30 Schulen aus Kassel und Umgebung zogen am letzten Mittwoch in einem gewaltigen Demonstrationszug zum Regierungspräsidium, um Regierungspräsident Vilmar das Ultimatum an Kultusminister Krollmann zu stellen: Kein Entzug von Lehrern an den hessischen Schulen! Aufhebung des Einstellungsstopps! Schaffung neuer Planstellen! Fahrtkostenrückerstattung! 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Wochentagen!

Tausendfach schallte es durch die Straßen: „Krollmann heißt er, uns bescheißt er!" Als die ersten Schüler vor dem Regierungsgebäude eintrafen, waren die letzten noch mitten in der Innenstadt. Der Platz vor dem Regierungsgebäude reichte nicht aus, und die gesamten Rasenflächen wurden nach und nach von Schülern, Lehrern und Eltern belagert.



Als ein Vertreter des Koordinationsausschusses des Streikkomitees die Kundgebungsteilnehmer begrüßte, gab es donnernden Applaus. Als er dazu aufrief, die Aktionen weiterzuführen, und berichtete, daß die Walter-Hecker-Berufsschüler bereits beschlossen haben, weitere Kampfschritte durchzuführen bis Donnerstag, also während das Ultimatum läuft, wurde der Beifall noch größer.

Regierungspräsident Vilmar mußte rauskommen, umringt von Polizisten, die das Regierungspräsidium füllten. Kaum hatte er angesetzt: „Liebe Schülerinnnen und Schüler!", ertönte ein schrilles Pfeifkonzert. Er kam nicht durch. Einige Minuten mußte er sich erst einmal die angestaute Wut der Schüler über die Schulpolitik der Landesregierung anhören. Als er dann frech behauptete, die Zahl der Lehrer sei beträchtlich gestiegen, wurde das Pfeifen noch schriller und die Parole kam auf: „Krollmann muß weg!"

„Ja, die Wahrheit müssen Sie sich schon anhören", plärrte Vilmar arrogant durch den Lautsprecher. „Sie brauchen noch eine Menge Gemeinschaftskundeunterricht." Die Schüler antworteten mit lauten Buhrufen. Vilmar bekam kein Bein auf den Boden.

Der Vertreter des Kreisschülerrats, die Landesschulsprecherin und der Vertreter der GEW, die im Anschluß sprachen, bekamen immer dann viel Beifall, wenn sie die Kampfaktionen unterstützten.

Nach der Kundgebung war vielen Schülern klar, daß die Aktionen fortgesetzt werden müssen, wenn die Aktionen einen Sinn haben sollen. Gleich am nächsten Tag wurden an der Hekker- und der Max-Eyth-Berufsschule Versammlungen und Pausenkundgebungen durchgeführt. Die Berufsschüler wandten sich dort scharf gegen die Drohung des Einzelhandelsverbandes, der dieAusbildungsbetriebezur Unterdrückung der Teilnahme an den Demonstrationen aufgefordert hatte.

Woher kommt die gewaltige Bewegung der Kasseler Schüler? Vilmar hat imFernsehenerklärt, er sähe seine Aufgabe darin, die Diskssion wieder auf den ursprünglichen Anlaß zurückzuschrauben. Das hätte er gern. Die Triebkraft dieser gewaltigen Bewegung ist die Unterdrückung der Arbeiterjugend und der Jugend der besitzlosen Klassen, die der bürgerliche Staat an den Schulen betreibt. Fast jede Schule hat auf der Demonstration Transparente gegen den verschärften Druck mitgetragen. Die Schüler wenden sich gegen die Folgen der imperialistischen Bildungsreform, deren Zweck die Heranbildung von billigen und willfährigen Arbeitskräften für die Kapitalistenklasse und das Einreißen der Schranken der Ausbeutung ist. Sie wenden sich gegen die Verrottung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse. Die Arbeiterjugend hat die Forderung nach Fahrtkostenrückerstattung erhoben und sich dagegen gewandt, Bücher und Lehrmittel selbst zu bezahlen. In ihren Streiks haben die Schüler gegen die Unterdrückung durch das Notensystem gekämpft. An der Max-Eyth-Berufsschule z.B. wurde wie an vielen anderen Schulen eine Klassenarbeit verhindert. Eine Schülerin berichtet:

„In der fünften Stunde kam uns die Lehrerin damit, daß wir eine Arbeit schreiben müßten. Wir hatten aber wirklich was Besseres vor. Kurz vorher haben wir beschlossen , die letzten Stunden zu bestreiken. Was also tun? Wir berieten uns in der Klasse und beschlossen, jeder schreibt einen Satz ins Arbeitsheft und gibt ab. Dann kriegen wir alle eine 6, die Arbeit kann nicht bewertet werden, und wir streiken." Einem Streber, der anfing, sein Wohlverhalten gegenüber der Schulaufsicht zu beweisen, indem er an den einen Satz noch eine ganze Reihe anderer dranhängen wollte, ging dabei das Heft in Stücke.

Der bürgerliche Staat und die Kapitalistenklasse sind durch den Kampf der Arbeiterjugend und der Schuljugend angeschlagen worden. Sie haben mit Gegenschlägen geantwortet. Während der Streiks hatten die Schulbeamten mit Entzug des BAFöG gedroht und die Direktoren aufgefordert, die Namen der „Rädelsführer" zu nennen. Das hat seinen Zweck verfehlt. Die Empörung der Schüler über diese Drohung hat die Geschlossenheit der Kampffront nur noch gestärkt. Mit offener Drohung war nichts zu machen. Deshalb haben sie die alltägliche Schulunterdrückung am Tag nach der Demonstration verschärft. An vielen Schulen wurden sofort Klassenarbeiten geschrieben oder Klassenarbeiten zurückgegeben.

Um den weiteren Kampf zu verhindern, blieb den Sozialdemokraten in der Regierung, im Kultusministerium und Regierungpräsidium nur noch der Versuch, die Front von innen her zu zersetzen. Dazu haben sie ihren Parteinachwuchs in der Schülerschaft über den Unterbezirk der SPD ausgerichtet. Die Schülerbewegung hatte sich in ihrem Kampf die Streikleitung, den Koordinationsausschuß der Streikkomitees geschaffen. Dort hatte die Arbeiterjugend unter Führung der Kommunisten durchgesetzt, den Streik fortzusetzen, die Demonstration zum Regierungspräsidium zu organisieren, und die Reformisten gezwungen, auf der Kundgebung weitere Aktionen während des Ultimatums zu propagieren. Also mußte der Koordinationsausschuß weg. Der Unterbezirk der SPD diktierte und Stadtschulsprecher Morneweg (Juso) spurte. Am Samstag schickte er einen Brief an alle Schülervertretungen, in dem er erklärte, der Koordinationsausschuß habe keine Kompetenzen mehr. In seiner Stellungnahme in der Presse verschwieg er das Ultimatum und kündigte stattdessen ein „Gespräch" mit Kultusminister Krollmann am Donnerstag an.

Auch dieses Manöver scheiterte. Der Koordinationsausschuß beschloß, am kommenden Donnerstag ein Tribunal aller Kasseler Schulen zu veranstalten, auf dem die Schulpolitik der SPD/FDP-Regierung angeklagt werden soll und über weitere Kampfschritte beraten werden soll, wenn Krollmann bis dahin die Forderungen nicht erfüllt. Der Stadtschülerrat und alle Schülervertretungen werden aufgefordert, dieses Tribunal zu unterstützen.

Die Reformisten und Revisionisten sind nach dieser Schlappe an den Gymnasien aufgetreten und haben die Arbeiterjugend beschimpft: „Die hängen sich nur an unseren Streik an." Auch damit sind sie nicht durchgekommen, Arbeiterjugendliche sind auf den Versammlungen an den Gymnasien aufgetreten, haben über die Ausbeutung in den Betrieben, über die Verhältnisse an der Berufsschule und über den Kampf der Berufsschüler für 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Wochentagen berichtet. Ein Berufsschüler der Max-Eyth-Schule z.B., der auf einer Vollversammlung des Goethegymnasiums vor 200 Schülern sprach, wurde immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen, als er aufzeigte, daß die Arbeiterjugend und die Schuljugend denselben Gegner haben, sich zusammenschließen müssen und die Aktionen selbständig gegen den bürgerlichen Staat fortsetzen müssen.

Am Sonntag hat sich Kultusminister Krollmann zum ersten Mal nach den Demonstrationen zur Schulpolitik der Landesregierung geäußert. Auf einer SPD-Veranstaltung in Melsungen hat er die „bildungspolitische Arbeit" als „solide und erfolgreich" bezeichnet und erklärt, daß „das Hauptaugenmerk seiner Arbeit der Verbesserung der beruflichen Bildung gelte". Vor der Demonstration hat Regierungspräsident Vilmar erklärt, daß aufgrund des Streiks nicht eine Lehrstelle bewilligt würde. Jetzt muß Krollmann auf die Forderung der Schüler und Berufsschüler reagieren. Er setzt auf Spaltung. Damit wird nichts werden. 180 Berufsschüler der Walter-Hecker-Schule haben auf einer Pausenversammlung am Montag eine Erklärung an alle Kasseler Schüler und den Stadt-Schülerrat verfaßt, in welcher der einheitliche Kampf von Berufsschulen und Schulen zum Ausdruck kommt. Am Samstag will Krollmann mit der Jakob-Grimm-Schule und der Herder-Schule verhandeln. Die meisten Schüler sind der Auffassung, daß dabei nichts herauskommen wird.

Am Dienstag haben die Schülervertreter der Kasseler Schulen über den Stadtschülerrat über weitere Kampfmaßnahmen nach dem Ablauf des Ultimatums beraten. Sie haben beschlossen, eine Abstimmung über die Streikbereitschaft am 22.11. durchzuführen, und waren mehrheitlich der Ansicht, daß der Streik erst wieder aufgenommen werden soll, wenn auch in anderen hessischen Schulen gestreikt wird. Das ist ein Manöver der Reformisten und Revisionisten, die im Schülerrat die Mehrheit haben. Diese Taktik soll dazu führen, daß erstmal Ruhe eintreten soll. Sie schafft der Landesregierung Luft. Daß die Kampfbereitschaft da ist, das haben die Demonstrationen bewiesen. Wenn in Kassel sofort wieder gestreikt wird, dann werden auch andere Schulen in Hessen in den Kampf eintreten. –(wg)

„Jetzt sind auch die Berufsschüler dabei." So lautete letzte Woche die Überschrift einer Kasseler Tageszeitung. Kapitalistenverbände und bürgerlicher Staat sind aufgeschreckt. Oberschuljugend und Arbeiterjugend ziehen geschlossen auf die Straße. Die Arbeiterjugendlichen entwickeln sich zur führenden Kraft. Der Einzelhandelsverband will „den Auswüchsen nicht tatenlos zusehen", die Betriebe werden aufgefordert, die Lehrlinge von den Demonstrationen fernzuhalten. Der bürgerliche Staat versucht über die Schuldirektoren und rechte Lehrer die Schülerbewegung zu unterdrücken. In den Berufsschulen werden Meldezettel von ihnen angefertigt, die erfassen sollen, wer letzte Woche alles gestreikt hat, um sie dann an die Firmen zu schicken. Klassenarbeiten werden geschrieben als Repressalie und Mittel, die Schüler von der Diskussion über weitere Aktionen abzuhalten. Die Bildungsbehörde erklärt: „Durch den Streik wird kein einziger Lehrer eingestellt."

Daß sich der Kampf der Oberschüler verbindet mit dem Kampf der Arbeiterjugend, trifft die Bürgerlichen besonders. Hier wollen sie auch die Spaltungslinie hineintragen. Es geht um Klasseninteressen. Die Schüler und Lehrlinge sprengen durch ihren Kampf die Fesseln der staatlichen Schulgewalt. Die Kämpfe stehen ganz im Widerspruch zum Zwecke des bürgerlichen Schulwesens, rasche Ausscheidung von Arbeitskraft für die Fabriken, wie das Kapital sie braucht. Die Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht hindert die Kapitalisten an der Profitmacherei, deshalb sind sie erbitterte Gegner jeder Ausdehnung der Schulpflicht. Des weiteren wird durch den Zusammenschluß der Schüler dem langfristigen Zweck der Schulausbildung entgegengewirkt, der Spaltung der Arbeiterklasse in völlige Hilfsarbeiter, etwas gebildete Facharbeiter usw. Dafür ist der zuchthausmäßige Charakter des Schulwesens, durch den bürgerlichen Staat garantiert, notwendig. Und genau der wird bekämpft. Die Schüler sprechen dem bürgerlichen Staat das Recht ab, über die Versetzung der Lehrer zu entscheiden, prangern den Lehrermangel an.

Daß es um Klasseninteressen geht, zeigt die wütende Reaktion der Kapitalisten in Kassel. Die Bewegung unter den Schülern ermöglicht den Zusammenschluß unter der revolutionären Forderung der Arbeiterklasse nach Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr. Im Kampf um die Einheitsschule ist es möglich, die Schule aus einem Ort der Indoktrination von Widerstandslosen in einen Ort zu verwandeln, wo sich der Klassenkampf schwungvoll entfaltet. Diese schwungvolle Entfaltung des Klassenkampfes ist die nützlichste und gedeihlichste Art der Erziehung, die es gibt, befähigt sie doch, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates vorzubereiten, nach deren Erfolg die produktive Kraft der Arbeiterklasse sich erst entfalten kann: beim Aufbau des Sozialismus.

AEG-Arbeiter: „Die Schüler müssen weiter Druck machen!"

Am Donnerstag war die machtvolle Schülerdemonstration Tagesgespräch bei den AEG-Arbeitern und Arbeiterinnen in der Kühlschrankfabrik. „Mein Junge hat mitgestreikt und demonstriert. Der Regierungspräsident und alle, die hinter ihm stecken, haben doch gar kein Interesse daran, daß die Kinder was Vernünftiges lernen können. Die sagen: Soundsoviele sollen ans Band, soundsoviele ins Büro, soundsoviele in Minister-, Richter- und Offizierssessel. Wozu sollen die Arbeiter und kleinen Angestellten was lernen? Die haben doch Angst davor, daß wir ihnen zu schlau werden und das den ‚Betriebsfrieden' stört. Denkt nur, wie sauer die sind, wenn wir kontrollieren, daß sie den Akkord nicht hintenherum erhöhen, wie neulich, als wir ihnen bewiesen haben, daß die automatischen Zähler ca. 10 Schränke weniger pro Schicht gezählt haben, als wir geschafft haben. Wie hat der Meister doch gesagt: ‚Ihr sollt nicht zählen, sondern arbeiten!' "

Alle fanden die Forderungen der Schüler richtig. „Der Regierungspräsident wird sich weigern, die Forderungen zu erfüllen. Die Schüler müssen weiter Druck machen."

„Unsere Unterstützung ist euch gewiß"

„Wir, 11 Kollegen von Petzing & Hartmann, haben erfahren, daß ihr seit einer Woche den Unterricht nach der 6. Stunde bestreikt, zur Durchsetzung eurer gerechten Forderungen nach 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Wochentagen – Recht für arbeitslose Jugendliche und Hilfsarbeiter auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl – Nutzung, Erweiterung und Neubau von Lehrwerkstätten u.a. Weil ihr euch Tagessprecher gewählt habt, die diese Forderungen vertreten und weil ihr euch zusammengeschlossen habt im Kampf für diese Forderungen, werdet ihr sie auch durchsetzen. Unsere Unterstützung ist euch gewiß."

Für unsere Forderungen:
Der Streik muß sofort wieder aufgenommen werden!

Am Donnerstag läuft das Ultimatum der Kasseler Schüler an die Landesregierung ab. Es war richtig, Kultusminister Krollmann darauf festzulegen, bis Donnerstag die Forderungen:
- Aufhebung des Einstellungsstopps!
- Schaffung neuer Planstellen!
- Kein Entzug von Lehrern!
- 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Wochentagen!
- Fahrtkostenrückerstattung für Berufsschüler!

zu erfüllen.

Über den Regierungspräsidenten hat Krollmann erklären lassen, durch den Streik und die Aktionen wird kein einziger Lehrer mehr eingestellt.

Gemeinsam mit Unternehmerverband und Presse will die Landesregierung die Forderungen unterdrücken.

Über Verhandlungen werden wir sie nicht durchsetzen können. Deswegen ist die Weiterführung des Streiks notwendig. Der Streik muß sofort wieder aufgenommen werden.

Wir fordern den Stadtschülerrat und alle Schüler auf, die Weiterführung des Streiks zu beschließen und den Streik aller Kasseler Schüler durch eine Urabstimmung einzuleiten. Wenn die Kasseler Schüler gemeinsam marschieren, werden wir unsere Forderungen durchsetzen.

(Verabschiedet am 15.11. von 180 Schülern der Vollversammlung W.-Hecker-Schule)



15 000 Schüler ziehen zum Regierungspräsidium und stellen den Regierungspräsidenten zur Rede

Siemens Bruchsal

Streik und Demonstrationen gegen die Entlassungen

Am Mittwoch, dem 10.11., legten über 3 000 Arbeiter in Siemens Bruchsal die Arbeit nieder. Mittwoch morgen wurde bekannt, daß 33 Arbeiter aus der Abteilung Werkzeugbau entlassen werden sollen. Eine Woche zuvor wurden schon 36 Arbeiter aus der Schlosserei gekündigt. Sofort führten die Arbeiter eine Versammlung durch und berieten, was zu tun ist und wie die Entlassungen verhindert werden können. Zu streiken war die erste Reaktion der Kollegen. Die Reformisten hielten sie davon ab, zuerst solle man den Direktor Zeiser holen, er solle Rede und Antwort stehen, sagten sie. Er kam nicht. Um 14 Uhr nachmittags begannen die Arbeiter im Werkzeugbau den Streik. Sie ziehen durch das ganze Werk, die Arbeiter in den anderen Abteilungen schließen sich ihnen an. Schließlich sind es 3 000, fast das ganze Werk, das bestreikt wird. Die Arbeiter ziehen auf die Straße, dort schlagen viele vor, einen Demonstrationszug durch die Bruchsaler Innenstadt zu formieren. Es kommt nicht dazu, weil die Reformisten abwiegeln. Die Arbeiter streiken bis Betriebsschluß. Sie sind sich ihrer Kraft bewußt. Nur wenn die Produktion ruht, können die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen. Die Klarheit über den Feind schafft die Einheit. Der Feind der Arbeiter sind die Kapitalisten. Höchstprofite sind ihre Ziele. Um diese Ziele durchzusetzen, wird die Arbeitshetze verschärft und werden Arbeiter entlassen.

Die Einheit der Arbeiter gegen die Kapitalisten festigt sich

Die Siemens-Kapitalisten stellen derzeit die Produktion um. Elektromechanische Systeme sollen durch elektronische abgelöst werden. Durch Einführung dieser neuen Technik werden die Produktionsstunden um knapp zwei Drittel der Zeit verringert. Die Umstellung der Produktion dient der Erhöhung der Profite. Die Technik nützt den Arbeitern nichts, solange sie nicht die Herren der Produktion sind. Im Fernsehen ist Mittwoch abends zu hören: Die Arbeiter wollen mit dem Streik auf die Rationalisierungen aufmerksam machen. Die Arbeiter machen nicht aufmerksam, sie kämpfen dagegen.

chen nicht aufmerksam, sie kämpfen

Die Zelle Metall erstellt eine „Arbeiterstimme Extra", die am nächsten Morgen verteilt wird. „Der Streik muß fortgesetzt werden, bis alle Kündigungen zurückgenommen sind", ist die Stoßrichtung des Flugblatts. Darüber wird heftig im Betrieb diskutiert. Verhandlungen, die zwischen Gewerkschaftsführung, Betriebsrat und Geschäftsleitung für diesen Tag angekündigt sind, kommen nicht zustande, weil die Geschäftsleitung gegen gemeinsame Verhandlungen ist. Das steigert die Wut der Arbeiter auf die Geschäftsleitung. Die Weiterführung des Streiks ist zum Greifen nahe. Dann bringt die Geschäftsleitung das Faß zum Überlaufen. Eine jugoslawische Vertrauensfrau wird fristlos gekündigt. Diese hatte am Mittwoch die ausländischen Kollegen aktiv zum Streik mobilisiert.

Um 10.15 Uhr wird die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter im 5. Flur sind die ersten. Sie lassen nicht zu, daß eine klassenkämpferische Kollegin entlassen wird. Der Meister der Abteilung, bekannt und bezahlt als Antreiber, wird zur Rede gestellt. Kreidebleich war er nachher. Die Entlassung verbreitet sich wie ein Lauffeuer im Werk. Die Arbeiter im Werkzeugbau und in der Schlosserei streiken daraufhin ebenfalls. Sie ziehen in den 5. Flur. Dort ist inzwischen Direktor Zeiser eingetroffen. Er will die Arbeiterinnen abwiegeln und beruhigen. Er wird ausgebuht. Die Arbeiter und Arbeiterinnen tragen die jugoslawische Kollegin auf den Schultern durch das ganze Werk. Keine Entlassung der jugoslawischen Kollegin!, ist die Forderung. Niemand wird mehr entlassen! die Stoßrichtung. Die Arbeit ist überall im ganzen Werk niedergelegt. Im Hochhaus – dort sind fast nur Frauen beschäftigt – streiken diesmal beinahe alle mit, am Mittwoch waren es nur gut 50 Prozent. Die Einheit der Kollegen ist noch mehr gefestigt. Wer soll sie jetzt noch aufhalten? Sie ziehen auf die Straße. Ein Demonstrationszug wird aufgestellt. Was am Mittwoch noch hat verhindert werden können, wird heute in die Tat umgesetzt. Um die 3 000 Arbeiter ziehen durch die Bruchsaler Innenstadt. Sie gehen vors Rathaus. „Bieringer (Oberbürgermeister) komm raus!", ist die Forderung.

Er muß geholt werden und wird an die Spitze der Demonstration gestellt. Das macht er nicht freiwillig. Denn auch er ist kein Freund der Arbeiter, sondern ein Kapitalistenknecht. Das wissen die Arbeiter. Er wird von ihnen geholt, weil die Arbeiter die politischen Vertreter der Kapitalistenklasse zur Rechenschaft ziehen müssen. Durch die Einheit haben die Arbeiter ihre Kraft entfaltet.

„So etwas habe ich seit 25 Jahren

„So etwas habe ich seit 25 Jahren nicht erlebt", sagt ein Kollege, der zuerst schwankend war, ob diese Aktionen denn das Richtige seien, jetzt aber hellauf begeistert ist. „Das hätten wir schon vor zwei Jahren machen müssen", sagt ein anderer. Parolen werden auf dem Marsch gerufen, in denen zum Ausdruck kommt, daß die Arbeiter entschlossen sind, den Streik bis zur Rücknahme aller Kündigungen weiter zu führen.

Vor dem Tor des Werkzeugbaus kommt der Zug zum stehen. Holzwath von der IG Metall hält eine Rede. Seine wesentlichen Forderungen sind:

1. Der Ausfall für die bestreikten Tage muß voll bezahlt werden.
2. Sämtliche Kündigungen in der Schlosserei müssen zurückgenommen werden.
3. Die Arbeiter sollen am Freitag wieder an die Arbeit gehen, die Gewerkschaftsführung wird verhandeln.

Die Gewerkschaftsführer wiegeln den Streik ab

Die Arbeiter sollen den Streik abbrechen und ihre Interessen in die Hände der Gewerkschaftsführung legen. Die Zelle Metall erstellt eine weitere „Arbeiterstimme", die am nächsten Morgen verteilt wird: Die Verhandlungen sind nur erfolgreich, wenn der Streik fortgesetzt wird, ist ihre Stoßrichtung. Die Arbeiter durchkreuzen das Manöver der Sozialdemokraten. Am Freitag wird ab 1 Uhr weitergestreikt. Die Verhandlungen sind bis dahin ergebnislos. Wieder gehen die Arbeiter auf die Straße vor dem Werk und blockieren sie für eine Stunde. Am Freitag streikt auch ein Teil der Angestellten mit. Auf der Kundgebung werden nicht nur die Kapitalisten, sondern auch ihre Handlanger von der bürgerlichen Presse angegriffen. Moss, Redakteur der „Badischen Neuesten Nachrichten", wird wegen seiner Artikel zur Rechenschaft gezogen. Die Arbeiter sagen: „Wir kaufen eure Zeitung und müssen darin den Standpunkt der Geschäftsleitung lesen." Als Moss sich verteidigen will, gehen die Arbeiter ihm beinahe an den Kragen.

Die Gewerkschaftsführung versucht wiederum einen Spaltungsversuch. „Am Montag muß die Arbeit wieder aufgenommen werden", sagt Misol, Gewerkschaftssekretär, weil am Mittwoch ein Feiertag ist, und wenn am Montag und Dienstag gestreikt würde, würde die Geschäftsleitung den Mittwoch nicht bezahlen. „Wir müssen auf jeden Fall weiterstreiken, sonst bricht die Streikfront zusammen. Wir fordern von der Geschäftsleitung, daß alle bestreikten Tage bezahlt werden, sie wird auch den Mittwoch bezahlen müssen," sagt ein Arbeiter. Er bekommt großen Beifall. Dennoch gelingt den Sozialdemokraten, die Fortsetzung des Streiks am Montag zu verhindern. Ohne die Gewerkschaft, das wissen die Arbeiter, können wir die Einheit gegen die Siemes-Kapitalisten nicht herstellen, und noch geben die Reformisten in der Gewerkschaft den Ton an. Aber die Arbeiter halten an der Erfüllung ihrer Forderung fest, und sie bleiben weiter streikbereit.

In allen Abteilungen tauchen am Montag wahrscheinlich von der Geschäftsleitung gesteuerte Unterschriftenlisten auf, in denen die Arbeiter sich mit ihrer Unterschrift verpflichten sollen, während der Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat den Arbeitsfrieden einzuhalten, bis zum Montag, dem 22.11., um 13 Uhr, um die Verhandlungen in einer entspannten Atmosphäre durchführen zu können. Die Unterschriftenaktion ist ein Schlag ins Wasser. In den kämpferischen Abteilungen Werkzeugbau und Schlosserei hat niemand unterschrieben. Auch in den anderen Abteilungen kommen nur wenige Unterschriften zusammen. Das zeigt, die Arbeiter werden das Kampfmittel des Streiks erneut einsetzen, wenn es ihnen notwendig erscheint. Die Bruchsaler Siemens-Arbeiter haben Erfahrung im Kampf mit den Siemenskapitalisten. Seit Februar 1976 stehen sie in heftigen Auseinandersetzungen, kämpfen sie gegen Entlassungen, gibt es häufig Streiks in einzelnen Abteilungen.

In jedem Kampf gewinnen sie an Erfahrung, erkennen sie besser die Politik der Klassenversöhnung, die die Sozialdemokraten betreiben und machen sie große Schritte in ihrem Zusammenschluß gegen das Kapital. Wenn sich die Sozialdemokraten auch am Montag haben durchsetzen können, so sind ihre Aussichten, die Siemensarbeiter dem Kapital zu unterwerfen, nicht gut.

Nur durch Kampf kann der imperialistische Konzern Siemens in die Knie gezwungen werden

Die Entlassung der jugoslawischen Vertrauensfrau haben die Kapitalisten zurücknehmen müssen.

Streiks und Demonstrationen in diesem Ausmaß hat es in Bruchsal seit 1945 nicht gegeben. 5000 Arbeitsplätze sind in den letzten 3 Jahren in Bruchsal vernichtet worden, davon allein 2000 von Siemens. Verantwortlich dafür ist die kapitalistische Produktionsweise. Verteidigt wird sie durch die bürgerlichen Politiker. Geschützt wird das Privateigentum an den Produktionsmitteln durch den staatlichen Gewaltapparat. Bei den Demonstrationen und Streiks schnüffelte die Polizei herum und fotographierte die Wortführer der Arbeiter.

Der Siemenskonzern ist ein imperialistisches Monopol. Aus den Knochen der Siemensarbeiter hat er die Kraft gezogen, in 130 Ländern der Erde Arbeiter auszubeuten. Durch die Verschärfung der Ausbeutung und durch Entlassungen waren die Siemenskapitalisten in der Lage, letzte Woche 658 Millionen DM auf den Tisch zu blättern, um die Aktienanteile von AEG an der Kraftwerksunion (KWU) und an der Transformatoren-Union (TU) zu übernehmen.

listisches Monopol. Aus den Knochen

Gegen dieses Monopol können die Arbeiter ihre Forderungen nur durch Kampf durchsetzen. – (kl, Zelle Metall, Bruchsal)

Göttingen. Mehr als 600 Arbeiter und Angestellte haben bei Zeiss in Göttingen am 12.11. nach der Frühstückspause die Arbeit niedergelegt und sich in der Kantine versammelt. Der auslösende Punkt war, daß die Geschäftsleitung ein Paket im Wert von 10 DM, das bisher immer vor Weihnachten ausgegeben wurde, streichen wollte.

Die Ursache für diesen Streik besteht darin, daß die Zeiss-Kapitalisten in den letzten Jahren fast alle übertariflichen Lohnbestandteile gestrichen haben und so den Lohn der Arbeiter bei Zeiss noch zusätzlich gesenkt haben.

Der Streik wurde für die Forderung nach Beibehaltung des Weihnachtspaktes, nach Wiedereinführung eines Zuschusses zum Urlaubsgeld in Höhe von 205 DM, der alle sechs Jahre gezahlt wird und mit der Forderung nach Bezahlung der Streikzeit geführt.

Trotz aller Drohungs- und Spaltungsmanöver gelang es den Kapitalisten nicht, die Streikenden an die Arbeitsplätze zurückzutreiben. Der Streik stand bis zum Feierabend. Durch eine Unterschriftensammlung wurde für Montag früh eine außerordentliche Betriebsversammlung erzwungen. Die Versammlung wurde erst beendet, nachdem die Geschäftsleitung die Zahlung des Gegenwerts für das Paket und die Wiedereinführung der 205 DM-Zahlung zugesagt hatte. Über die Bezahlung der Streikstunden verhandelt gegenwärtig der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung. Der Vertrauensleutekörper hat am 16.11. festgelegt, daß der Betriebsrat keiner Regelung zustimmen soll, der die am Streik beteiligten Arbeiter nicht vorher zugestimmt haben.

VFW Bremen. Am Dienstag, dem 9. November, haben 800 Arbeiter die gesamte Produktion der VFW-Flugzeugwerke in Bremen für zwei Stunden bestreikt. Sie forderten eine Erhöhung der betrieblichen Leistungszulagen, die die Kapitalisten vor zwei Jahren eingeführt haben und die die Arbeiter in 6 Stufen von 0,25 DM bis 1,50 DM spalten. Ihr Streik richtete sich gleichzeitig gegen das Punktesystem, mit dem die Arbeiter in Rangreihen eingeteilt werden und nach dem die Leistungszulagen als Mittel zur Steigerung der Ausbeutung und zur Spaltung eingesetzt werden. Die Arbeiter sind aus den Hallen zum Büro des Direktors Schaarschmidt gezogen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Mehrere Angestellte haben sich ihrem Streik angeschlossen. Die Kapitalisten, die in bisherigen Verhandlungen mit dem Betriebsrat eine Erhöhung verweigerten, mußten jetzt eine Erhöhung der Summe der Leistungszulagen um 26 Prozent zugestehen. Viele Arbeiter hatten eine Leistungszulage von 1 DM mindestens und die Absicherung aller Zulagen gefordert.

Rüsselsheim. In der letzten Woche sind bei Opel in vielen Bereichen die Bereichsvertrauensleuteversammlungen durchgeführt worden. Jeweils das beherrschende Thema war der bevorstehende Lohnkampf und der Beschluß der Vertrauensleutevollversammlung vom 10.11., der Vertreterversammlung der IGM, Bezirk Darmstadt, eine Forderung von 6 % und 120 DM Sockelbetrag zu empfehlen. Es hat sich gezeigt, daß im Betrieb der Wille zum Kampf herrscht. Die Mehrheit der Vertrauensleute hat sich durch die Manöver der Sozialdemokraten eindeutig überrumpelt gefühlt. Diese Manöver (siehe KVZ Nr. 45) wurden heftig kritisiert. Oft hat es geheißen: „Die 1 DM sind noch lange nicht vom Tisch. In diesem Jahr muß gekämpft werden – da brauchen wir die richtige Forderung."

Bochum. Auf zwei Vertrauensleuteversammlungen auf Abteilungsebene bei Opel Bochum ist die Forderung nach 1 DM mehr für alle erhoben worden. Ausdrücklich abgelehnt wurde der Vorschlag des Betriebsratsvorsitzenden Perschke, 120 DM und 5 % als Forderung aufzustellen.

Mitgliederversammlung der IGM bei Reynolds/Hamburg für 1 Mark. Vor der Versammlung waren in verschiedenen Abteilungen von Reynolds ca. 100 Unterschriften für die Forderung 1 DM mehr für alle gleich gesammelt worden. Diese Unterschriften wurden mitgebracht. Dann wurde gegen den Willen der Vertreter der Ortsverwaltung per Abstimmung durchgesetzt, daß die Mitgliederversammlung ihre Forderung für den Lohnkampf festlegt. Die große Mehrheit der ca. 80 Anwesenden stimmte für 1 DM. Teichmüller von der Ortsverwaltung blieb auf seinem Vorschlag sitzen, diesmal eine Mischforderung aufzustellen. Der Betriebsratsvorsitzende Wöckner schlug nach der Abstimmung vor, die Unterschriftensammlung fortzusetzen.

In der Diskussion um den Ausschlußantrag der Ortsverwaltung gegen den Kollegen Wöckner und um ein geplantes Verfahren gegen den Betriebsratsvorsitzenden von HAW, Hoffmann, machten viele Kollegen deutlich, daß diese Betriebsräte sich für den Zusammenschluß der Belegschaft eingesetzt haben und deshalb in der IG Metall bleiben müssen.

Zum Schluß wurde eine Solidaritätsadresse an die Bürgerinitiative gegen das Kernkraftwerk Brokdorf verabschiedet, in der verurteilt wurde, daß die Staatsgewalt den Baubeginn gegen den Willen der Bevölkerung durchgedrückt hat, und die sofortige Einstellung der Bauarbeiten gefordert wird.

Die Arbeiter diskutieren den Streik

Klöckner Bremen:

Die Große Tarifkommission hat für den Lohnkampf in der Stahlindustrie für Nordrhein-Westfalen und Bremen eine Forderung von 8,5 Prozent, Angleichung der stahltypischen Zuschläge an die Metallindustrie und zwei Urlaubstagen aufgestellt. Die Forderungen aus den Betrieben lagen wesentlich höher. Einzelne Vertrauensleute haben 1 DM pro Stunde gefordert. Deshalb wurde auf der letzten Vertrauensleutevollversammlung der Klöckner-Hütte Bremen die 8,5-Prozent-Forderung als völlig unzureichend unter Beschuß genommen. Vom IGM-Bevollmächtigten Weinkauf, der für 8,5 % abgestimmt hatte, wurde verlangt, daß er sein Verhalten auf einer Betriebsversammlung rechtfertigen solle. Es müsse etwas aus den Abteilungen kommen, Aktionen, sonst würde nichts laufen in dieser Lohnauseinandersetzung. Das war Tenor dieser Versammlung. Im Kaltwalzwerk ist die Lage so, daß einzelne Arbeiter fragen: Wann streiken wir denn? Die Produktion läuft auf vollen Touren. 73 000 Tonnen Stahl sollen in diesem Monat durch die Anlagen gejagt werden. Debattiert wird nicht, ob ein Streik die Kapitalisten trifft, sondern wie man einen Streik hinkriegt. Daß Streik notwendig ist, darüber sind sich viele Stahlarbeiter einig. Einer machte den Vorschlag, eine Demonstration in die Stadt zu machen und während dieser Zeit die Produktion zu stoppen.

Durch den Ausfall des großen Hochofens mußten die Kapitalisten die Produktion in den Warmbetrieben stark zurückfahren. In den Vordergrund der Debatten dort ist die Frage gerückt, ob ein Streik überhaupt möglich ist, ob man mit dem Streik ein Druckmittel gegen die Kapitalisten in der Hand hat. Ein Arbeiter sagte: Eigentlich müssen wir ja streiken. Aber wie trifft sie ein Streik? Über die Notwendigkeit des Kampfes sind sich die Arbeiter im klaren. Sie sind gegen die 8,5-Prozent-Forderung. Eine klare Meinung, auf welcher Forderung sich die Stahlarbeiter zusammenschließen können, hat sich noch nicht herausgebildet. Die Kapitalisten versuchen, die Arbeiter durch einzelne Entlassungen aufzuspalten, sie zu verunsichern. Jeder soll glauben, daß ein Streik den Kapitalisten überhaupt nichts anhaben kann. Können sie sich Entlassungen leisten, dann auch einen Streik. Kommt es aber zum Streik, dann fällt das ganze Gerede der Kapitalisten wie ein Kartenhäuschen zusammen. Dann gehen nämlich ihre Profite flöten. – (Klöckner-Zelle Bremen)

Peine & Salzgitter

Im zähen Kleinkrieg gegen die Verschärfung der Arbeitshetze hat sich bei P&S eine starke Bewegung für einen entschiedenen Lohnkampf gegen die Kapitalisten herausgebildet. „1 DM, das ist richtig, das ist das mindeste," sagen viele Arbeiter zu der 8,5 %-Forderung der Tarifkommission. Vielen Arbeitern in den Betrieben wurde in den letzten Wochen klar, daß ohne Streik nichts gehen wird. Die Sozialdemokraten versuchen, diese Bewegung zu unterdrücken. Im Vertrauenskörper traten einige auf mit der Ansicht, an Streik sei gar nicht zu denken, weil es die Kapitalisten gar nicht kratzen würde bei der niedrigen Produktion und Birnbaum, der Vorsitzende der Salzgitter AG, für Januar schon Kurzarbeit angekündigt hat. Die Arbeiter wissen es besser. Einer erzählte uns, daß in den Walzwerken ziemlich voll produziert wird. Vor der Kurzarbeit sollen wahrscheinlich noch die Lager gefüllt werden. Streiken die Arbeiter, so würden Birnbaums Pläne vollkommen durcheinandergeworfen.

P&S hat in der Krise nur knapp seine Marktanteile halten können. Durch den Kauf der Maxhütte durch die Klöckner-Kapitalisten ist P&S von der 4. auf die 5. Stelle der westdeutschen Stahlmonopole abgerutscht. Einen Streik werden die Kapitalisten nicht allzulange aushalten können, ohne weitere Profiteinbußen und Marktverluste hinnehmen zu können. Jetzt wird die Frage, wie und ob man einen Streik durchsetzen kann, diskutiert. Manche meinen, wenn, dann würde es zuerst sowieso im Ruhrgebiet losgehen. „Hier kriegst du keine Einheit rein." Das ist falsch, schließlich haben wir gemeinsame Interessen, und es würde den Rücken aller Stahlarbeiter stärken, wenn bei P&S gestreikt würde. Worauf es ankommt, ist, daß eine Abteilung vorangeht. „Meinst du, wenn die aus dem Werk hergezogen kämen, dann würden wir im Edelstahlwerk nicht mitmachen?" sagen die Arbeiter.

Klöckner Osnabrück. Die Klöckner-Kapitalisten haben den Betriebsrat auf der Georgsmarienhütte dazu gewonnen, daß ab 20. Dezember bis 3. Januar 1977 Blockstillstand durchgeführt wird. In Osnabrück hat sich der Betriebsrat bislang gegen einen Blockstillstand ausgesprochen.

Gegen die einjährige Kurzarbeit und die Schichtumstellung von vier auf drei Schichten im Schmelzbetrieb in Osnabrück ist ein Vertrauensmann und Jugendvertreter auf der letzten Vertrauensleutesitzung aufgetreten. Damit fühlte sich auch der sozialdemokratische Betriebsrat angegriffen, der ja zugestimmt hatte, und reagierte mit dem Ausschluß von der Betriebsratssitzung. Die Jugendvertretung hat dieses Vorgehen verurteilt und den Jugendvertreter am 12. November zur Betriebsratssitzung geschickt. Ihm wurde mit Hausfriedensbruch und dem Herausholen durch den Werkschutz gedroht. Dies hat die Jugendvertretung sofort im Betrieb durch Aushang bekannt gemacht. Dem Vorsitzenden der Jugendvertretung wurde daraufhin vom Betriebsrat mit Entlassung gedroht. Über 80 Kollegen in der Lehrwerkstatt haben sofort der Jugendvertretung ihre Unterstützung zugesichert.

Am 30. November ist Vertrauensleutesitzung. Auf dieser Vertrauensleutesitzung müssen Kampfmaßnahmen gegen die Klöckner-Kapitalisten und zur jetzigen Tarifrunde erörtert werden. (Klöckner-Zelle Osnabrück)

Heidelberg. Seit Freitag bestreikt die große Mehrheit der Belegschaft von Teldix die Kantine. Schon lang hat sich die Wut auf den Pächter angestaut. Das Essen ist unzumutbar, durch Stellenstreichungen in der Kantine entstehen ständig lange Warteschlangen. Jetzt hat er eine Essenspreiserhöhung um 20 Pfennig auf 2,10 DM angekündigt. Das ungenießbare Essen am Dienstag brachte das Faß zum Überlaufen. Die Arbeiter beschlossen Kampfmaßnahmen. Sie diskutierten, daß die Kantine der Kontrolle des Betriebsrats unterstellt werden muß. Am Dienstag hat der Vertrauensleutekörper von Teldix für den Tarifkampf eine Forderung von 170 DM beschlossen.

IG-Metallvorsitzender Loderer kündigte an, daß er und seine sozialdemokratischen Freunde in der IGM-Führung für die Metallindustrie „nicht weniger“ fordern wollen als in der Stahlindustrie, also 8,5 %. Der IG-Chemievorsitzende Hauenschild tat kund, daß er sich einen Abschluß unter 6 % „nicht gut“ vorstellen könne.

Gelsenkirchen. Der Kampf der Arbeiter von der Eurovia-Textil GmbH gegen die geplante Stillegung des Werkes, die die Entlassung von 600 Arbeitern bedeutet, findet große Unterstützung. Die Bevölkerung des Stadtteils hat eine Bürgerinitiative gegründet. Ihre Solidarität haben u.a. bekundet: Die Betriebsräte der IG-Metall Gelsenkirchen, von Bosch, von Küppersbusch, der Schützenhütte Duisburg, der Zeche Ewald, der Augsburger Baumwollspinnerein, die ÖTV-Fachgruppe Sozialarbeit in Gelsenkirchen und viele andere.

Streik bei Dunlop/Hanau. Seit Montag Morgen streiken die zirka 150 Arbeiter in der Abteilung AKP 2 bei Dunlop. 80 türkische, 40 spanische und 4 deutsche Arbeiter. Anlaß für die erste Arbeitsniederlegung noch vor der Frühstückspause ist die Akkorderhöhung von 182 auf 205 und von 205 auf 248. Die Arbeiter haben keine Lohnerhöhung bekommen, im Gegenteil, ihr Lohn wurde um eine bis zwei Mark gedrückt, weil sie die verschärften Akkorde nicht schaffen können. Der sozialdemokratische Betriebsrat im Verein mit drei türkischen Faschisten, die zur Unterdrückung der türkischen Arbeiter in den Betriebsrat geschleust wurden, hat dieser Regelung zugestimmt. Auf die Arbeitsniederlegung reagierte die Betriebsleitung sofort mit dem Versuch, die Arbeiter einzuschüchtern: 12 Entlassungen, Drohungen mit dem Entzug der Arbeitserlaubnis, Drohungen mit der Polizei und mit der Abschiebung nach Spanien oder in die Türkei. Doch die Drohungen verfehlten ihre Wirkung. Die Arbeiter wurden immer wütender und immer kampfentschlossener. Nach der Frühstückspause trat die gesamte Abteilung in den Streik unter den Forderungen: Die Akkordsätze müssen zurückgesetzt werden, volle Bezahlung der Streikzeit, keine Entlassungen!

müssen zurückgesetzt werden, volle Bezahlung der Streikzeit, keine Entlassungen!

Waiblingen. Ca. 600 Arbeiter, hauptsächlich aus Metallbetrieben des Rems-Werkes demonstrierten am Dienstag, 16.11.76, durch Waiblingen gegen die drohende Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden, Kollegen Gantner, der Rems-Werke in Waiblingen (ca. 160 Beschäftigte). Die Demonstration mündete in eine Protestkundgebung vor dem Rems-Werk, zu der sich ca. 700 Kollegen versammelten.

Der Betriebsrat hatte in der Vergangenheit zahlreiche Maßnahmen der Geschäftsleitung abgelehnt und dadurch die Pläne der Rems-Kapitalisten angegriffen, die Ausbeutung der Arbeiter zu steigern, um Höchstprofite zu erzielen: So z.B. Ablehnung der Anrechnung der Tariferhöhung bei über 54-jährigen Kollegen, Ablehnung von acht Entlassungen, Ablehnung von Überstunden nach einer Kurzarbeitsphase, Ablehnung einer Essenspreiserhöhung. Daraufhin sprachen die Rems-Kapitalisten gegen den Betriebsratsvorsitzenden Gantner insgesamt vier Kündigungen und elf Vorwarnungen aus.

Die demonstrierenden Arbeiter aus zahlreichen Betrieben machten klar, daß sie die Angriffe der Kapitalisten zurückschlagen werden.

Darmstadt. Die Betriebszelle Merck des KBW hat letzte Woche gemeinsam mit dem Nah-Ost-Komitee Darmstadt eine Veranstaltung durchgeführt, um die Lage im Nahen Osten zu erläutern, die Ziele der PLO, die Zerschlagung des Staates Israel und die Errichtung eines demokratischen Palästina, zu verbreiten und die Expansion des Imperialismus anzugreifen. Die Jugendgruppe der IG Chemie Darmstadt hatte der PLO 800 DM gespendet. Darum hatte es heftigen Kampf in der Gewerkschaft gegeben. Die Sozialdemokraten haben Ausschlußverfahren gegen 8 Mitglieder eingeleitet. Die Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes zu untergraben, gelingt ihnen nicht. 100 Teilnehmer der Veranstaltung haben 827 DM für die PLO gespendet. Der Vertreter der PLO bei der Liga der arabischen Staaten hatte ein Referat zugeschickt, in dem es heißt: „Diejenigen, die glauben, daß eine gerechte Sache mit Ausschlüssen oder mit Hetzkampagnen unterdrückt werden kann, werden bei diesem Versuch scheitern. Die gegenseitige Unterstützung in unserem Kampf ist die sichere Garantie dafür, daß wir schließlich in unserem Kampf siegen werden.“

Vulkan-Werft Bremen

Streik gegen Akkordverschärfung und für mehr Lohn

Am Donnerstag, den 11. November, haben die Schweißer von mittags bis Feierabend und Tag- und Nachtschicht gestreikt.

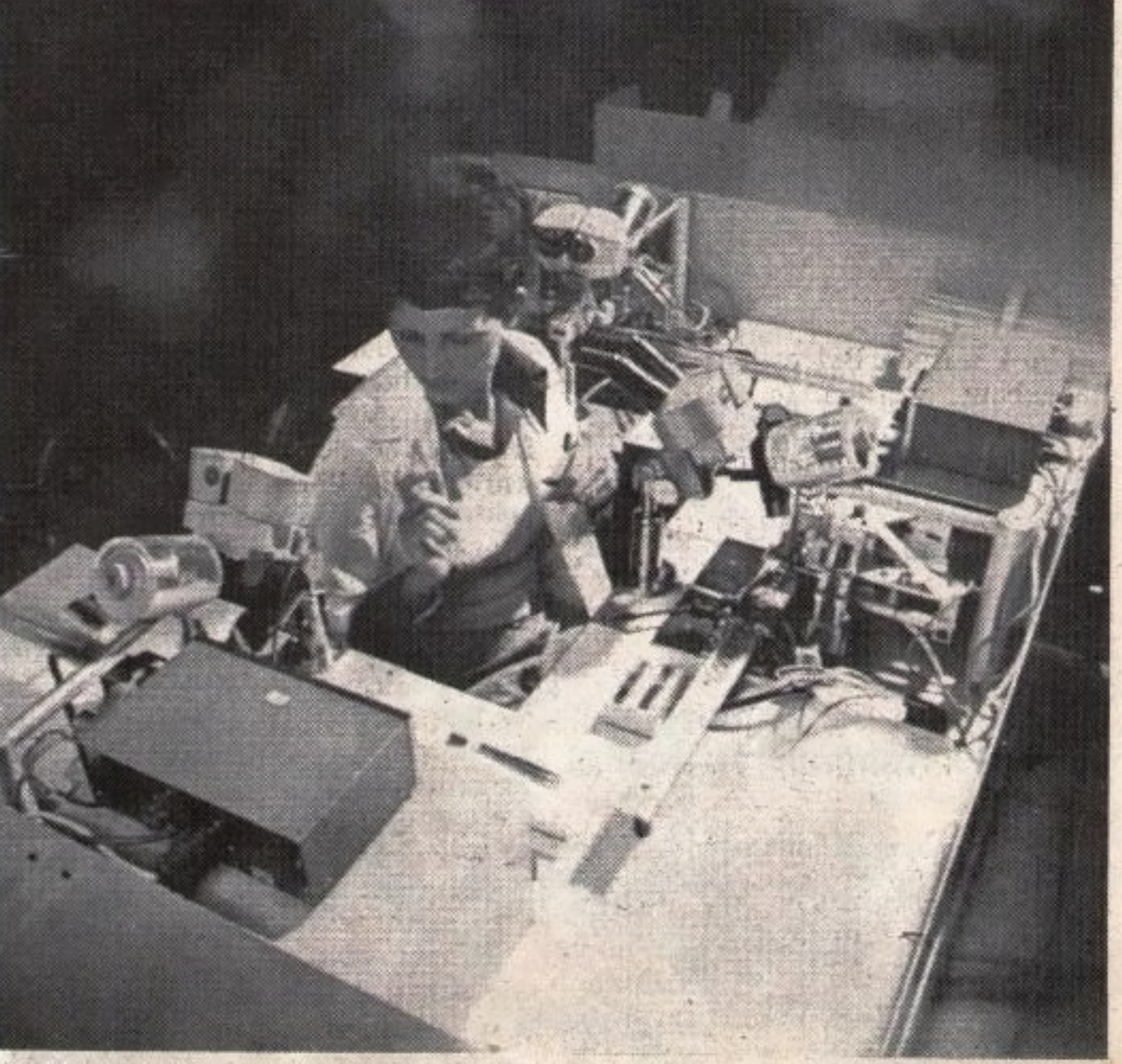
Was war der Anlaß für diesen Streik? Immer mehr wird der Arbeitstag jedes Arbeiters verdichtet. Immer mehr wird der ohnehin knappe Akkord beschnitten. Das Faß zum Überlaufen brachte die letzte Maßnahme der Geschäftsleitung: In der Woche vor dem 11. November wurden einigen Vulkan-Schweißkolonnen plötzlich die Akkordscheine weggenommen und die Arbeiten von Arbeitern aus Fremdfirmen (Gutehoffnungshütte) in eigenen Kolonnen fortgesetzt. Es ist dabei zu bemerken ist, daß durch den Einsatz der Fremdfirmen in Kolonnen und die Bereitstellung von jeder erwünschten Arbeitserleichterung wie Gerüsten, schnell laufenden Elektroden usw. die alten Akkorde der Vulkan-Arbeiter geknackt werden. Dagegen gab es Widerstand. Die Schweißer traten in den Streik. Die Kapitalisten versuchten, mit Härte den Streik zu brechen. Aber durch die Provokationen der Kapitalisten wurden die Schweißer nur noch härter. Sie stellten sofort Forderungen auf: 1. Aufteilung der Kollegen der Fremdfirmen auf Vulkan-Schweißkolonnen, damit die Kontrolle über die Akkordstunden gewährleistet bleibt; 2. Zahlung von 250 DM an alle, weil niemand mehr mit seinem Geld hinkommt, erst recht nicht bei Normalarbeitszeit; 3. frühzeitige Information der Kollegen durch die Geschäftsleitung bei Einsatz von Fremdfirmen. Da die Geschäftsleitung nicht bereit war, mit den Schweißern zu verhandeln, und auch nicht mit deren Delegation, forderten die Schweißer den Betriebsrat auf, eine zusätzliche Betriebsversammlung einzuberufen.

Der Betriebsrat beschloß am selben Nachmittag gegen nur eine Stimme (SPD-Kallweit, der in der Vertrauensleutesitzung die 173 DM-Linear-Forderung auf 210 DM hochschraubte), daß diese zusätzliche Betriebsversammlung am Montag, den 15. November, stattfindet. Die Betriebsversammlung hatte zwei Tagesordnungspunkte: 1. Benachteiligung der Vulkan-Arbeiter durch Einsatz von Fremdfirmen; 2. Betriebsklima. Der Betriebsrat trug in seiner Rede die Forderungen der Schweißer vor. Er unterstrich die Richtigkeit dieser Forderungen. Die Kapitalisten erwiderten, daß sie sich nicht vorstellen könnten, daß die Vulkan-Arbeiter nur schlechte Arbeit haben. Auf so eine dumme Rede folgte die richtige Antwort. Ausgebuht und ausgepfiffen wurde der Herr Direktor. In der Diskussion um den ersten Tagesordnungspunkt wiesen Betriebsräte und Kollegen nach, daß die Lage der Arbeiter sich nicht durch schöne Worte „Wenns den Kapitalisten gut geht, gehts uns allen gut“ verbessert, sondern nur durch konsequentes Eintreten für die eigenen Interessen. Ein Genosse sagte: „Der Streik der Schweißer hat seine Ursache in der elenden Lage der Arbeiter. Kein Kollege fordert, daß die Kollegen aus den Fremdfirmen nicht eingestellt werden.

Gefordert werden Bedingungen, die eine Herabsetzung des Lohnes verhindern. Der Kampf gegen die Akkordschraube wird hier aufgenommen. An dem, was der Direktor sagt, ist nichts Wahres, und dies läßt sich beweisen: Ein Brennerkollege hatte 1966 für 500 Keile an der Vierdüsenmaschine ohne Nebenarbeiten 41 Stunden Akkordvorgabezeit bekommen. Am 13. Januar 1976 waren es 30 Stunden mit Nebenarbeiten, und am 1. November waren es 15 Stunden mit Nebenarbeiten. Jetzt bekommt er 10 Stunden, ebenfalls mit Nebenarbeiten. Aus diesem Beispiel wird deutlich, wie die Kapitalisten Mehrarbeit aus uns Arbeitern herauspressen. Nebenbei werden Kollegen entlassen: von Anfang des Jahres bis heute 400, ohne Neueinstellungen.

Die Pro-Kopf-Leistung jedes einzelnen Arbeiters für jeden Aktionär wurde um 5,6 Prozent – das sind offizielle Zahlen – erhöht. Der Lohn der Arbeiter sank dagegen 1976 auf das Niveau von 1970. So sieht die Lage der Arbeiter aus. In meiner Branche (Schiffbauhalle und Maschinenbrenner) haben wir deshalb für die Tarifauseinandersetzung die Forderung nach 1 DM linear für alle aufgestellt, um den Bestrebungen der Kapitalisten entgegenzutreten, mit denen wir eben keine Gemeinsamkeiten haben.“ Großen Beifall erhielt er für seine Rede. Keinen Beifall bekam der Direktor. Auch sein Zugeständnis „In Gottes Namen, sollen doch die Arbeiter der Fremdfirmen in Vulkan-Kolonnen aufgeteilt werden, soll doch auch die Unterrichtung vorgenommen werden“ lockte nur einige Klatscher hervor. Mit Genugtuung nahmen die Arbeiter dieses Zugeständnis zur Kenntnis. Die Entschlossenheit der Arbeiter, die Verschärfung der Ausbeutung abzuwehren, ist groß. Das ist gut, um die Einheit herzustellen.

Ein Arbeiter der Nachtschicht sagte: „Hier sind wir nur Geldmaschinen der Kapitalisten. Wir müssen uns einig sein und gemeinsam vorgehen, wenn wir Erfolg haben wollen.“ Ein anderer Arbeiter sagte nach der Versammlung: „Wir brauchen eine Lohnforderung, wo der Vulkan nicht alleine dasteht, sondern wo die gesamten Betriebe dahinterstehen. Bei 210 DM ist das unmöglich.“ Dies ist richtig. Es gilt jetzt, für die Tarifrunde die Einheit aller Metaller herzustellen. Hier auf dem Vulkan haben die Arbeiter mehrheitlich etwa 175 DM linear gefordert. Der Vertrauensleutekörper hat sich in der Höhe des Betrages nicht an den Beschluß gehalten. Er muß in Branchenversammlungen aufgefordert werden, seinen Beschluß zurückzunehmen und dem Willen der Arbeiter zu entsprechen. – (Zelle Vulkan Bremen)



In der „Funkschau“, dem Hausblatt der Elektrokapitalisten, wird stolz berichtet, wie die Kapitalisten mit der Einführung neuer Maschinerie die Ausbeutung der Arbeiter steigern. Das Kontaktierverfahren mit Handsteuerung wird ersetzt durch eine hochmechanisierte halbautomatische Kontaktiereinrichtung. Wo früher 3 Arbeiterinnen geschafft haben, arbeitet jetzt eine. Sie muß 3 Maschinen gleichzeitig bedienen. Die Produktion wird um das siebenfache erhöht. Die Arbeiterin braucht das Kontaktierverfahren nicht mehr selbst zu steuern, sie verrichtet nur noch Handlangerdienste für die Maschine und muß sich streng nach dem Maschinentakt richten.

„Neben“kostenklagen der Chemiekapitalisten:

„Neben“kostenklagen der Chemiekapitalisten:

Unverschämt und gelogen

Darmstadt. Die Chemiearbeiter haben im letzten Jahr einen Lohnraubabschluß hinnehmen müssen. Bei Röhm in Darmstadt waren im Jahr 1975 die Mehrheit der Arbeiter in Lohngruppe 5 (Chemietarif) eingruppiert. Das sind 8,35 DM in der Stunde. Auf der letzten Betriebsversammlung berichtet die Geschäftsleitung befriedigt, daß der Umsatz um über 30 Prozent gestiegen ist, in dem Bereich der extrudierten Plexiglasproduktion sogar um 60 Prozent.

Gleichzeitig wurde kurz vor der Betriebsversammlung durch die „Kommunistische Betriebszeitung“ aufgedeckt, daß die Kapitalisten zwecks Steigerung der Antreiberei den Schichtführern und Vorarbeitern die „Funktionszulage“ um 15 bis 20 Pfennige die Stunde erhöht haben.

Der Zusammenhang von Umsatzsteigerung und verstärkter Antreiberei war klar. Ebenso der Zusammenhang von Rationalisierung und Auspressung der Arbeitskraft in den Teilen des Betriebes, wo rationalisiert wurde.

Die Kapitalisten sind fetter geworden, und die Arbeiter müssen sich überlegen, wie sie die Butter aufs Brot kriegen. Das kommt nicht daher, daß zu wenig geschafft wird oder zu wenig da ist – bei Röhm ist geschafft worden, und wesentlich mehr als letztes Jahr –, sondern daher, daß die Kapitalisten sich die Reichtümer aneignen, die die Arbeiter geschaffen haben.

Diese Wahrheit hat für die Vorbereitung des Lohnkampfes in der Chemieindustrie große Bedeutung.

Die Chemiekapitalisten haben zwecks Vernebelung dieser Tatsachen und zur Vorbereitung der Lohnauseinandersetzung in der letzten Woche in allen Zeitungen eine Meldung verbreiten lassen mit der Überschrift: *„Neuer Rekord der Lohnzusatzkosten.“*

Das ist stark. Die Arbeiter kosten nicht nur die Kapitalisten etwas, sondern zusätzlich auch noch nachher etwas – sagen die Kapitalisten. Folgende Rechnung haben sie aufgemacht:

„Mit 73,7 % haben die sog. Personalzusatzkosten in der Chemischen Industrie 1976 einen neuen Höchstgrad erreicht. Die gesamten Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde werden damit auf 19,35 DM im laufenden Jahr ansteigen.“

Dies ist nicht nur unverschämt, sondern auch noch gelogen.

Erstens legen die Kapitalisten für diese ihre Rechnung einen Durchschnittslohn von 11,00 DM zugrunde. Als wir dies auf einer der Betriebsversammlungen im letzten Jahr gesagt haben – haben die Arbeiter angefangen zu lachen.

Zweitens wird hier so getan, als würden die Kapitalisten die Fabriken besitzen, um die Arbeiter zu beschäftigen, die ihnen nicht nur „Kosten“, sondern auch noch „Nebenkosten“ verursachen. Die Kapitalisten wollen den Eindruck erwecken, als hätten sie irgendwo einen großen Topf, in den die Arbeiter ständig hineinlangen. Die Wahrheit ist aber die, daß die Kaitalisten die Arbeiter ausbeuten und da immer kräftiger hinlangen wollen.

Drittens. Unter „Lohnnebenkosten“ verstehen die Kapitalisten:

a) Lohn für die angeführten (siehe weiter unten) 53 Ausfalltage im Jahr:
424 Std. – 4 723 DM (25,5 %)

b) Urlaubsgeld für 24 Tage je 20 DM
– 480 DM (2,6 %)

c) 13. Monatsgehalt
– 1 997 DM (10,8 %)

d) Vermögenswirksame Leistung à 39 DM im Monat
– 468 DM (2,5 %)

e) Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung
Rentenversicherung 2 358 DM
Krankenversicherung 1 572 DM
Arbeitslosenversicherung 393 DM

f) Für gesetzliche Aufwendungen aus weiteren Sozialgesetzen (Betriebsärzte, Sicherheitsfachkräfte, Schwerbehindertenabgabe, Betriebsrenten, Konkursausfallgeld)
1 047 DM (5,8 %)

Diese „Lohnnebenkosten“ müssen in den Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften eine Rolle spielen, tönen die Kapitalisten. (Die Welt, 5.11.76)

Diese Lohnnebenkosten, wie sie die Kapitalisten nennen, sind Bestandteil des Lohns – und als solche von der Arbeiterklasse erkämpft. Die Kapitalisten haben vor, diese Bestandteile des Lohns vom direkt ausgezahlten Lohn abzuziehen – so wie sie es heute schon bei der Rentenversicherung, Sozialversicherung und Krankenversicherung tun –, um sich dann anschließend an diesen Geldern der Versicherungskassen zu bereichern, wie sie das bei Röhm beispielsweise während der Kurzarbeit gemacht haben. Die Arbeiter hingegen treten dafür ein, daß der gesamte Anteil, der an die Versicherung gezahlt werden muß, von den Kapitalisten direkt gezahlt wird – und die Arbeiter die Versicherungen leiten.

Am Aufzählen der „Ausfalltage“ (damit meinen sie die Freizeit, die die Arbeiter haben) kann man sehen, was ihnen vorschwebt:

„Von 261 nominellen Arbeitstagen im Jahr (365 Kalendertagen minus 104 Wochentagen) fallen tatsächlich nur 208 effektive Arbeitstage an. Die Differenz kommt durch den Abzug von 24 Urlaubstagen, 11 bezahlten Feiertagen (nach dem mehrjährigen Durchschnitt für das gesamte Bundesgebiet), 16 bezahlten Krankentagen (bei einem geschätzten Krankenstand von 6 %) sowie weiteren Tagen bezahlter Freistellung (z.B. Betriebsversammlungen, Eheschließung, Umzug usw.) zustande.“ (Arbeitgeberring Chemie)

Da muß gespart werden! Das sieht dann so aus, daß sie die Krankenlisten rauf und runter gehen, sich überlegen, wie die Feiertage endlich in Arbeitstage verwandelt werden können (bei Röhm durch Einführung der 4. Schicht). Die Gier der Kapitalisten ist grenzenlos.

Der genannte Artikel dient zur Ausrichtung für die Geschäftsleitungen und höheren Angestellten: Auf den anstehenden Betriebsversammlungen in den nächsten Monaten, die der Vorbereitung des Lohnkampfs seitens der Belegschaften dienen sollen, sollen sie sich melden und in etwa vortragen:

„Wir sind nicht einverstanden mit einem System, in dem der Arbeiter nur die Hälfte seines Lohns ausgezahlt bekommt und der Lohnnebenkostenanteil der Firmen 75 Prozent beträgt.“ Sie stellen sich vor, daß die Arbeiter dasitzen werden wie die Hammel und mit besorgter Miene anhören werden, was die Kapitalisten für Probleme damit haben, daß die Arbeiter ihnen soviel „Kosten“ und „Nebenkosten“ verursachen.

Das haben sie letztes Jahr schon versucht. Es ist aber nicht so ausgegangen: Bei Röhm wurden im letzten Jahr 150 DM als Forderung aufgestellt. Nur die Sozialdemokraten, die hilfreich an die Seite der Kapitalisten gesprungen sind, konnten den Lohnkampf verhindern.

In diesem Jahr geht das noch weniger; auch wenn Hauenschild jetzt schon mit 6 Prozent und weniger, was man sich denken könnte (Bild-Zeitung), herumtönt. Mittlerweile ist noch klarer geworden, was die Kapitalisten uns alles kosten. Im letzten Jahr über 200 Kollegen bei Röhm den Arbeitsplatz, – vielen die Gesundheit und vielen die Verkürzung der Lebenszeit durch Verlängerung der Arbeitszeit durch Überstunden und bei allen sinkenden Lohn. Dies alles, damit die Kapitalisten sich auf unsere Kosten mästen.

Die Röhm-Kapitalisten haben im letzten Jahr soviel aus der Belegschaft herausgeholt, daß sie sich mit 30 Millionen DM ins US-Geschäft einkaufen konnten. Am 22.10.76 meldete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, daß *„die Großchemie in den letzten zehn Jahren über 10 Milliarden DM jenseits der deutschen Grenze investiert(e)“.*

Sie wollen, daß das so weitergeht. Das geht nur dann, wenn sie die Arbeiter hier stärker ausbeuten und den Lohn senken. Das ist der Zweck ihrer Rechnung. – (Röhm-Zelle, Darmstadt)

BEWAG Westberlin

„Einer der fünfzig größten Dividendenzahler“

50 % der Aktien der BEWAG (Berliner Kraft- und Licht-AG) sind in der Hand des Westberliner Senats. Der Imperialist Schütz ist Vorsitzender des Aufsichtsrats. Billiger Strom wird gebraucht vom Finanzkapital. Billiger Strom, das heißt Subventionen aus den Lohngeldern der Arbeiter und der Volksmassen, die über den teuren Haushaltsstrom den billigen „Sonderabnehmertarif“ finanzieren. Dafür sorgt der imperialistische Staatsapparat, dessen Bestandteil die BEWAG ist. Über Sondertarife, Dividenden aus Aktien und Zinsen aus Bankkrediten zieht das Finanzkapital Nutzen aus der BEWAG als Ausplünderungsanstalt.

Die Ausbeutung der BEWAG Arbeiter wird zügig verschärft

Die Ausplünderung des Volkes mittels der Tarife ist nur die eine Seite , mit der der Staatsbetrieb BEWAG zur Finanzierung der imperialistischen Expansionspläne des Finanzkapitals beiträgt. Vor allem auch ist die Ausbeutung der BEWAG-Arbeiter in den letzten 10 Jahren zügig verschärft worden.

Um 4 % ist die Belegschaft seit 1966 „abgebaut“ worden. In der gleichen Zeit wurde die Stromerzeugung glatt verdoppelt, der Umsatz fast verdreifacht. Während 1966 jeder BEWAG-Beschäftigte 590 000 Kilowattstunden Elektrizität produzierte, sind es 1976 schon 1,21 Millionen Kilowattstunden. Während 1966 die Arbeitskraft eines Beschäftigten der BEWAG 69 000 DM Umsatz brachte, sind es 1976 DM 184 000.

In dem „Betriebs- und Sozialbericht 1974/75“ schrieb der BEWAG-Vorstand, daß die „knappe und teure menschliche Arbeitskraft ... so sparsam wie möglich eingesetzt (wurde)“. Den Lohn zu senken, damit ist die BEWAG im letzten Jahr einen Schritt voran gekommen. Bei der Vorstellung des Jahresabschlusses 1975/76 hat der Vorstand herausgelassen, daß es ihm gelungen ist, die Steigerung der „Personalaufwendungen“ auf 4,2 % zu begrenzen. 4,2 %, das heißt für die meisten Arbeiter und Angestellten real weniger Lohn. Die knapp 400 außertariflich bezahlten Antreiber und Kontrolleure sind in dem Anstieg der „Personalaufwendungen“ mit enthalten. Sie sind es gerade, die bei den letzten Tarifabschlüssen mit der Prozenterhöhung gemästet wurden. Daran kann man ermessen, wie die Senkung des Reallohns, die Kürzung von Zulagen, Neueinstellungen in niedrigeren Lohngruppen sich für den größten Teil der Belegschaft schärfer ausgewirkt haben, als das in den 4,2 % zum Ausdruck kommt.

Drastisch sind die Maßnahmen, aus den Kollegen zusätzliche Mehrarbeit herauszupressen. Die Hauptverwaltung wurde kräftig durchrationalisiert. 14 Prozent der Angestellten wurden danach freigesetzt. 14 % Angestellte weniger müssen jetzt mehr Arbeit leisten, als vorher angefallen ist. Mit Schreibautomaten, Sterndiktatanlagen wird nicht nur die Arbeitskraft vermehrt ausgepreßt, die Qual der Arbeit wird vergößert, die Beschäftigten werden zum Anhängsel der Maschine.

Hatte ein Arbeiter im Netz früher zur Montage einer 6 oder 10 kV Einleitermuffe einen Helfer dabei, muß er die Arbeit jetzt in der gleichen Zeit alleine schaffen. Im Kraftwerk Moabit wurde die Kolonnenstärke auf dem Kohlenplatz nach und nach um ein Drittel reduziert. Die BEWAG hält sich die menschliche Arbeitskraft in der Tat knapp und knapper. Ausgesprochen großzügig und verschwenderisch dagegen ist sie in deren Verschleiß. „Leistungssteigerung durch Rationalisierung“ steht dazu im „Betriebs- und Sozialbericht“. Offen wird damit ausgesprochen, was beabsichtigt ist: Immer mehr wegrationalisieren, aus den verbleibenden Arbeitern und Angestellten immer mehr herausholen.

Aber die BEWAG setzt dabei noch andere Methoden ein. Das kriegen z.B. die Kranschlosser im Kraftwerk Reuter und Charlottenburg zu spüren. Die Kräne und Bänder sind alt. Ausgelegt sind sie für Nußkohle. Tatsächlich gefahren wird jetzt aber gemahlene Kohle. Die ist schwerer, zudem meistens naß, folglich wird sie noch schwerer. Die Folge: Ständiges Reißen und Brechen der Träger.

Durch systematische Verschlechterung des Materials und der Esatzteile wird gespart. Denn die haben ihren Preis. Die dadurch erzwungene zusätzliche Arbeit z.B. der Kranschlosser eignet sich die BEWAG kostenlos an. Das gleiche bei den Elektrikern. So wurden z.B. Ölbrenner „billig“ in England gekauft. Ersatzteile sind nur schwer bis gar nicht zu bekommen. Es ist dem Geschick der BEWAG-Arbeiter zu verdanken, daß sie am Laufen bleiben – und der vermehrten Verausgabung ihrer Arbeitskraft, die die BEWAG so erzwingt.

Alle diese Maßnahmen zur Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter und der Ausplünderung des Volkes haben für das Finanzkapital und den bürgerlichen Staatsapparat reichlich Früchte getragen. In der „Stern-Statistik“ über die „50 größten Dividendenzahler“ kletterte die BEWAG von 1974 auf 1975 vom 32. auf den 28. Platz. „Jeder Arbeitnehmer erwirtschaftete für die Aktionäre“ 1974 6 467 DM, 1965 7 550 DM. (Stern) Das entspricht einer Steigerung von 16,7 %. 1976 wird die BEWAG auf eine 50 DM-Aktie 11 %, also 5,50 DM zahlen.

Der Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung wächst

In der KVZ wurde mehrfach über den Kampf der Auszubildenden bei der BEWAG gegen die Stufenausbildung berichtet. Zuletzt wurde die Entlassung von sechs Arbeitern, die nicht in die zweite Stufe übernommen wurden, durch einen kurzen Streik verhindert.

Die Einheit und Selbständigkeit der Jugendlichen im Kampf um ihre Rechte muß der BEWAG-Vorstand brechen. Über seine sozialdemokratischen Parteifreunde im Betriebsrat betreibt er den Rausschmiß eines klassenbewußten Jugendvertreters aus der Jugendvertretung. Auf der letzten Jugendvollversammlung wurde dieser Angriff mit einer nahezu einstimmig gefaßten Resolution zurückgewiesen. Mit 23 gegen 9 Stimmen haben die Sozialdemokraten im Betriebsrat mittlerweile den Beschluß zum Rausschmiß des Kollegen aus der Jugendvertretung über die Bühne gebracht. Entschieden ist die Sache aber noch nicht. Am 16.11. setzten die Auszubildenden eine gemeinsame Versammlung aller Lehrjahre während der Arbeitszeit durch. Sie stellten den Betriebsrat zur Rede und machten klar, daß sie bei ihren Forderungen nicht zurückstecken werden. „Solche Arbeitervertreter wie den Kollegen Strobel und die ganze Jugendvertretung brauchen wir alle, und die lassen wir uns nicht nehmen“, wurde dem Betriebsrat gesagt, als der mit Betriebsverfassungsgesetz und „Gesamtinteresse des Betriebes“ ankam.

So wird es auch von großen Teilen der Belegschaft gesehen. In den Kraftwerken und im Netzbereich entwickelt sich der Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung. So wurden zum Beispiel aus angeblichen Sicherheitsgründen im Netzbereich neue Werkzeugtaschen eingeführt. Sie sind ungeheuer unhandlich und erschweren die Arbeit. Die BEWAG will damit erreichen, daß man ohne Unterbrechung am Arbeiten bleibt. Es gehen keine sogenannten „stillen Erholungspausen“ für die Beschaffung des Werkzeuges mehr „verloren“.

Das haben sich die Arbeiter nicht gefallen lassen. Die Taschen werden nicht benutzt.

Als am Montag im Netzbereich Süd-Osten der Vorschlag des Hauptvorstandes der ÖTV für den Tarifkampf bekannt wurde, besprachen sich die Kollegen sofort mit ihrem Vertrauensmann. Der Vertrauensmann wurde beauftragt, sofort die Materialien des ÖTV-Hauptvorstandes zu besorgen, um sich damit auseinanderzusetzen. Mehrere Arbeiter waren der Meinung, daß eine Forderung in Mark und Pfennig erhoben werden muß. – (j., Zelle BEWAG, Westberlin)

Wie es heißt, betrachtet der Hauptvorstand der ÖTV seine Verpflichtung, zusammen mit dem oder bereits vor dem „Forderungsvorschlag“ „Materialien“ zu unterbreiten, für erledigt. Als Materialien zur Lohnfrage sollen die schwülstigen Auslassungen über kapitalistische Konjunkturen gelten, die im Novemberheft des ÖTV-Magazins gestanden haben. Verschiedentlich wird das von den Mitgliedern nicht geglaubt, und auf den Gewerkschaftshäusern wird versprochen, daß „noch was kommt“. Offenbar können sich selbst ÖTV-Funktionäre nicht vorstellen, daß es wiederum Materialien geben soll, in denen Tatsachen wie der Lohnabbau, die kapitalistische Rationalisierung und die politische Entrechtung praktisch nicht oder nur ganz versteckt behandelt werden.

Marburg. Am Dienstag, dem 16. November, ist auf einer Vertrauensleutevollversammlung der Universitätsklinik von 20 Vertrauensleuten (von insgesamt 70) diskutiert worden über die 8-Prozent-Lohnforderung und ihre Folgen, andererseits die eines 170-DM-Abschlusses. Es wurde sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, daß 170 DM mit Kampf durchgesetzt werden müssen.

Neu-Isenburg. Die ÖTV-Vertrauensleute der Stadtverwaltung Neu-Isenburg fordern für die kommende Tarifrunde einen Festbetrag von 185 DM für alle gleich.

Hannover. Der Vertrauensleutekörper der Medizinischen Hochschule Hannover hat am 16. November beschlossen: 170 DM mehr für alle. 300 DM Urlaubsgeld.

Stormarn/Lauenburg. Die Kreisdelegiertenkonferenz des Kreises Stormarn/Lauenburg der ÖTV hat die Lohnforderung von „170 DM für alle“ der ÖTV-Mitglieder des Städtischen Krankenhauses Lauenburg begrüßt.

Hamburg. Auf der Mitgliederversammlung der ÖTV des Amts für Jugend wurden bei etwa 80 anwesenden Mitgliedern folgende Forderungen zur Tarifrunde 1977 beschlossen: 1. 170 DM; 2. 300 DM Urlaubsgeld plus 30 DM pro Kind; 3. Beseitigung der Staffelung der Urlaubsdauer nach der Höhe der Einkommen. Weiterhin wurde beschlossen, eine Unterschriftensammlung für 170 Mark durchzuführen im Amt für Jugend.

Der Beschluß wurde aufgrund einer ausführlichen Auseinandersetzung mit der spalterischen 8-Prozent-Forderung des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV gefaßt. Die Vertrauensleute wurden daraufhin verpflichtet, allen Kollegen in einer schriftlichen Information diese Auseinandersetzung zuzuleiten. Die Festgeldforderung von 170 DM wurde bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen im Kampf gegen verschiedene andere Vorschläge durchgesetzt. Die Front für die Festgeldforderung war so stark, daß nicht einer im Saal es wagte, für die 8-Prozent-Forderung einzutreten.

Zum Schluß der Versammlung wurde trotz Veto des Personalratsvorsitzenden eine Resolution angenommen, die es verurteilt, daß die ÖTV-Führung zu einer Demonstration für den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf aufgerufen hatte. Die große Mehrheit der Kollegen erklärte sich mit dem Kampf gegen das Kernkraftwerk solidarisch und unterstützte die Forderungen „Kein KKW in Brokdorf! Sofortiger Abzug der Polizei! Verwandlung des Baugeländes in eine grüne Wiese!“

Siehe Seite 8 dieser Ausgabe
Postjungboten Westberlin: Ausbildung – nichts als Unterdrükkung

Dortmund. Die Vertrauensleuteversammlung der ÖTV Dortmund, Abteilung Sozialarbeit, hat am 9. November mit acht Für- und einer Gegenstimme eine „Solidaritätsresolution mit dem Kampf der Bürgerinitiativen an der Unterelbe gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf“ beschlossen.

Offenbach. Die Obleuteversammlung der GEW Offenbach am 15. November hat eine Demonstration in Offenbach am 27. November beschlossen. Sie soll u.a. unter den Forderungen stattfinden: Gegen die Arbeitszeitverlängerung! Weg mit den Zweidrittelstellen! Der Kreisvorstand Offenbach Land ruft ebenfalls zu dieser Demonstration auf.

Baden-Württemberg. In der Resolution zur Durchführung der landesweiten Aktionswoche stellt die Landessprecherkonferenz der Referendare fest, daß die neue Prüfungsordnung dazu dient, „aus unseren Reihen durch Verschärfung des Prüfungs- und Leistungsdruckes und der politischen Knebelung diejenigen herauszufischen, die ihrerseits bereit sind, das Geschäft der Unterdrückung zu betreiben. Dies ist auch der Kern des gesamten Referendardienstes.“ Die Referendare fordern u.a. die Beseitigung der neuen Prüfungsordnung und die Abschaffung des Referendardienstes und der zweiten Dienstprüfung. „Die Anbindung der Lehrer wie der Beschäftigten im öffentlichen Dienst insgesamt an die Politik des staatlichen Dienstherrn ist festgelegt in der sogenannten freiheitlich demokratischen Grundordnung, deren Grundsätze ausführlichst im KPD-Verbotsurteil definiert worden sind. Gegen beide gesetzlichen Eckpfeiler zur politischen Unterdrückung müssen wir vorgehen“, heißt es in der Resolution.

Verschärfung der Ausbeutung bei Bahn und Post

Post Kassel

Die Buch- und Verlagsstelle der Post in Kassel soll aufgelöst werden. Hier wurden bisher von 100 Beschäftigten die neuen Telefonbücher erstellt und alle Neuanmeldungen von Telefonen registriert. Nach der Umstellung auf computergesteuerte Fertigung werden nicht mehr viele Beschäftigte übrigbleiben. Im Labor, wo die Fotoplatten gemacht werden, arbeiten heute noch acht, später nur noch drei.

Diese Umstellung ist verbunden mit einem breit angelegten Angriff auf die Beschäftigten. Bis Weihnachten sollen die 15 Springer versetzt und 29 Dienstposten aufgelöst werden. Das ganze bedeutet Mehrarbeit für die verbleibenden Beschäftigten. Haben sie bisher im Schnitt 50 Veränderungen gesteckt und korrigiert, so werden jetzt schon 100 bis 120 verlangt.

Vor einigen Wochen schon wurden den Arbeitern, Angestellten und Beamten Fragebögen vorgelegt, auf denen sie ausfüllen sollten, ob sie von außerhalb kommen, verheiratet sind, Schulden haben, Kinder usw.

Mit den jetzt erstellten Sozialplänen wird die Spaltung der Beschäftigten betrieben: Die jüngeren und unverheirateten werden als erste versetzt, die anderen sollen froh sein, daß es sie noch nicht oder nicht so hart trifft. Viele weigern sich, das doppelte Pensum in der gleichen Zeit zu schaffen. Der Stellenvorsteher bekommt einen Stellvertreter, um die Maßnahmen durchzudrücken. – (vo., Kassel)

Bundesbahnausbesserungswerk Bremen

Seit Jahren werde alle Lehrlinge nach Beendigung der Ausbildung entlassen. Die Unruhe unter den Lehrlingen ist groß. Die Eisenbahnergewerkschaft verhandelte daraufhin mit dem Vorstand der Deutschen Bundesbahn. Ergebnis: Im Ausbesserungswerk Bremen werden von den auslernden Lehrlingen 1976 15 Schlosser, 6 Elektriker, 2 Dreher in den DB-Dienst auf zunächst ein halbes Jahr übernommen. Sie bekommen also Zeitverträge und sollen als Nicht-Handwerker in der Lohngruppe 5 arbeiten. Bruttolohn nach Lohntabelle: 1 680 DM. Als Facharbeiter bekämen sie 100 DM mehr. Der Unterschied kann durch individuelle Zulagen noch größer werden. Dieses Ergebnis wird von den Reformisten als Erfolg propagiert. Die Übernahme der Lehrlinge hat einen Hintergrund: Die Bundesbahn benötigt dringend Nachwuchskräfte im Gleisbau. Da sich hierfür keine älteren Arbeiter melden wegen der schlechten Arbeitsbedingungen, Schichtdienst, Wochenendarbeit und Trennung von den Familien, so sucht die Bahn die Nachwuchskräfte aus den durch Zeitverträge unter Druck gesetzten auslernenden Lehrlingen zu gewinnen. – (d., Bremen)

In der „Mitarbeiterzeitung der Deutschen Bundesbahn“, „Wir“, steht im Oktober 1976 eine Meldung unter dem Stichwort „Personalentwicklung: Seit Januar über 13 000 ausgeschieden“. „In 8 Monaten sind über 13 000 Mitarbeiter aus dem Dienst der Deutschen Bundesbahn ausgeschieden, darunter 2 538 Nachwuchskräfte. Danach belief sich der Personalstand Ende August 1976 auf 376 803 Dienstkräfte und 19 610 Nachwuchskräfte. Alleine im Monat August schieden 1 690 Dienstkräfte aus. Bei den Nachwuchskräften trat dagegen eine Zunahme um 473 Personen ein. Entsprechend dem Jahresprogramm wurden in größerem Umfang Neueinstellungen vorgenommen, darunter mehr als 700 Lehrlinge. Im Zusammenhang mit der Personalverminderung hat sich die Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Vorjahr leicht gebessert. Statistisch sieht das so aus: 100 000 Bahnachskilometer wurden in diesem Jahr von 1,68 Personen erbracht. Im Vorjahr waren es 1,74 Personen. Der Personalstand ging in diesem Zeitraum um 3,8 Prozent zurück. Die Achskilometer verringerten sich in derselben Zeit um 0,5 Prozent.“ 1965 wurden 100 000 Bahnachskilometer von 1,98 Beschäftigten erbracht. Hinter diesen Zahlen verbergen sich Zehntausende von Umbesetzungen, Arbeiter, Angestellte und Beamten, die in Rente geschickt wurden. Offiziell gibt es keine Entlassungen bei der Bahn. Vielfach werden Beschäftigte gezwungen, an anderen Arbeitsplätzen zu arbeiten, getrennt von ihren Familien, und kündigen dann „freiwillig“.

Presseecho

Der Forderungsvorschlag des Hauptvorstandes der ÖTV hat in der Bourgeoispresse ein tönendes Echo ausgelöst. Allgemein wird anerkannt, daß Heinz Kluncker, dem man das Copyright an dieser Forderung zuschreibt, verzichtet habe, Sockel-, Mindestbetrags- oder gar Festgeldforderungen zu verlangen.

„Der Hauptvorstand plädiert – Kluncker hatte dies vor einem Jahr, als er noch um eine reine Festgeldforderung rang, versprochen – für eine lineare Prozentforderung.“

Diese Enthüllung verdanken wir dem ersten Überschwang der Gefühle des Kommentators des „Mannheimer Morgen“. Wo bitte hat Kluncker dieses „Versprechen“ abgelegt? Und w e m gegenüber hat er es abgelegt?

Grund zur Freude hat auch der Vorsitzende der Vereinigung Kommunaler Arbeitgeber, Oberstadtdirektor Krummsiek aus Wuppertal:

„Erfreulich sei, daß die Gewerkschaft keinen Mindest- oder Sockelbetrag gefordert habe.“

Das meldet die „Frankfurter Rundschau“, die in ihrem Kommentar „Verständnis“ zeigt:

„Die Ausrichtung des Forderungskataloges auf die ‚sozialen Akzente‘ ist ein Gebot der Vernunft. Die Lage der öffentlichen Haushalte und die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zwingen bei der Zielprojektion zur Konzentration auf gesellschaftspolitischen Bodengewinn. Erfolge auf diesem Gebiet sind verdient.“

Hinter dem Nebelwerfer von der „Frankfurter Rundschau“ meldet sich jedoch die Bourgeoisie zu Wort.

„Wie dpa erfuhr, lehnen die Arbeitgeber insbesondere den Forderungsvorschlag nach einem längeren Urlaub ab.“

Das entnimmt man der „Stuttgarter Zeitung“, und es entspricht mit Sicherheit der Wahrheit. Damit schließt sich der Kreis zu diesem Thema, und die Linie der Bourgeoisie klärt sich. Über die Prozente herrscht Jubel und zu dem „Rest“ die Ansicht „muß auch noch erledigt werden“. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ rüffelt Kluncker schon mal vorsichtshalber sofort:

„Wieder zu viel gefordert“, so lautet die Überschrift, und weiter heißt es im Text: „... auch lassen sich maßvolle Lohnerhöhungen in der Industrie immerhin noch mit der gestiegenen Produktivität begründen, im öffentlichen Dienst aber ist von einer größeren Arbeitseffizienz nichts zu sehen.“

Daß es sich bei alledem noch um keine gelaufene Sache handelt, vermerkt die Bourgeoisie mit Galligkeit. Das „Handelsblatt“:

„Der neue Weg der Diskussionsvorbereitung der ÖTV muß wohl als eine gewisse ‚Vorprobe‘ interpretiert werden, nachdem im vergangenen Jahr der Vorstand von den Mitgliedern ‚überfahren‘ wurde.“

Die Bourgeoisie zollt in ihren Organen der Kampfkraft und Bewußtheit der Mitglieder Respekt, wer wundert sich, daß die „Frankfurter Rundschau“, die als Leimrute konzipiert ist, schon gleich versucht, Hoffnungslosigkeit im Kampf gegen diesen Forderungsvorschlag zu verbreiten:

„Die Diskussion, die jetzt in der Mitgliedschaft über die Vorschläge der Vorstände einsetzen soll, wird an dieser Position kaum etwas ändern.“

Dieser naseweise Kommentator wird sich vielleicht doch noch wundern. Der Forderungsvorschlag des Hauptvorstandes an die Mitglieder der ÖTV, der ja ein gemeinsamer Vorschlag der Vorstände von DPG, GdED und ÖTV an ihre Mitglieder ist, wurde von der Bourgeoisie aufgenommen, beschnüffelt und berochen. Sie sind zufrieden, weil dieser Vorschlag nicht nur niedrig ist, sondern auch die Möglichkeit zu weiterer Demontage in sich birgt:

„Und ebenso muß man wohl davon ausgehen, daß erfahrungsgemäß die Abschlüsse hinter den Forderungen der ersten Runde zurückbleiben. So gesehen bewegt sich der öffentliche Dienst im Rahmen der Gegebenheiten.“

Der Rahmen der Gegebenheiten besteht in der Sucht der Kapitalistenklasse, den lohnabhängigen Massen die Bezahlung zu kürzen und ihre unbezahlte Arbeit auszudehnen. Wenn sich der „öffentliche Dienst“ bewegt, wenn es den Sozialdemokraten nicht gelingt, die Kraft der Massen zu fesseln, so wird dieser Rahmen der Gegebenheiten diese Bewegung nicht aushalten.

Osnabrück. Gegen den kommunistischen Lehrer Werner Ulf ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, aufgrund dessen er aus dem Schuldienst entlassen werden soll.

Ihm wird das Verteilen von Flugblättern, die Teilnahme an Veranstaltungen des KBW, an Demonstrationen und an einer Blockadeaktion gegen die Erhöhung der Buspreise und anderes mehr vorgeworfen. Kurz, daß er auf der Seite des Volkes kämpft und dagegen kämpft, auf seiten des bürgerlichen Staates gegen das Volk eingesetzt zu werden.

Wie viele andere Körperschaften (HBV-Jugendgruppe, der Schülerrat des Ratsgymnasiums, die Schülervertretung der Gesamtschule Schinkel) hat die Jugendvertretung der Klöckner-Jugend in Osnabrück eine Resolution gegen die Disziplinierung von Ulf Werner verfaßt:

„An den Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Osnabrück

Wir, die Mitglieder der Jugendvertretung Klöckner Werke AG, Werk Osnabrück, unterstützen die Solidaritätsaktionen für den Realschullehrer Ulf Werner und sprechen uns entschieden gegen das Disziplinarverfahren gegen Ulf Werner aus. Man kann nicht einfach zulassen, daß fortschrittliche Lehrer aus dem Schuldienst entlassen werden sollen, weil sie für ein Bildungssystem eintreten, welches sich an den Interessen der Schüler und Eltern orientiert. Wir dürfen nicht vergessen: 1933 fing die Diktatur des Hitlerfaschismus mit Berufsverboten an. Deswegen: Gegen das Disziplinarverfahren gegen Ulf Werner. Gegen Beamtenrecht, Berufsverbote und KPD-Verbot. Für politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst."

gez. Die Mitglieder der Jugendvertretung der Klöckner Werke Osnabrück

Gießen. Am Donnerstag, dem 11.11., fand eine Vollversammlung der Schüler der Herder-Schule statt. Verabschiedet wurde eine Solidaritätsadresse an die Schüler in Kassel. Weil an der Herder-Schule die Oberstufenreform schon längst eingeführt ist und die Schüler durch die Spaltungsmanöver seitens der Schulleitung und der Kultusbürokratie keine Möglichkeit hatten, sich gemeinsam mit Problemen wie Schülervertretung (SV), Rechtsverordnung (RVO), Abiturverschärfung usw. auseinanderzusetzen, wurden wöchentliche SV-Stunden beschlossen. Bei der Diskussion über die Rechtsverordnung machten die Reformisten in der SV Vorschläge, wie die RVO zu verbessern sei. Es wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu den Abiturverschärfungen und eine zur RVO einzurichten.

Dortmund-Derne. Jugendliche der Zeche Gneisenau berichten, daß sie schon als 14- und 25-jährige um 6 Uhr in den Schacht fahren. Da sie sich aber vorher umziehen müssen, heißt das, daß ihre Arbeitszeit schon vorher zwischen 5,30 und 5,40 Uhr liegt. Gesetzlich abgesichert hat die SPD/FDP-Regierung das mit dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz, in dem im § 10 festgelegt wird, daß für Jugendliche die gleiche Arbeitszeit wie für erwachsene Arbeiter gilt.

che die gleiche Arbeitszeit wie für erwachsene Arbeiter gilt.

Postjungboten Westberlin:

„Ausbildung"– nichts als Unterdrückung!

An der Gutenberg-Berufsschule sollte auf Beschluß der Gesamtkonferenz ein Schüler von der Schule geworfen werden und ein weiterer mit dem Hinweis verwarnt werden, daß mit ihm bei der nächsten Störung dasselbe geschieht, weil sie sich dem Unterricht an der Berufsschule nicht einfach unterwerfen. Beide Schüler sind Postjungboten. Die Gutenberg-Berufsschule ist von ihrem Ursprung her die Berufsschule für die Druckindustrie, doch gingen in den letzten Jahren die Lehrlingszahlen in der Druckindustrie immer weiter zurück. So wurden die verschiedenen Berufe der Druckindustrie in Sammelklassen zusammengesteckt, und in die freiwerdenden Räume kamen die Postjungboten, für die kein Platz mehr an der Postschule ist. Die Postjungboten gehen einmal pro Woche zur Gutenberg-Schule, damit ihrer Schulpflicht genüge getan wird.

Die Ausbildung als Postjungbote dauert zweieinhalb Jahre. Danach ist man als Postschaffner zur Anstellung, was einem Beamten auf Probe entspricht. In der einjährigen Probezeit kann man jederzeit gekündigt werden. Der Lohn nach der Lehre beträgt zirka 1 100 DM netto im Monat. Während der Ausbildung bekommen die Postjungboten im ersten Lehrjahr 365 DM, im zweiten Lehrjahr 418 DM und im dritten Lehrjahr 471 DM (alles Brutto-Beträge). Wenn man die einjährige Probezeit bestanden hat, wird man Beamter, aber erst mit dem 27. Lebensjahr als Beamter auf Lebenszeit übernommen. Die Tätigkeiten, die von den Postjungboten nach der Lehre ausgeübt werden, sind hauptsächlich Briefzusteller, Paketzusteller oder Paketverteiler im Postamt. Das alles sind Arbeiten, die von Studenten und Schülern in den Ferien nach mehrtägiger Einarbeitungszeit auch ausgeübt werden.

So kommt dann auch im Unterricht der Gutenberg-Berufsschule heraus, wozu die kapitalistische „Ausbildung" dient: Hervorbringen von gefügigen Lohnsklaven. Hinzu kommt, daß es sich bei den Postjungboten um einen Beamtenberuf handelt, und dementsprechend wird auch Druck auf sie ausgeübt. Der Unterricht läuft in folgender Form ab:

– Für Lernmittel (zum Beispiel fotokopierte Erdkundekarten) müssen von den Schüler 10 Pfennig bezahlt werden, wer sie nicht kauft, bekommt Minuspunkte.

– Für vergessene Zeugniskarten, Strafarbeiten und Nachsitzen werden Gebühren zwischen 0,20 DM und 1 DM eingezogen. Wo das Geld hinfließt, ist unbekannt.

– Strafarbeiten und Nachsitzen werden als geläufiges Disziplinierungsmittel angewandt. Da gehört es zur Tagesordnung, 50 mal zu schreiben: „Ich darf nicht stören." Und besonders „fortschrittliche" Lehrer lassen eben einen Artikel aus der „Frankfurter Rundschau" abschreiben, denn „da würden die ja etwas dabei lernen". Fünfen und Sechsen sind an der Tagesordnung, sei es für Arbeiten oder sei es, um „Ordnung in der Klasse zu halten".

Ein weiterer Punkt sind die Briefe an die Eltern, die Postämter und die Landespostdirektion. Hier versteht sich die Gutenberg-Schule als Ausso rtier- und Überprüfungsanstalt für den öffentlichen Dienst. Besonders hervorgetan hat sich hier der Lehrer Hornig. Hornig ist Fachbereichsleiter für die Postjungboten und steht in gutem Kontakt mit der Deutschen Bundespost. Schon vor einem Jahr hat er in Briefen an die Dienststelle geschrieben:

„Die in der Zusammenarbeit mit Herrn ... aufgetretenen ungewöhnlichen Schwierigkeiten zeigen, daß die Verfassung seiner Persönlichkeit anlaß gibt, die Eignung des Herrn ... für den angestrebten Beamtenberuf nochmals zu überprüfen, zumal die Bereitschaft, sich zu ändern, auch in Zukunft gering sein dürfte." (Brief vom 10.6,75 an Postamt 44 und 47)

In einem Brief vom 6.10.75 heißt es: *„Wir sind der Auffassung, daß das Gesamtverhalten Herrn ... mit den Pflichten eines Postjungboten keinesfalls zu vereinbaren ist."* Auf die besondere Situation und Funktion des öffentlichen Dienstes geht der Brief vom 5.9.75 ein, nachdem dort auf die Pflichten eines Beamten hingewiesen wird, heißt es: *„Außerdem muß ich meine Verwunderung darüber äußern, daß Herr ... glaubt, im öffentlichen Dienst sei mangelhaftes Verhalten möglich, das sich in der Wirtschaft, angesichts der bestehenden weitreichenden Probleme, als untauglich erwiesen hat."*

Die Druckerklassen haben diesen Reaktionär bekämpft und einen Erfolg erzielt: Hornig hat um Ablösung aus allen Klassen des ersten Lehrjahrs beim Bezirksamt gebeten.

Die Postjungboten sind gleichfalls nicht bereit, sich diesem Unterricht zu unterwerfen. Zur Zeit äußert sich das meistens noch durch Nichtbeteiligung am Unterricht, Zeitunglesen usw. Deshalb verstärkt die bürgerliche Schulgewalt die Unterdrückung. Deshalb wollte sie einen Postjungboten von der Schule werfen.

Jetzt hat die Gesamtkonferenz beschlossen, einen schulpsychologischen Dienst einzusetzen. Er soll beweisen, daß die Postjungboten krank sind. Das wird damit begründet, die Postjungboten seien gewalttätig, weil sie mit Kugelschreibern und Papierkugeln auf Lehrer und Mitschüler geschossen hätten. Die Schulleitung überlegt, den schulpsychologischen Dienst für längere Zeit an die Schule zwecks Teilnahme am Unterricht der Postjungboten zu holen. Lehrer Hornig erläuterte dazu: „Den Leuten durch die Psychologen ein Krankheitsbild geben."

Unterdrückung und Aufhebung der Schulpflicht, indem die Lehrlinge von Schulpsychologen der Kultusbürokratie als Idioten dargestellt werden, das war der ganze Plan. Der Rausschmiß des Postjungboten mußte inzwischen von der entsprechenden Senatsstelle abgelehnt werden. Die angekündigte schulpsychologische Reihe wurde ebenfalls abgeblasen, weil die Schulleitung richtigerweise Angst davor hat, daß ihr schulspsychologischer Dienst aus den Klassen rausgeworfen wird. – (m., Westberlin)

Der Unterrichtsausfall an unserer Schule ist sehr groß. Es fallen 2-14 Stunden pro Woche in den einzelnen Klassen aus. Am schlimmsten ist davon die Hauptschule betroffen. In der Hauptschulabschlußklasse fallen 14 Stunden pro Woche aus. Deshalb ist der Prozentsatz der Hauptschüler ohne qualifizierten Abschluß sehr hoch. Dies alles ist auf den Lehrermangel zurückzuführen. - Die Klasse 9aR hat schon zwei Briefe an den Kultusminister geschrieben. Eine Unterschriftenaktion in den umliegenden Dörfern und in Dransfeld ist angegangen. Mit diesen Aktionen fordern wir:
EINSTELLUNG ALLER LEHRER! KEIN UNTERRICHTSAUSFALL!
FÜR UNSERE SCHULE FORDERN WIR MINDESTENS 3 LEHRER.
Gegen unsere Aktionen hat der Rektor folgende Maßnahmen unternommen: Polizeieinsatz, Tadel und Briefe an die Eltern, Einschüchterung und Zensur gegen Veröffentlichungen der Schüler. Er will unseren Zusammenschluß zerschlagen. Wir fordern das Recht, ohne Zensur unsere Briefe und Flugblätter veröffentlichen zu können und ohne Einschränkung die von uns geplanten Maßnahmen durchführen zu können.
Die Schülerversammlung beschließt:
- eine Demonstration gegen den Unterrichtsausfall und Lehrermangel durchzuführen, zu der wir die Bevölkerung aufrufen teilzunehmen
- daß die Schülervertretung, falls unsere Forderungen vom Kultusminister nicht erfüllt werden, einen Streik zur Durchsetzung unserer Forderungen vorbereitet.
Die Schülerversammlung fordert andere Schülervertretungen, Jugendzentren und Gewerkschaftsorgane auf, unseren Kampf zu unterstützen.

Durchlesen und diskutieren verboten!
Der Kultusminister

Die Diskussion dieses Resolutionsvorschlages an der Dransfelder Schule (bei Göttingen) wurde vom Kultusminister im September verboten. Als Aufkleber hängt er jetzt in der ganzen Schule. Die Klassenlehrerin der Klasse 9 a R, die die Forderungen der Schüler unterstützt, wurde nach Hann. Münden versetzt. Gegen den Widerstand der Schüler ließ das Kultusministerium die Lehrerin mit Polizeigewalt vom Schulgelände holen. Schüler und Eltern fordern, daß die Lehrerin Gerda Traupe an der Dransfelder Schule bleibt.

BASF Ludwigshafen

Klöckner Osnabrück:

Köln. Seit etwa einem Jahr gibt es eine deutliche Zunahme der Schüler, die Drogen nehmen. Die Gesamtkonferenz der Lehrer am Gymnasium Holzweide hat daraufhin folgende Beschlüsse gefaßt:

„– Es wird ein Arbeitskreis eingerichtet, der sich zur Aufgabe macht, mögliche Hilfestellung für die betroffenen Schüler darzustellen und anzubieten. – Verschwiegenheit und Hilfestellung bei schulischen Problemen." „Dieses Angebot ist bis zum Ende des Schuljahres befristet." – „Nach Ablauf der Frist wird den Schülern, die keine Hilfe beansprucht haben, nahegelegt, die Schule zu verlassen. Kommen sie dieser Empfehlung nicht nach, werden sie begründet entlassen."

Nachdem von einigen Schülern der Charakter dieses Arbeitskreises enthüllt wurde, kam es zu einer großen Empörung unter den Schülern. Die Schüler waren einhellig der Meinung, daß sie die Unterdrückung durch die Schulleitung oder die Polizei, die sich jetzt häufiger in der Schule aufhält, nicht dulden. Die Versammlung, auf der die Schulleitung zur Rede gestellt wurde, faßte mehrheitlich den Beschluß, daß der Arbeitskreis aufzulösen sei und daß eine Schülervollversammlung von der SV einberufen werden soll.

Offenbach. Einstimmig beschloß die Ortsjugendkonferenz der IGM Offenbach bei ca. 36 Teilnehmern am 5.11.76:

Die Arbeiterjugend braucht „ein Jugendarbeitsschutzgesetz, das sie vor der Willkür der kapitalistischen Ausbeutung, die ihre Arbeitskraft frühzeitig zerstört, schützt. Dem entsprechen die Forderungen nach: 6-Stunden-Tag für Jugendliche. Einem Jugendarbeitsschutzgesetz, das keine Ausnahmebestimmungen kennt. Der Kontrolle des Jugendarbeitsschutzgesetzes durch Betriebsrat, Jugendvertretung und Gewerkschaften."

BASF Ludwigshafen

Zusammenschluß im Kampf für die Übernahme aller Lehrlinge

Bei BASF fand am 14.11. eine Jugendvertrauensleutekonferenz statt. Behandelt wurde die von der Geschäftsleitung geplante Nichtübernahme von Lehrlingen.

Die Reformisten in der Jugendvertretung setzen auf Spaltung der Bewegung unter den BASF-Lehrlingen für die Fahrtkostenrückerstattung und die Übernahme aller Lehrlinge. Auf der Jugendvertrauensleuteversammlung vertraten sie, man könne diesmal zu den Nichtübernahmen keine großen Aktionen machen. Die ganze Situation hätte sich ja geändert. 14 Betroffene hätten Stellen als Hilfsarbeiter in der Produktion, 19 hätten Stellen in Tochtergesellschaften der BASF angeboten bekommen und *nur* 29 würden entlassen. Außerdem wären diesmal Begründungen da für jede Nichtübernahme: Fehlzeiten und „Kommission-0-Fälle" (Kommission für Disziplinarfälle, paritätisch besetzt). Die Werksleitung hätte bei Kampfmaßnahmen der Lehrlinge auch schon weitere Nichtübernahmen im Sommer angedroht. Jetzt würde es darum gehen, längerfristige Mitwirkung bei den Beurteilungskriterien zu erlangen.

Die Jugendsekretärin der Verwaltungsstelle empfahl: „Man muß jetzt im Betrieb forschen, wo man eventuell noch Leute unterbringt." Zwischenruf: „Was soll man da lange forschen, rund 2 000 Arbeiter hat die BASF 75/76 entlassen!" Die Reformisten in der Jugendvertretung: „Es liegt uns fern, irgendwelche Aktionen abzublocken ..." – „Es liegt euch fern, Aktionen abzublocken", sagt ein Vertrauensmann, „aber genau das tut ihr. Für die Lehrlinge im Betrieb ist klar, daß sie die Beurteilungsbögen ablehnen, daß sie es ablehnen, nach dreieinhalb Jahren Lehre für einen Hungerlohn als Hilfsarbeiter in die Produktion zu gehen und daß sie deswegen für die Übernahme aller Lehrlinge eintreten. Den Punkt Fahrtkosten laßt ihr wohl ganz unter den Tisch fallen? Für beide Forderungen haben die Lehrlinge ihre Kampfkraft im Warnstreik am 4.11. bewiesen. Klar, die Werksleitung droht uns, aber unsere Antwort wird nicht der Rückzug sein."

Breite Empörung über die Reformisten in der Jugendvertretung. Wir sind uns einig, gegen die Nichtübernahme muß man kämpfen. Es werden Kampfschritte beschlossen: Flugblatt, Unterschriftensammlung, Presseerklärung und zur Vorbereitung der ursprünglich von der Geschäftsleitung verbotenen Jugendversammlung Ende November eine neue Jugendvertrauensleuteversammlung. Eine Ausbildungsgruppe hatte bereits vor der Jugendvertrauensleuteversammlung folgende Resolution beschlossen, einige Vertrauensleute haben sie in ihre Ausbildungsgruppen zur Diskussion und Beschlußfassung mitgenommen:

Resolution einer Ausbildungsgruppe und einiger Vertrauensleute

„Unsere Forderungen lauten:
Übernahme aller Lehrlinge!
Volle Fahrtkostenrückerstattung für alle Lehrlinge!

Es geht hier um unsere materielle Existenz. Wir halten es für unzumutbar, bei einem durchschnittlichen Lohn von 400 Mark 40 bis 100 Mark an Fahrtkosten zu zahlen.

Genauso wenden wir uns dagegen, daß Lehrlinge durch die Nichtübernahme in die Arbeitslosigkeit getrieben oder gezwungen werden, als Hilfsarbeiter in der Produktion zu arbeiten.

Wir sind nicht gewillt, von einer der beiden Forderungen abzulassen.

Daran kann uns die Werks- und Ausbildungsleitung auch nicht durch ihre Versuche hindern, über die Nichtübernahme Vertrauensleute zu entlassen und auf uns Druck auszuüben.

Hiermit beauftragen wir die Jugendvertretung, ebenfalls an **beiden** Forderungen festzuhalten."

Klöckner Osnabrück:

Die Dreherlehrlinge erzwingen die Absetzung von Strafarbeiten

Die Dreherauszubildenden des ersten Lehrjahres bei Klöckner Osnabrück gehen in eine Berufsschulklasse an der Metall-Berufsschule Brinkstraße.

Am 2. November haben sie den Berufsschulunterricht mit zwei Stunden Schweigen boykottiert. Sie haben sich dadurch der Unterdrückung durch den Berufsschullehrer Neumann und der Unterbringung in einem unzumutbaren Klassenraum widersetzt.

Die Wut der Berufsschüler war grenzenlos, dies zeigte sich in der Sprechstunde, die die Jugendvertretung Klöckner regelmäßig macht.

Die ganze Klasse DU II war dort hingekommen und wollte mit der Jugendvertretung die Zustände an der Berufsschule durchsprechen und was dagegen zu machen ist.

Die Lehrlinge berichteten: Den Klassenraum, in den sie uns hineingepfercht haben, kann man nicht als Klassenraum bezeichnen. Es ist dort eiskalt, weil es keine Heizung gibt. Die Entlüftung geht über ein Gebläse, das so laut ist, daß man im Unterricht nichts mehr mitbekommt. Der Unterricht selbst ist eine Vergewaltigung. Die Unterdrückung fängt an mit einem Strafarbeitssystem und ist angereichert mit wilden Erpressungsmanövern des Berufsschullehrers. Er droht, daß man das Klassenziel nicht erreichen wird usw., und dies, obwohl die Klasse erst dreimal bei ihm Unterricht hatte.

Einer sagte: „Das ist ja noch schlimmer als Hitler." Klar war, dagegen muß man sich zur Wehr setzen. Die Jugendvertreter unterstützten dies, und gemeinsam wurde über das Vorgehen beraten. Vorgenommen hatten sich alle, eine Protestresolution zu verfassen und diese dem Direktor der Berufsschule gemeinsam zu überreichen.

Der Unterricht sollte dann durch Schweigen boykottiert werden, und wenn der Lehrer und der Direktor nicht auf die Forderungen eingehen wollten, dann sollte der Lehrer rausworfen werden oder der Lehrer würde vor einer leeren Klasse unterrichten. Die Sprechstunde, auf der Einheit erzielt wurde, hatte die Klasse ermutigt, auch ohne Resolution gleich am nächsten Tag durch Schweigen den Unterricht zu boykottieren. Keiner hat sich am Unterricht beteiligt. Nach einer Stunde reagierte der Lehrer folgendermaßen: Das sei Leistungsverweigerung. Und er drohte: Wir schreiben in der nächsten Stunde eine Arbeit!

Doch diese Einschüchterungsversuche halfen nichts, die Klasse war jetzt noch einiger. Dies bekam auch der Lehrer zu spüren. Zur zweiten Stunde kam er hinein, und alle warteten gespannt auf die Arbeit. Natürlich hatte man in der Pause beraten, daß man sie nicht schreiben würde.

Die Arbeit kam nicht – der Lehrer fragte nach, warum der Unterricht boykottiert würde.

Der Klassensprecher teilte im Namen der ganzen Klasse die Forderung mit. Einen neuen Klassenraum – keine Drohungen und Strafarbeiten. Die ganze Stunde wurde mit dem Lehrer verhandelt. Die Einigkeit war so stark, daß der Lehrer klein beigeben mußte. Der Klassenraum sei nur eine Übergangslösung gewesen wegen Raummangel, und es wurde versprochen, dies zu ändern.

Festgehalten wurde: Es gibt keine Strafarbeiten und keine Drohungen mehr. Der Zusammenhalt der Klasse war stark und hatte in der ersten Bewährung dem Lehrer eine Niederlage beigebracht.

Als nächstes Kampfziel sollen zwei Stunden Gemeinschaftskundeunterricht durchgesetzt werden, die zwar im Stundenplan stehen, bisher aber noch nie stattgefunden haben.

Türkische Arbeiter berichten:

„Wo Unterdrückung herrscht, da gibt es auch Kampf"

Die ununterbrochene Ausbeutung und Ausplünderung unseres Landes seit Jahrhunderten durch die Imperialisten haben Armut, Hunger, Elend, die chronische Arbeitslosigkeit in unserem Land ständig vergrößert.

Die Kämpfe verschiedener Teile unseres Volkes um wirtschaftliche Unabhängigkeit und Demokratie haben in den letzten zehn Jahren größeres Ausmaß angenommen: Die Arbeiter kämpfen in Streiks und Demonstrationen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die armen Bauern besetzten die Ländereien der Großgrundbesitzer, die Kleinproduzenten und Kleinbauern kämpfen für höhere Erntepreise, die Studenten kämpfen für ihre Rechte und für eine demokratische und unabhängige Türkei.

Die Herrschenden haben versucht, durch Inhaftierung Zehntausender Patrioten und Demokraten, durch Ermordung Hunderter von Revolutionären, durch Folterung inhaftierter Patrioten diesen Kampf zu ersticken. Trotz vorübergehender Niederlagen wurden die Kämpfe verstärkt fortgeführt.

Aufgrund der imperialistischen Ausbeutung unseres Landes ist die nationale Industrie rückständig geblieben und unser Land zu einem Absatzmarkt für die imperialistischen Staaten geworden.

Die Imperialisten plündern die Rohstoffe der armen Länder, lassen sie in den imperialistischen Ländern verarbeiten und verkaufen sie an die unterdrückten Länder wieder. Dadurch verdienen sie Millionen. Das gilt auch für unser Land. Parallel dazu wurde Kapital in den imperialistischen Ländern angehäuft – die Industrie wurde entwickelt. Aber die Zahl der Arbeitskräfte reichte nicht aus, dieses angehäufte Kapital in Bewegung zu setzen. Die Profitgier der Kapitalisten forderte die ausländische Arbeitskraft. Aufgrund der imperialistischen Ausbeutung ist die Arbeitslosigkeit in der Türkei stark gestiegen.

Sie stellt auch für die Herrschenden in unserem Land eine Gefahr dar. (Nach amtlichen Angaben beträgt die Arbeitslosigkeit bei 7,5 Millionen Beschäftigten 2,5 Millionen, das ist ein Drittel.) Es gibt jedoch noch die versteckte Arbeitslosigkeit: Die Landarbeiter arbeiten in der Saison, d.h. sie arbeiten drei Monate und sind dann neun Monate arbeitslos. Rechnet man diese dazu, so liegt die Zahl der Arbeitslosen höher als die, die Arbeit haben. Die wirtschaftliche Abhängigkeit und Rückständigkeit der Industrie ist der Grund, warum das Problem der Dauerarbeitslosigkeit nicht gelöst werden konnte und kann. Die herrschenden Klassen unseres Landes haben das Angebot einiger imperialistischer Staaten, Menschen zu exportieren, wie eine Rettungsboje angenommen.

Der Grund, warum wir hier sind, beruht einzig und allein auf diesen Tatsachen. Einerseits vermehren wir den Profit der Kapitalisten in den imperialistischen Ländern, andererseits werden die Herrschenden unseres Landes entlastet, indem sie Millionen von Arbeitslosen ins Ausland schicken, ihre Kompradorenherrschaft teilweise durch die Deckung des Devisendefizits (u.a. für Waffenkäufe) aufrechterhalten können und so ihr zum Untergang verurteiltes Regime zu stabilisieren versuchen.

Unsere Lage in der BRD: Ausbeutung und grenzenlose Entrechtung

Zur Zeit besteht in Westdeutschland Aufnahmestopp für türkische Arbeiter. Es warten mehr als drei Millionen auf der Warteliste in der Türkei. Die durchschnittliche Wartezeit beträgt fünf Jahre. Voraussetzung für den „Export" ist eine ärztliche Untersuchung – man darf nicht krank sein, z.B. nicht ein einziges Mal operiert. Viele reisen, um der Arbeitslosigkeit zu entrinnen, als Touristen aus und suchen dann hier als Illegale Arbeit.

Die Wirtschaftskrise hier trifft uns ausländische Arbeiter am härtesten. Insbesondere die türkischen Arbeiter, weil die Türkei nicht zu den EG-Staaten zählt. Mit Beginn der Wirtschaftskrise haben die Unterdrückungsmaßnahmen gegen uns zugenommen. Die Ausbeutung wurde unerträglich. Die „Tourist"-Arbeiter (die ihren ganzen Besitz verkaufen, um hierher zu kommen, um Arbeit zu finden) werden wie Verbrecher verfolgt. Werden sie gefaßt, werden sie inhaftiert und abgeschoben. Die höchste Arbeitslosigkeit gibt es hier bei den türkischen Arbeitern. Wir werden schikaniert. Das Arbeitsförderungsgesetz macht aus uns auch unter den Ausländern noch einmal „Gastarbeiter zweiten Grades". § 19 des Arbeitsförderungsgesetzes legt die Unterschiede zwischen deutschen, ausländischen Arbeitern, und ausländischen Arbeitern, die nicht aus der EG kommen, fest.

Die rechtlose Lage wird von den Kapitalisten weidlich genutzt. Sie erhöhen die Akkordzahlen und drohen den Arbeitern mit Entlassung und Abschiebung. Sie steigern die Arbeitshetze, indem sie einem Aufgaben zuteilen, die normalerweise von zweien gemacht werden.

Die meisten von uns kommen mit einem einjährigen Arbeitsvertrag. In dieser Zeit werden wir wie Sklaven behandelt. Wir dürfen nichts dagegen sagen, sonst droht man mit Abschiebung. Man muß sich alles gefallen lassen, da man vor hat, die Familienangehörigen in der Türkei zu ernähren. Wir hatten gehofft, nach Ablauf der Arbeitsverträge würden wir frei werden und die Verhältnisse würden sich zu unseren Gunsten ändern. Aber umsonst: Die Unterdrückung ging weiter. Die Kapitalisten setzen uns als Droh- und Spaltungsmittel gegen die deutschen Arbeiter ein. Sie haben die erkämpften Rechte der deutschen Arbeiter teilweise rückgängig gemacht, indem sie die Akkordzahlen und das Arbeitstempo erhöhen. Dazu setzen sie die ausländischen Arbeiter ein.

Im allgemeinen machen die „Gastarbeiter" schwerste und dreckigste Arbeiten. Weil die Gesundheitsmaßnahmen nicht ausreichend sind, werden viele von uns krank, viele sind wegen unzureichender Sicherheitsmaßnahmen bei Unfällen ums Leben gekommen, viele werden zu Krüppeln.

Die Taktik der Kapitalisten ist, daß sie zuerst versuchen, die ausländischen gegen die deutschen Arbeiter und dann die Ausländer verschiedener Nationalitäten gegeneinander zu hetzen und auszuspielen. Dazu benutzen die Kapitalisten alle Kommunikationsmittel wie Fernseher, Zeitungen usw., um Fremdenhaß zu propagieren. Es soll der Eindruck erweckt werden, daß alle Ausländer kriminelle Elemente sind. Diese Art und Weise der Ausländerbehandlung ist eine Taktik der Bosse, um die Einheit der einheimischen und ausländischen Arbeiter zu verhindern. Spaltung und Feindseligkeit fördern sind ihre Mittel, um die Arbeiter noch mehr ausbeuten und unterdrücken zu können. Unbedingt notwendig ist es, die Einheit zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern herzustellen.

Zur Ausbeutung im Betrieb kommt die Ausplünderung insbesondere auf dem Wohnungsmarkt hinzu. Die Kinder von ausländischen Arbeitern werden in den Schulen nicht gleich behandelt. Die türkischen Kinder bekommen keine Ausbildung in türkischer Sprache. Es sind ganz wenig türkische Lehrer da. Unsere Kinder, die zum ersten Mal in die Schule gehen und die deutsche Sprache überhaupt nicht können, werden ein Jahr lang in Einführungsklassen geschult. Nach dieser Klasse kommen sie in deutsch unterrichtete Klassen, aber 70 Prozent der türkischen Kinder müssen in die Sonderschule. Die Zahl der Kinder, die in Real- oder Oberschulen geht, ist ein bis zwei Prozent.

Ausländergesetze: Mittel zur Spaltung und Unterdrückung

Wir ausländischen Arbeiter müssen sowieso die vorhandenen Gesetze, die auch für die deutschen Arbeiter gelten, einhalten. Diese Gesetze sind ausreichend, die Arbeiterklasse auszubeuten und zu unterdrücken. Für uns aber gelten außerdem noch die Ausländergesetze. Diese Gesetze machen uns zu Menschen zweiter Klasse. Deshalb sind sie nicht menschenwürdig, und sie sind chauvinistisch, weil Deutsche und Ausländer unterschieden werden.

Nach diesen Gesetzen können wir durch Beschluß der Ausländerbehörden ausgewiesen und in Abschiebehaft genommen werden. Die Ausländerbehörden begründen ihre Entscheidungen oft mit dem Argument: „Belange der Bundesrepublik" oder „die Sicherheit der Bundesrepublik" seien gefährdet. Es ist festzustellen, daß diese Behörden ohne gerichtliche Befugnisse wie Gerichte verfahren.

In Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst MIT wird die Unterdrückung der türkischen Arbeiter organisiert. Im Laufe der Kampagne zur Unterstützung des Kampfes gegen die Sondergerichte in der Türkei wurden hier zehn türkische Patrioten in der BRD verhaftet. Hunderte wurden verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt.

Die Ausländergesetze waren immer die rechtliche Grundlage dieser Maßnahmen.

Der Kampf muß organisiert geführt werden

Die ausländischen bzw. türkischen Arbeiter haben gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung auf verschiedene Weise gekämpft. In diesen Kämpfen haben die türkischen Arbeiter oft spontan und nicht organisiert gekämpft. Die Kämpfe der ausländischen Arbeiter sind unzählig, denn wo Unterdrückung herrscht, da gibt es auch Kampf. Obwohl die ausländischen Arbeiter unorganisiert waren und die Unterstützung der deutschen Arbeiter oft nicht erreicht wurde, haben sie sich meistens tapfer gehalten und die reaktionären Ketten durchbrochen. Aber diese Kämpfe waren häufig zum Scheitern verurteilt, weil die Einheit zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern nicht hergestellt werden konnte. Die Lage der türkischen Arbeiter und die Erfahrungen aus den stattgefundenen Kämpfen machten es notwendig, sich zu organisieren. Bis dahin gab es in vielen Städten Arbeitervereine, die auf Initiative der faschistischen türkischen Konsulate gegründet worden waren. Diese Vereine wurden ausnahmslos von Geschäftsleuten betrieben, die die türkischen Arbeiter ausplünderten. In den Vereinen wurde meistens gebetet oder Glücksspiele durchgeführt oder sie waren einfach Freudenhäuser.

Andererseits waren die schwachen politischen Organisationen nicht in der Lage, die Arbeiter zu mobilisieren. Anfang 1971 wurde in einigen dieser Vereine die reaktionäre Führung weggefegt, die fortschrittlichen und patriotischen Kräfte bekamen einen gewissen Einfluß. So wurde überall eine Basisarbeit durchgeführt und viele fortschrittliche und patriotisch gesinnte Vereine aufgebaut. Heute arbeiten in Westdeutschland mehr als hundert solcher kleiner und großer Vereine.* Die Zahl der reaktionären Vereine nimmt ab. Die fortschrittlichen und demokratischen Vereine sind nach dem deutschen Vereinsgesetz gegründet worden. Sie führen den demokratischen und gewerkschaftlichen Kampf. Ihr Kampf ist gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung, gegen Faschismus, Imperialismus und Hegemonismus gerichtet.

Die Vereine organisieren die Kämpfe in den Betrieben gegen Ausbeutung, gegen die Behördenschikane, gegen die Willkür der Konsulate. Die Vereine haben ferner das Ziel, die Einheit und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter aus verschiedenen Nationalitäten herzustellen, und in diesem Sinne gehen sie mit anderen Organisationen Aktionseinheiten ein. Sie organisieren einen aktiven Kampf gegen Wucherer und reaktionäre Stellen. Sie entlarven den Charakter solcher Elemente und Organisationen, und sie entlarven das Gesicht der Geschäftemacher wie Exporteure, Dolmetscher, Handelsgesellschaften, die die Gastarbeiter zu ihren Ausbeutungsobjekten gemacht haben.

Unsere Kampfmittel sind Veranstaltungen, Herausgabe von Flugblättern und Zeitungen, Protestaktionen, Demonstrationen, Hungerstreiks und Streiks, Solidarität und Unterstützung für im Kampf stehende Arbeiter, im Kampf gegen imperialistische Kultur und Verdummung, die Förderung der Volkskultur und Folklore, Förderung des kritischen Bewußtseins. Unsere Forderungen lauten u.a.:

Schluß mit der Spalter- und Lohndrückerrolle der ausländischen Arbeiter gegen die deutschen Arbeiter! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Den ausländischen Betriebsräten sind von der Firma bezahlte Dolmetscher zur Verfügung zu stellen. Den zurückkehrenden Arbeitern müssen die Sozialversicherungsbeiträge in vollem Umfang zurückgezahlt werden.

Volle Gleichberechtigung der Ausländer mit den Deutschen! Weg mit den Ausländergesetzen! Unbeschränkte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis! Aufhebung des Zuzugsverbots! Raus mit dem türkischen Geheimdienst MIT aus der BRD! Schluß mit der politischen Unterdrückung, freie politische Betätigung und uneingeschränkte Organisationsfreiheit! – (Türkische Arbeiter aus Darmstadt)

---

* Am 27. und 28. März fand in Darmstadt der Gründungskongreß der Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (A.T.I.F.) statt. 10 Arbeitervereine haben sich als Gründungsmitglieder zusammengeschlossen. Die A.T.I.F. verpflichtet sich laut ihrer Satzung, solidarische und brüderliche Beziehungen zwischen deutschen und türkischen Arbeitern, zwischen den türkischen Arbeitern und den Arbeitern verschiedener Nationalitäten in Westdeutschland zu schaffen, die ökonomischen und demokratischen Rechte der Arbeiter zu verteidigen und die Kultur des türkischen Volkes bekanntzumachen.

Die A.T.I.F. arbeitet in Stuttgart, Berlin, Velbert, Darmstadt, Nürnberg, Fürth, Aachen, Minden, Hamburg, Duisburg, Salzgitter.



Übersetzung des Textes auf dem Transparent: Nieder mit den Hauptfeinden der Völker der Welt, dem US-Imperialismus und dem Sozialimperialismus!

Gegen die Verlängerung der von der reaktionären Regierung eingerichteten Sondergerichte haben in der Türkei Hunderttausende von Arbeitern seit dem Juli gestreikt. Diese Sondergerichte sind legalisierte Kriegsgerichte. Seit ihrer Einrichtung 1972 wurden über zwei Millionen vor diese Sondergerichte gezerrt. Am 9. Oktober demonstrierten in Köln etwa 800 deutsche und türkische Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten gegen die Sondergerichte, für eine unabhängige, demokratische Türkei.

Hamburg. Auf einer Dienstbesprechung erfuhren die Beschäftigten der Familienfürsorge, daß sie ab 1.11. die 218-Beratung durchführen sollten. Das rief große Empörung hervor, denn es bedeutete Mehrarbeit, und der § 218 ist verhaßt. Die Mehrheit der Kolleginnen hatte für die Forderung nach Volksentscheid gegen den § 218 unterschrieben. Als auf der Dienstbesprechung auch noch die Registrierung der Schwangeren diskutiert wurde, war vollends klar, daß die Beratung reine Spitzeltätigkeit ist. Von 11 Kolleginnen war keine bereit, die Spitzeltätigkeit auszuüben. Lediglich die Oberfürsorgerin meldete sich.

Landsberg (Bayern). Vor vier Wochen demonstrierten 3000 Arbeiter und Bauern von Landsberg gegen den geplanten Bau des Chemiewerks Eli Lilly. Seit langem führt die Bevölkerung von Landsberg den Kampf gegen die geplante Vernichtung ihrer Existenzgrundlagen. Die Geschäftsleitung des amerikanischen Konzerns erklärte jetzt: „Das geplante Chemiewerk Eli Lilly wird nicht in Landsberg gebaut, weil seit dreijähriger Planung noch immer kein Baubeginn in Sicht sei."

Biblis. 1400 Teilnehmer haben sich auf einer Kundgebung der Bürgerinitiativen in Biblis und Umgebung gegen den Bau der dritten Stufe des Atomkraftwerks in Biblis ausgesprochen. Gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf wurde eine Erklärung verfaßt.

Zahlreiche Resolutionen zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiter und Bauern gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf gingen u.a. aus folgenden Städten ein: Dortmund, Tübingen, Kiel, Gießen, Grünberg (Hessen), Weingarten, Westberlin, Neunkirchen, Düsseldorf.

Wippingen, Kreis Aschendorf/Hümling. In Wippingen plant die Bourgeoisie den Bau einer Atommüllwiederaufbereitungsanlage. Der dortigen Bürgerinitiative, die über 800 Mitglieder hat, gelangte dasProtokoll einer vertraulichen Sitzung im Kreishaus in Aschendorf in die Hände. Auf dieser Sitzung am 23.1.76 waren anwesend Vertreter des Landkreises, des Kreistages, des Landvolks und der Kapitalisten, die die Anlage betreiben wollen. Diese Herren haben vertraulich besprochen: die Milch müsse in der direkten Umgebung der Anlage laufend untersucht und besonders vermarktet werden. Hierfür könne nur ein besonderer Personenkreis als Verbraucher in Frage kommen. Damit sind die Teile der Arbeiterklasse und des Volkes gemeint, die die Milch zugeteilt bekommen: Kinder und Jugendliche in Heimen, Rentner in Altersheimen, Gefangene usw.. Vermarktung sagen sie und meinen, daß der Markt, der auch von der Bourgeoisie genutzt wird, von dieser verseuchten Milch freigehalten werden muß.

Frankfurt. 400 bis 500 Eltern, Kinder und Beschäftigte der Kindertagesstätte haben am Samstag, dem 13.11., im Stadtteil Nordend in Frankfurt demonstriert. Die Demonstration richtete sich gegen die Aufstockung der Kinderzahl in der Tagesstätte auf 80 Kinder, gegen die angedrohten Kündigungen gegen die Beschäftigten der Tagesstätte und gegen die Polizeieinsätze in der Woche.

Was die Bourgeoisie vorhat, wenn sich die Beschäftigten in den Kindergärten in ihre Polizistenrolle nicht einfinden, die sie gegenüber Kindern und Eltern einnehmen sollen, hatte sie in der vorausgegangenen Woche gezeigt: Als die Beschäftigten die Eltern zu einer Informationsveranstaltung aufriefen, zog die Polizei auf und schloß die Tagesstätte. Das Verbot von Versammlungen in den Kindertagesstätten ließ die Stadt Frankfurt am Freitag auf die gesamten 20 Kindertagesstätte ausdehnen.

1976 hat sich die Ausplünderung der Volksmassen durch Gebührenerhöhungen der Gemeinden gegenüber dem Jahr 1970 um über 100 % gesteigert. Nach einer Statistik des Gemeindefinanzberichts stiegen die Einnahmen der Gemeinden aus Gebühren von 8,73 Milliarden DM 1970 auf 18,07 Milliarden DM im Jahr 1976. Ungeheuer rasch stieg die Verschuldung der Gemeinden gegenüber dem Finanzkapital, direkt und über Landes-, bzw. Bundeshaushalt. Haben sie 1970 noch 5,82 Milliarden Kredite erhalten, liegt dies 1976 bereits bei 13,34 Milliarden. Die Zinsschulden haben sich in diesem Zeitraum fast verdreifacht, von 2,40 auf 6,41 Milliarden DM.

Dies lösen die Kommunalpolitiker durch wachsende Ausplünderung der Volksmassen, wobei sie gleichzeitig die Kapitalisten mästen. So lagen die Gaspreise 1975 bei 46,33 Pfennig pro Quadratmeter für Tarifabnehmer; für Sonderabnehmer, wozu die Kapitalisten mit ihren Fabriken gehören, bei bloß 17,59 Pfennig pro Quadratmeter. In den Verkehrsbetrieben haben sie nach Angaben des Verbandes öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV) von 1960 bis 1975 22800 Arbeiter und Angestellte auf die Straße geworfen, wogegendas Heer der höheren Beamten zwecks Unterdrückung ständig vergrößert wurde.

Der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe kündigt bereits weitere Erhöhungen der Fahrpreise an. In seiner Informationsbroschüre schreibt er: „Die Fahrpreise müssen die Möglichkeiten des Marktes voll ausschöpfen." Jedoch: „In vielen Städten unterbleibt aus politischen Gründen die notwendige Anpassung."

Düsseldorf. Auf der Landesastenkonferenz am 12.11. wurde von den Reformisten und Revisionisten ein Brief an den DGB verabschiedet. Darin wird das Manöver, das die Sozialdemokraten über den DGB inszeniert haben, begrüßt. Über die DGB-Forderung nach Erhöhung des Höchstsatzes auf 690 DM und Elternfreibetrag auf 1 200 bis 1 400 DM erklärten Reformisten und Revisionisten, sie seien „weitgehender" als die Forderung der VDS. Die Forderungen der VDS nach 600 Mark Höchstbetrag und 1 200 DM Elternfreibetrag seien aber „Sofortforderungen", die der Einheit wegen auch der DGB unterstützen solle.

Die Sozialdemokraten haben über den DGB eine „BAFöG"-Forderung plaziert, die dem bürgerlichen Staatsapparat den Zugriff auf den Lohn des Ehegatten oder der Eltern bis in Höhe von 690 DM gestatten soll, während sie gleichzeitig den Elternfreibetrag weder entsprechend den Erfordernissen erhöhen noch sich mit der Formulierung „1 200 bis 1 400 Mark" überhaupt festlegen wollen.

Auf der gleichen Konferenz zeigte sich, daß den Reformisten und Revisionisten der Boden unter den Füßen heiß wird. Alles soll getan werden, damit die Studentenmassen vom Kampf ablassen. Der AStA Münster will einen Heißluftballon in die Luft schicken (gegen steigende Wohnheimmieten), der Aachener AStA will eine Bettelaktion durchführen, der AStA Duisburg die Studenten mit einem Ziegelstein ausrüsten, um sie auf dem Marktplatz aufzutürmen, um gegen den Nichtausbau der Gesamthochschule zu protestieren.

Köln. Am 8.11. wurde auf der Studentenparlamentssitzung auf der Fachhochschule für Sport ein neuer AStA gewählt. Der neue AStA setzt sich zusammen aus drei Mitgliedern der Basisgruppe, in der auch die KHG mitarbeitet, sowie aus zwei Mitgliedern der Initiative Kritischer Sportstudenten (deren Position zwischen Sozialdemokraten und Spontaneisten schwankt). Im letzten Semester hat die Studentenbewegung an der Sporthochschule in einem elftägigen Streik gegen eine neue Diplomarbeitsregelung und in diesem Semester in einem einwöchigen Mensaboykott große Fortschritte gemacht. In diesen beiden wichtigen Kämpfen hat die Basisgruppe die Initiative übernommen, der alte AStA war nicht fähig, diese Kämpfe zu führen und vorwärtszubringen. Die Wahl des neuen AStA bedeutet für die Studentenbewegung an der FHS einen großen Fortschritt. Das zeigte sich schon auf der ersten AStA-Sitzung, auf der einstimmig die von den VDS vorgeschlagene Postkartenaktion abgelehnt wurde.

Münster. Die Vollversammlung des Fachbereichs Sozialwesen beschloß eine Resolution gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf.

Auf der Vollversammlung des Fachbereichs Psychologie wurde ebenfalls eine Resolution zur Unterstützung des Kampfes gegen den Bau des Kernkraftwerkes verabschiedet.

Bremen. Für die Schaffung einer weiteren Essensausgabe wird die Mensa der Universität seit Montag bestreikt. 100 Meter länge Schlangen und Wartezeiten bis zu 30 Minuten sind üblich und nach Ansicht des Geschäftsführers des Studentenwerks, Rohlfing, „noch zumutbar". Zur Durchsetzung ihrer Forderungen haben die Studenten Streikketten gebildet. Die besitzenden Studenten und die Spitzenbeamten des Sozialwerkes versuchten vergeblich mit der Unterstützung der Revisionisten, die Streikketten zu durchbrechen. Am Donnerstag findet eine Vollversammlung statt, die über die Fortführung des Streiks entscheidet. Am 16.11. hat die Vollversammlung der Sozialpädagogik-Studenten sich für die Fortsetzung des Mensaboykotts ausgesprochen, bis die Forderung erfüllt ist.

Frankfurt. Aufgrund zahlreicher Beschlüsse aus Seminaren und Veranstaltungen konnte der sogenannte Frauen-AStA, bestehend aus linken Sozialdemokraten (Spontaneisten) und Jusos, gezwungen werden, erneut eine Universitätsvollversammlung für Montag, den 15.11. einzuberufen, nachdem er auf einer Vollversammlung in der letzten Woche die Behandlung des Kampfes um mehr BAFöG verhindert hatte. 700 Studenten waren gekommen, um Kampfschritte zur Erhöhung des BAFöG zu beschließen. Am Tagesordnungspunkt BAFöG wurde die Uni-Vollversammlung, nachdem der Vorschlag für einen bundesweiten Streik für 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher und 1 500 DM Elternfreibetrag rückwirkend ab 1. Oktober gemacht worden war, durch ein Komplott von AStA und MSB Spartakus gesprengt. Aus einer Mülltonne heraus versuchte ein Sprecher des MSB, die Bewegung unter den Studenten verächtlich zu machen, indem er vorschlug, Aufkleber für Mülltonnen zu machen, mit dem Text: „Hier hat ein hungernder Student nach Essen gesucht, wir fordern mehr BAFöG." Als dem Schauspiel dieser bürgerlichen Politiker auf der Bühne entgegengetreten wurde, nutzte der AStA den entstehenden Tumult aus, um die Vollversammlung für beendet zu erklären und zu verschwinden. So war es ihnen gelungen, Kampfbeschlüsse auf der Vollversammlung zu verhindern. Noch in dieser Woche soll ein Treffen aller Initiativen, Vorlesungskollektive und einzelner Studenten stattfinden, auf dem konkrete Schritte für den Aufbau einer Streikfront in Frankfurt beraten werden sollen.

Fachhochschule für Technik Mannheim

Die „Intelligenz der Studenten" wird an ihrem Reichtum gemessen

Mannheim. Die Studenten der Fachhochschule für Technik haben ihren Streik (siehe KVZ Nr. 44) mit einem Sieg beendet. Die 4,0-Regelung wurde zu Fall gebracht. Sie bedeutet, daß mit einer Prüfungsnote besser als 4,5 zwar die Prüfung bestanden war, BAFöG aber nur bei einem Ergebnis besser als 4,0 weiter gezahlt wurde.

„Die Studienbewerber der Ingenieurschule verfügen nicht mehr über den Intelligenzgrad, den ein Studienbewerber mitbringen muß, um das hohe Ausgangsniveau eines Ingenieurs zu erreichen", hat der Rektor der Fachhochschule für Technik, Meixner, kürzlich in einer Broschüre geschrieben. Wenn der Rektor einer Hochschule so etwas schreibt, kann man sich leicht denken, worauf es hinauslaufen soll: Die Prüfungsunterdrückung soll verschärft werden. Wie sich das mit der Intelligenz verhält, ist an der 4,0-Regelung deutlich geworden: Wer intelligenzt genug ist, eine Prüfung zu schaffen, aber nicht intelligent genug, reiche Eltern zu haben, der kriegt das Geld entzogen, sofern er schlechter als 4,0 ist. „Leistung muß eben überprüft werden, und Leute, die nichts taugen, müssen die Hochschule verlassen", sagt Meixner. Mit der 4,0-Regelung ist die Methode, wonach die Intelligenz gemessen wird, ziemlich deutlich: am Reichtum der Studententen.

Gegenüber der Verschärfung der Prüfungsunterdrückung und dem Entzug von Geld sei von seiten der Studenten Bescheidenheit am Platz, heißt es, weil die Arbeiter es nicht verstehen, wenn die Studenten kämpfen. Nun ist es eigentlich leicht verständlich, daß man von 312 DM BAFöG-Satz nicht leben kann. Das ist der Schnitt, den 600 Studenten an der FHT in Mannheim bekommen. Entsprechend ist der Boden für Bescheidenheit nicht gerade fruchtbar. Über 24 Monate hinweg wird das BAFöG gesenkt an der FHT, in einem Semester im Schnitt um 50 DM, wobei 200 Studenten ganz aus der Förderung herausgefallen sind.

Wenn sie sagen, ein Arbeiter versteht das nicht, so setzen sie auf das Bewußtsein der Arbeiter über die Widerwärtigkeit des Beamtenparasitismus und der Korruption an den Hochschulen. Und sie setzen auf die Erfahrung der Arbeiterklasse mit dem System der Antreibung und Schweißauspressung in der Fabrik, das aufrechtzuerhalten Hochschulabgänger ja einen Beitrag leisten sollen. Allerdings wissen die Arbeiter sehr wohl zu unterscheiden zwischen dem Parasitismus von Hochschulbeamten und dem Kampf der besitzlosen Studentenmassen. Bei der Demonstration der 200 FHT-Studenten in der Stadt hat viele der Studenten überrascht, daß der Kampf gegen Prüfungsunterdrückung Zustimmung gefunden hat. Es war die größte Studentendemonstration in Mannheim seit zwei Jahren. Wenn jemand die Forderung abgelehnt hat, hat man gleich gesehen, wieso: eine Frau mit Pelzjacke hat die demonstrierenden Studenten aufgefordert, doch schaffen zu gehen. Sie wurde aufgefordert, ihre Handtasche aufzumachen und den Geldbeutel vorzuzeigen. Unter dem Gelächter der Studenten hat sie sich verdrückt.

„Es sollte eigentlich das ganze Geld als Darlehen gegeben werden. Ihr seid ja später doch was Besseres." So hat ein Dozent versucht, zur Bescheidenheit zu mahnen. Aus dem Gehalt eines ordentlichen Professors kann man leicht vier Studenten ernähren. Das rückt die Sache ins rechte Licht. Professor zu werden ist allerdings der Masse der Studenten nicht beschieden, und das streben sie auch nicht an. Gemeint ist damit, daß sie vergessen sollen, daß sie wie die meisten Studenten an der FHT schon als Arbeiter oder Lehrlinge gearbeitet haben.

Der Streik hat allerlei Empfehlungen von Professoren dafür hervorgebracht, wie die Studenten den Kampf führen sollen. Erstens sollte man es so machen wie der AStA der Universität, nämlich den Kontakt mit Abgeordneten suchen, und zweitens sich sowieso auf die Gremienvertreter und nicht den AStA stützen. Der AStA der Universität wird von CDU-Studenten gestellt. Das würde ihnen sicherlich auch an der FHT gefallen. Die Masse der Studenten denkt anders. Anstatt sich in der Lobby des Bundes- oder Landtages einsperren zu lassen, haben sie den Rektor im Rektorat belagert. Wollte der erst unter Druck überhaupt nicht verhandeln, hat er dann mit Anzeigen gedroht, so mußte er schließlich die 4,0-Regelung zurücknehmen. Wenn die Interessen der Studentenmassen gemeinsam mit den Staatsbeamten in Gremien erarbeitet werden, kann man sich vorstellen, was dabei herauskommt. Gleichzeitig wird versucht, den Zusammenschluß in den Organen der verfaßten Studentenschaft zu zersetzen und die Organe abzuschaffen. Denn hinter einer solchen Vertretungskörperschaft kann man sich zusammenschließen und um Rechte für die Studentenmassen kämpfen. Daß das im Kampf gegen die 4,0-Regelung so gemacht worden ist, hat auch zur Folge gehabt, daß davon, daß der AStA nicht legitimer Vertreter der Studenten ist, nicht mehr die Rede war. Übriggeblieben ist, daß die bürgerliche Presse das Wort „AStA" in Anführungszeichen geschrieben hat.

„Das Studium ist eine Gnade, die die bürgerliche Klasse einem Teil aus den lohnabhängigen Massen gewährt, und dafür ist Dankbarkeit am Platz; da die Studentenmassen dafür kein rechtes Verständnis haben, muß man ihnen diese Gnade mit Gewalt beibringen." So versuchen die Beamten des imperialistischen Staatsapparates den Studentenmassen beizukommen. Den Kampf aufzuhalten, gelingt ihnen damit immer weniger. Es liegt daran, daß sie sich auf die tatsächlichen Verhältnisse nicht stützen können. Die Studentenmassen gehen von den Tatsachen aus. Deshalb führen sie den Kampf. – (s., Mannheim)

Die Aktionen der Studenten entwickeln sich

Um ihre Stoßrichtung gibt es Kampf

Heidelberg. Am Dienstag, dem 16.11., fand eine Universitätsvollversammlung unter der Beteiligung von 1 500 Studenten der Universität Heidelberg statt. Das war die größte Vollversammlung seit zwei Jahren. Seit Tagen wird mit brutalen Polizeieinsätzen und Festnahmen versucht, den Streik der Germanistikstudenten gegen Prüfungsunterdrückung durch Klausuren zu zerschlagen. Das ist nicht gelungen. Die Streikfront steht. Auch die Univollversammlung wurde vom Rektor verboten. Das Rektorat konnte es aber nicht wagen, das Verbot durchzusetzen. Die „Linke Liste", Sozialdemokraten, die den AStA mehrheitlich stellen, unternahmen auf der Vollversammlung alles, um die Diskussion über die notwendigen Kampfschritte zu unterdrücken. Die Institutsgruppenvollversammlung hatte auf Initiative der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) die Durchführung von Aktionstagen und eine Demonstration noch in dieser Woche, Vorbereitung eines Streiks während der bundesweiten VDS-Aktionstage und Vorbereitung eines bundesweiten Streiks gegen die bestehende BAFöG-Regelung vorgeschlagen. Die Opportunisten nahmen schließlich einen erneuten Polizeieinsatz am Germanistischen Seminar zum Anlaß für den Antrag, jetzt die Vollversammlung abzubrechen, damit überhaupt keine Kampfschritte beschlossen werden. Das ist den Opportunisten am liebsten, denn dann können sie im Trüben fischen. Dabei erlitten sie jedoch eine schwere Abstimmungsniederlage. Die große Mehrheit der Studenten wollte Kampfschritte beschließen. Schließlich ist es nach dreieinhalbstündiger Dauer der Universitätsvollversammlung gelungen, die Aktionstage und die Demonstration in dieser Woche zu beschließen, und der AStA mußte ihre Durchführung zusagen. Die Vorbereitung darüber hinausgehender Kampfschritte konnte jedoch nicht mehr beschlossen werden.

In der Woche vorher hatte es schwere Auseinandersetzungen am Germanistischen Institut gegeben. Am Mittwoch, 10.11., hatten 800 Studenten unter den Forderungen „Weg mit den Klausuren! Für das Recht auf Urabstimmung und Streik! Weg mit allen Ordnungs- und Strafverfahren!" demonstriert. Am Donnerstag wurden Urabstimmung und Streik erfolgreich fortgesetzt. Die Institutsleitung ließ ein Fachschaftsmitglied verhaften. Mit einem Knüppeleinsatz wurde das Institut geräumt und wurden die Germanistikstudenten vor dem Institut vertrieben. Zwei weitere Studenten wurden verhaftet. Die Studenten sammelten sich wieder und zogen durch die Hochschule, um das bekanntzumachen. Innerhalb von anderthalb Stunden sammelten sich etwa 400 Studenten und zogen zum Germanistischen Seminar, das immer noch von Polizei umstellt war. Unterwegs hatte Oberbürgermeister Zundel beim Beäugen des Demonstrationszuges vom Balkon des Rathauses aus einige Eier abbekommen.

Am Freitag griff eine Hundertschaft Polizei eine Dreiviertelstunde nach Seminareröffnung einen sich bildenden Demonstrationszug an. Mittags fand eine Demonstration mit über 500 Teilnehmern zum Germanistischen Seminar statt. Die Polizei griff mehrmals erfolglos an.

Am 15.11. wurde der Streik trotz weiterer Verhaftungen durchgesetzt. – (KHG Heidelberg/Red.)

Die Aachener Studenten besetzen das BAFöG-Amt

„Sofortige Abschlagzahlung für alle Antragsteller"

Aachen. Das BAFöG-Amt in Aachen bleibt besetzt. Für 2 000 Aachener Studenten zieht sich die Bearbeitung ihrer Anträge auf staatliches Ausbildungsentgelt nun schon mehrere Wochen hin. Im BAFöG-Gesetz selbst ist diese schleppende Bearbeitung angelegt. Das Hungerdasein vieler Studenten ruft ihren Widerstand hervor. Umfragen in Seminaren haben ergeben, daß die meisten weniger als 300 DM monatlich zum Leben haben. Um die sofortige Abschlagszahlung für alle Antragsteller durchzusetzen, wird seit Mittwoch, dem 10.11., das BAFöG-Amt besetzt gehalten. Diese Besetzungsaktion wurde von der Kommunistischen Hochschulinitiative (KHI) vorgeschlagen und mußte gegen die Abwiegelungs- und Spaltungsmanöver der Revisionisten und Reformisten, die den AStA der Technischen Hochschule stellen, durchgesetzt werden.

Die Besetzung beginnt mit 30 Leuten. Nach einer Stunde sind es bereits 80. Der MSB-Sozialreferent des AStA schlägt vor, die Aktion noch am Spätnachmittag abzubrechen. Das wird mehrheitlich zurückgewiesen. Stattdessen werden Agitationstrupps gebildet, die durch die Lehrveranstaltungen ziehen und zur Teilnahme an der Besetzung auffordern. In einigen Seminaren gibt es starken Beifall für diese Aktion. Am Mittwochabend gegen 21 Uhr findet eine erste Aktionsversammlung mit 200 Teilnehmern statt. Die Besetzung über Nacht wird organisiert, verstärkte Agitation in den Lehrveranstaltungen für den Donnerstag wird beschlossen, außerdem eine Demonstration für Freitagnachmittag.

Zur zweiten Aktionsversammlung am Donnerstag kommen bereits über 300 Studenten. Erste Solidaritätsadressen werden verlesen, von den Beschäftigten des Betriebskindergartens der klinischen Anstalten, von einer Vollversammlung an der Fachhochschule für Sozialwesen in Köln. Die Revisionisten und Reformisten schlagen vor, über die Fortführung der Besetzung jeden Tag auf einer Aktionsversammlung neu zu entscheiden. Die versammelten Studenten weisen diesen Vorschlag empört zurück. Ein Antrag der KHI, die Besetzung bis zur Durchsetzung der Forderung nach sofortiger Abschlagszahlung aufrechtzuerhalten, wird mit großer Mehrheit angenommen. Ein Flugblatt des KBW-Bezirksverbandes wird am Freitag vor den Betrieben verteilt. Eine Putzfrau an der Hochschule sagt: „Das ist genau richtig, was ihr macht. Man darf sich nicht alles gefallen lassen, ich wünsche euch jedenfalls viel Erfolg."

Am Freitagnachmittag demonstrieren etwa 500 Studenten, etwa ein Drittel, über die Forderung nach Abschlagszahlung hinaus unter den Forderungen: 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger, 1 500 DM Elternfreibetrag rückwirkend ab 1. Oktober und bundesweiter Streik zur Durchsetzung dieser Forderungen.

Am Samstagabend ist Besetzerfete in den Räumen und Fluren des BAFöG-Amtes. Etwa 300 Studenten kommen. Die Agit-Prop-Truppe der KHI tritt mit zwei BAFöG-Liedern auf, die auf großen Beifall stoßen. Die Revisionisten und Reformisten im AStA weigern sich, die Texte zum Mitsingen zu vervielfältigen. Über 100 Studenten ziehen zum AStA und erzwingen die Vervielfältigung.

Der bürgerliche Staat und seine örtlichen Vertreter haben zunächst darauf spekuliert, daß die Front der Besetzer sich nicht lange hält. Das war in der Tat Spekulation. Am Anfang dieser Woche sind sie zu schärferen Maßnahmen übergegangen. Sie haben das gesamte BAFöG-Amt geschlossen mit der Begründung, daß durch die Besetzung der Räume von leitenden Angestellten die Arbeit der Sachbearbeiter nicht gewährleistet sei. Das Spaltungsmanöver verfängt nicht. Am Dienstagmittag wird der für die Schließung des gesamten Amtes mitverantwortliche Kanzler der Hochschule gestellt und von einem Zug von etwa 150 Studenten von seinem Büro zum BAFöG-Amt begleitet. Auf halbem Weg dreht der Kanzler ab. Er will nicht an der Spitze eines Zuges von demonstrierenden Studenten vorgeführt werden.

Für Donnerstagabend ist eine Universitätsvollversammlung angesetzt, die über die Weiterführung des Kampfes beschließen soll sowie über den Kampf zur Lösung der BAFöG-Frage insgesamt und wie man die Aktionstage der VDS dazu nutzt. Für die nächsten Tage sind eine Reihe von kleineren Veranstaltungen geplant. Die Institutsgruppen haben schon eine Reihe neuer Mitglieder gewonnen. Die Besetzung wird weitergeführt. – (u., Kommunistische Hochschulinitiative Aachen, 16.11.76)


Demonstration der Aachener Studenten am 12.11.76.

4./292 Immendingen

Große Unruhe bei der Unteroffiziers-Ausbildung

Bis zu diesem Quartal war die 4. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 292 in Immendingen eine ziemlich ruhige Kompanie. Die 4./292 ist eine Unteroffiziersausbildungskompanie, das bedeutet von vornherein viele Spaltungsmöglichkeiten: Die Mannschaften sind aufgeteilt in Leistungsklassen (Unteroffiziers-Vorausbildung) und Unteroffizierslehrgang, die jeweils nur ein oder zwei Quartale in der Kompanie sind, sowie in die Stammsoldaten, die selbst wieder nach Kraftfahrern und Innendienstlern gespalten sind. Indem die Offiziere und ihre Handlanger im Unteroffiziers-Korps meist nur einen Teil der Mannschaften in einer bestimmten Frage unterdrückten, einen anderen Teil (zumeist den Stamm) relativ bevorzugten, gelang es ihnen, den Zusammenschluß zu verhindern. Viele Soldaten versuchten durch Nichtauffallen dem Druck auszuweichen, was sich zwar meist als Illusion herausstellte, die Spaltung aber verstärkte.

Politische Unterdrückung ruft Widerstand hervor

Seit Anfang Oktober hat sich das Klima in der Kompanie schlagartig verändert. Zum einen haben wir diesmal einen recht rebellischen Unteroffizierslehrgang, von 36 Unteroffiziersanwärtern 35 normale Wehrpflichtige und 1 Zeitsoldat. Zum anderen hat Hauptfeldwebel Gleim, der Spieß der Kompanie, den Bogen zu weit gespannt: Spieß Gleim, der für die Offiziere das Werk der alltäglichen Unterdrückung organisiert, z.B. bei fast jedem Appell versucht, Soldaten vor der gesamten Kompanie lächerlich zu machen, ist bei allen Mannschaften schon lange ungeheuer verhaßt. Seit einiger Zeit schon hatte er sich einen bestimmten Soldaten aufs Korn genommen, dessen politische Aktivitäten ihm ein Dorn im Auge waren. Er konnte es z.B. lange nicht fassen, daß dieser Soldat es wagte, in die heiligen Kasernenmauern die Kommunistische Volkszeitung und die „Peking Rundschau" zu abonnieren und darüber auch mit anderen Soldaten zu diskutieren. Besonders für die Militärseite interessierten sich schon zahlreiche Soldaten. Am 6.10. wollte er nun den großen Schlag gegen diesen Soldaten landen: Durch die Stube des Gefreiten Stingl veranstaltete er einen Amoklauf, wobei er alle Zeitschriften auf dem Aktenbord „konfiszierte", die irgendwie nach Kommunismus und Zersetzung rochen:

– eine KVZ Nr. 39 mit Bezirksbeilage;
– zwei pädagogische Zeitschriften („betrifft erziehung" und „päd. extra");
– eine Dokumentation des Arbeitskreises Umweltschutz Freiburg zum Giftgasskandal in Seveso.

Tags darauf wurde ein Disziplinarverfahren gegen den Gefreiten durch eine Vernehmung eröffnet, in der man ihm vorwarf, „er habe seine Dienstpflichten verletzt, indem er am 6. Oktober 1976 kommunistische Zeitschriften des KBW frei und für jeden zugänglich auf seiner Stube liegen ließ". Der Spieß war aber bei dieser Aktion derart blind vorgegangen, daß er sogar selbst gegen die Wehrdisziplinarordnung verstieß, wonach Durchsuchungen und Beschlagnahmen nur auf richterliche Anordnung oder bei „Gefahr im Verzug" vorgenommen werden dürfen. Der Kompaniechef, Hauptmann Rudel, mußte daher die Zeitschriften am nächsten Tag wieder zurückgeben. Neben Gelächter über den blinden Spieß gab es unter den Soldaten Empörung über diese Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion sowie über die Einleitung des Disziplinarverfahrens. Mehrere Soldaten sagten: Jetzt wollen sie uns auch noch vorschreiben, was wir lesen dürfen. Dabei sei die Kommunistische Volkszeitung die einzige Zeitung, in der jede Woche die Wahrheit über die Zustände bei der Bundeswehr veröffentlicht werde und darüber, wie die Soldaten sich dagegen zur Wehr setzen. Uns soll mit dieser Aktion verboten werden, diese Zeitung zu lesen.

Die Beschlagnahmung der Zeitschriften war ein typisches Beispiel dafür, mit welchem Mut der Verzweiflung die Bundeswehrführung versucht, die politische Auseinandersetzung über den Zweck der Bundeswehr aus der Kaserne herauszuhalten. Die Ziele der Bundeswehr – Unterdrückung und Aufrechterhaltung der Ausbeutung nach innen wie nach außen – sind volksfeindlich und können bei den Soldaten, die in ihrer Mehrzahl Arbeiter, Angestellte und Bauern sind, keine Begeisterung hervorrufen.

Spieß Gleim hat aber genau das Gegenteil erreicht: Die Unterdrückung der Meinungs- und Informationsfreiheit führte zu wachsendem Interesse an den Zielen der Kommunisten und zum Zusammenschluß der Mannschaften. Am 11. Oktober verabschiedete die Mehrheit der Stammsoldaten sinngemäß die folgende Erklärung: „Wir protestieren gegen die Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion von Hauptfeldwebel Gleim. Durch diese Maßnahme soll uns verboten werden zu lesen, was wir wollen. Wir fordern von Hauptmann Rudel die Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen den Gefreiten Stingl und verbitten uns in Zukunft solche Schnüffeleien." Diese Erklärung wurde von 18 Soldaten bei drei Enthaltungen angenommen.

Der Vertrauensmann trug die Meinung der Mannschaften dem Kompaniechef vor. Diesem war die Sache inzwischen mulmig geworden. Aufgrund des Verbreitungsgrades der KVZ in der 4. Kompanie konnte er dem Gefreiten Stingl überhaupt nicht nachweisen, daß er die KVZ ausgelegt hatte. Das Disziplinarverfahren mußte eingestellt werden. Ein Erfolg der Mannschaften im Kampf um ihre Rechte.

Wachsendes Interesse am Kommunismus

In der folgenden Woche wurde zum ersten Mal die Kommunistische Volkszeitung vor der Immendinger Kaserne verkauft. Enthalten war in der Bezirksbeilage ein Bericht über die mißglückte Beschlagnahmeaktion. 27 Exemplare wurden an Soldaten verkauft. Neben Mannschaftsdienstgraden kaufte die KVZ ein Polizist, Hauptmann Rudel und der S 2-Offizier des Bataillons, Oberleutnant Nitschke. Dieser – verantwortlich für Spionage, Sabotage und Zersetzung – verbreitete die KVZ in der Kaserne weiter. Kopien aus dem Artikel gingen an alle Kompanien, und der Chef der 1. Kompanie hielt seinen freitäglichen Unterricht über den Artikel, wobei er die Friedfertigkeit der Bundeswehr herausstrich. Bei den Soldaten der 4./292 stieß der Artikel mehrheitlich auf große Zustimmung. „Den Artikel muß der Spieß lesen. Sowas ist tausendmal wirksamer als eine Beschwerde!" In der Kompanieführung herrscht seither regelrechte Hysteriestimmung. Den lächerlichsten Denunziationen wird nachgegangen. Einen ganzen Nachmittag brachten sie mit Vernehmungen herum, weil ein Unteroffizier der 1. Kompanie die tolle Meldung gemacht hatte, der Gefreite Stingl wäre beim Frühstück auf den Tisch gestanden und hätte dort unter dem Beifall der Mannschaften eine politische Rede gehalten. Man sieht, die Herrschenden ahnen, was auf sie zukommt, wenn die Soldaten weiter hartnäckig um ihre Rechte kämpfen.

Auch Spieß Gleim las den Artikel. Erschüttert mußte er feststellen, wie isoliert er unter den Mannschaften ist. Sein Plan war nun, durch Terror gegen die gesamten Mannschaften den roten Bazillus zu isolieren. Besonders die Stube 344 nahm er aufs Korn. Es begann mit einem der berüchtigten Stubendurchgänge an einem Freitag Nachmittag. Er ließ sich zuerst alle Kleiderbürsten geben, hielt sie gegen das Licht, strich mit dem Finger darüber und kommentierte den derart aufgewirbelten Staub mit „Aha!". Den einen Soldaten, bei dem kein Staub aus der Bürste aufflog, fragte er, ob er diese Bürste schon benutzt habe. Als der Soldat dies verneinte, ließ er sich dessen Diensthose geben, krempelte die Hosenbeine um, suchte und fand in den Umschlägen der Seitennähte sowie in den Ecken der Hosentaschen einige Staubflusen. Zum Abschluß kündigte er an, solche Kontrollen mit Konsequenzen (Nachreinigen nach Dienstschluß) künftig regelmäßig durchzuführen. Dann durfte die ganze Stube nach Dienstschluß noch die Unteroffiziers-Bar aufräumen, in der die Kompanieführung den Nachmittag über Schach gespielt und Bier getrunken hatte.

Die Spießgesellen Feldwebel Rein, Feldwebel Kuliberda und Unteroffizier Schillinger dehnten den Terror auf die gesamte Kompanie aus und überfielen in einer Woche zweimal schlafende Soldaten, ließen sie sich wieder anziehen und Reviere und Stube reinigen. Bis dahin wurde das Stuben- und Revierreinigen nicht so scharf kontrolliert, zumal die Soldaten nach Abschluß der Grundausbildung Ausgang bis zum Wecken haben. Mit ihren Maßnahmen riefen sie aber nur breite Empörung hervor, beinahe wäre zum ersten Mal eine Versammlung aller Mannschaften der Kompanie zustandegekommen, auf der Abwehrmaßnahmen beraten werden sollten. Die Stube 344 wird speziell scharf kontrolliert. Kurz nach dem Wecken gibt es Kontrollen, ob alle aufgestanden sind, das Waschen mit entblößtem Oberkörper wird beaufsichtigt, einige Unteroffiziere kontrollieren das Revierreinigen besonders scharf und machen wegen jedem Staubflocken Meldung. Einzelne Soldaten wurden zu längeren Gesprächen zum Spieß geladen und mit Zuckerbrot und Peitsche vor dem bösen Einfluß der Kommunisten gewarnt.

Im Unteroffizierslehrgang ging zum besonderen Erschrecken der Kompanie-Führung der lasche Stil weiter. Die befohlene einwöchige Abstinenz während der Alarmbereitschaft wurde mehrfach durchbrochen. Der stellvertretende Kompaniechef Oberleutnant Nitschke, nahm dies zum Anlaß, um drei besonders rebellische Soldaten aus dem Unteroffizierslehrgang herauszuwerfen und vier Soldaten, die beim Biertrinken erwischt worden waren, mit jeweils 50 DM Disziplinarbuße zu belegen (Gefreitensold 210 DM!). Zwei dieser Soldaten wurden in die als „Strafkompanie" berüchtigte 2. Kompanie versetzt.

Man kann sagen, daß all diese Maßnahmen erfolglos geblieben sind. Die Soldaten haben erkannt, daß man erfolgreich um seine Rechte kämpfen kann und daß man das nur kann, wenn man sich zusammenschließt: „Die versuchen doch nur, einen Keil zwischen die Mannschaften zu treiben, gegen den Stingl aufzuhetzen, doch das Gegenteil erreichen sie." „Das gibt eine richtige Rebellion, wenn das so weitergeht."

Jeder Schlag vom Spieß und seinen Handlangern wird jetzt breit diskutiert. Gegenmaßnahmen wie Beschwerden werden erwogen und auch durchgeführt. Mehr als 20 Soldaten der Kompanie unterzeichneten die Solidaritätsadresse gegen das Kernkraftwerk Wyhl. Im Unteroffizierskorps treten Spaltungen an der Frage auf, wie die Unterdrückung effektiv durchgeführt werden kann, manche Unteroffiziere brechen auch gänzlich aus der Unterdrückerfront aus. Es gibt Knatsch im Unteroffizierskorps. Immer isolierter steht der Spieß da. Der Spieß wird teilweise von Offizieren belächelt. Von anderen Kompanien ist zu hören, daß zukünftig Unteroffiziersanwärter nicht mehr in die 4. Kompanie geschickt werden soll, weil dort solche Zustände herrschen. – (Soldat X. Immendingen)

„Schlacht um Midway" in den Kinos

Heimtückische Absichten

Am 4. Juni 1942 fand im Pazifik in der Nähe der Insel Midway eine entscheidende Seeschlacht zwischen japanischen und amerikanischen Flottenverbänden statt. Der japanische Imperialismus, der bis dorthin große Teile der pazifischen Inseln und Chinas, die indochinesische Halbinsel und Indonesien erobert hatte, erlitt eine empfindliche Niederlage. Drei Flugzeugträger wurden versenkt, ein vierter war so stark beschädigt, daß er am Tag darauf von den Japanern selbst versenkt wurde. Mit dieser Schlacht wurde die militärische Expansion des japanischen Imperialismus vom US-Imperialismus gebrochen. Kurz darauf mußte die japanische Armee Schritt für Schritt zurückweichen bis zur Kapitulation. Der US-Imperialismus konnte seine Hegemonie errichten und hatte den Versuch eines Konkurrenten, die Hegemonie in diesem Teil der Welt zu erringen, zurückgeschlagen.

Seit mehreren Wochen läuft der Film „Schlacht um Midway" in westdeutschen Kinos. Er hat kaum etwas gemeinsam mit den Filmen über den imperialistischen Krieg, die reihenweise gezeigt werden. Gezeigt wird eine Schlacht an sich. Nichts ist vom Zweck der Schlacht bzw. des Krieges zu sehen. Der platte Chauvinismus („häßliche Japaner", „Verteidigung der Freiheit") taucht nicht auf. Die japanischen und amerikanischen Admiräle und Soldaten werden gleichrangig miteinander dargestellt. Die Schlacht wird, so der Ablauf des Films, vorbereitet von den jeweiligen Führungen: Der japanische Admiral will überraschen, die Überraschung wird vereitelt durch Entschlüsseln eines Funkcodes durch die US-Marine. Danach läuft die Schlacht ab. Sie läuft tatsächlich ab vor dem Zuschauer, militärisch durchblickt man keine Einzelheiten, geschweige denn Zusammenhänge; warum die Amerikaner gewinnen, bleibt im Dunkeln. Gezeigt werden immer wieder Luftangriffe der jeweiligen Bomber und Torpedoflugzeuge von den entsprechenden Flugzeugträgern auf die gegnerischen, gezeigt wird das Umrüsten der Flugzeuge, das Löschen eines Brandes auf dem Flugzeugträger.

Der Regisseur unternimmt in keinem Satz den Versuch, den Zweck des Kriegs als gerecht oder gut oder richtig darzustellen. Er zeigt den Kampf als industriellen Prozeß, der kollektiv betrieben wird. In den Luftschlachten um die Flugzeugträger hat der Zuschauer nie Übersicht über den Kampfverlauf. Was er sieht, sind verschiedene Flugzeuge der jeweiligen Gruppen, was er hört, sind die Funkgespräche dieser Gruppen und, in entscheidenden Momenten, die Anweisungen des Gruppenführers. Die Tätigkeit der Menschen und nicht einzelne strahlende Helden oder technische Einzelheiten stehen im Mittelpunkt. Das kann der Regisseur so machen, weil natürlich die Imperialisten ihre Kriege nie selbst führen, sondern die Arbeiterklasse und die anderen Teile des Volkes dazu zwingen. Bei dieser Tätigkeit zeigen die Massen Heldenmut. Diese Tätigkeit führen sie gemeinsam als industriellen Prozeß durch.

Der Film „Schlacht um Midway" weckt gerade an dieser Seite des Militärischen, dem Kollektiven, Industriemäßigen, ein großes Interesse. Für jeden Zuschauer ist Platz auf diesem Flugzeugträger, in dieser Schlacht. Die tätigen Soldaten werden vom Offizier bis zum Kesselheizer gezeigt. Für die „linken" Intellektuellen wird ein genialer und gleichzeitig liederlicher Nachrichtenoffizier, der den japanischen Code knackt, eingebaut.

Dies Interesse am Militärischen ist leicht zu wecken. Es entspringt der Tatsache, daß die Arbeiterklasse die Produktion betreibt. Dieser Film weckt es, stellt die kollektive Leistung dar, appelliert an den Heroismus der Massen – und läßt den Zweck des Krieges völlig verschwinden.

Für die Generation, die jetzt im wehrfähigen Alter ist, ist der Abscheu vor dem imperialistischen Krieg und seinen Zwecken eine tiefe, direkt oder indirekt erfahrene Lehre des Zweiten Weltkrieges. Die Bourgeoisie hat große Schwierigkeiten, ihre Kriegsziele – die imperialistische Expansion, also die Unterdrückung fremder Völker und das Niederkämpfen der Konkurrenz – als gerecht hinzustellen. Daran arbeitet sie. Gleichzeitig eröffnete sie zielgerichtet auf die Jugend eine zweite ideologische Front, die sie für den imperialistischen Krieg über die Propaganda für den Krieg an sich gewinnen will. Man muß sich die Bundeswehr-Werbeanzeigen im Lauf der letzten fünf Jahre ansehen. Kaum noch „Wir produzieren Sicherheit", stattdessen werden die technische Ausbildung und das „Team" hervorgehoben.

Wenn die Bourgeoisie auf diese Art ideologische Indoktrination setzt, dann nicht deshalb, weil sie in der Kriegsvorbereitung zurücksteckt. Im Gegenteil. Sie bereitet den Krieg direkter vor. Die Imperialisten stoßen bei dieser Vorbereitung auf ein mächtiges Hindernis. Dies besteht darin, daß es nur vordergründig gelingen kann, das Interesse am Militär vom Zweck des Militärs zu trennen. Das gesteigerte Interesse für das Militärische in der Arbeiterklasse entspringt dem Klassenwiderspruch und dem Bedürfnis, ihn zu lösen. Zu diesem Zweck wird die Arbeiterklasse kollektiv militärische Anstrengungen vollbringen. Dabei wird sich auch erst der Heroismus der Massen tatsächlich entfalten können, weil der revolutionäre Zweck den Interessen der Ausgebeuteten und Besitzlosen entspringt. – (hf)

Callaghan „droht" mit Abzug britischer Truppen

Keine Drohung für das Volk

Celle. Die westdeutschen Finanzbourgeois liegen im Konkurrenzkampf mit den britischen Monopolen. Der britische Premierminister Callaghan hat dem Kanzler des westdeutschen Finanzkapitals gedroht, „er werde ohne Rücksicht auf die Folgen für die NATO die 55 000 Soldaten der britischen Rheinarmee aus Nordwestdeutschland abziehen, wenn sich Bonn knauserig zeige". (Der Spiegel Nr. 45/76)

In Celle sind zwei Regimenter der britischen Truppen stationiert. Sie sind bei den Volksmassen verhaßt. Es ist der Soldatenstiefel der imperialistischen Truppen, den die Volksmassen hassen. Vor einigen Jahren ist ein Arbeiter von sieben britischen Soldaten im Celler Französischen Garten niedergeschlagen worden, und seine Freundin wäre fast vergewaltigt worden. Auch Schlägereien sind keine Seltenheit. Wegen des imperialistischen Soldatenstiefels gibt es eine Menge von Gaststätten, auf denen zu lesen ist: „Out of Bounds" (das heißt : Kein Zutritt für englische Soldaten).

Diese Armee ist isoliert, und ihre Soldaten werden in Kasernen gehalten oder mit ihren Familien in regelrechte Siedlungen gepfercht.

Die örtlichen Bourgeois und die Sozialdemokraten versuchen viel, um die Bevölkerung mit dem britischen Imperialismus auszusöhnen. Vor zwei Jahren haben sie eine ganze Werbewoche durchgeführt, eine sogenannte Britische Woche. In dieser Woche hatten dann sogar die Truppen Zugang zu allen Gaststätten. In dieser Woche wurden Flugblätter und Informationsstände gegen die imperialistische Armee durchgeführt, welche das Ordnungsamt vergeblich untersagt hatte, die auf großes Interesse und Zustimmung stießen. Im letzten Jahr haben die Sozialdemokraten auf dem 1. Mai die Militärkapelle „Prince of Wales' own Regiment" spielen lassen. Als diese Kapelle als Schlußlied „Wir wollen unseren Kaiser Wilhelm wieder haben" begann, standen die Gewerkschafter auf und sangen „Brüder zur Sonne, zur Freiheit". Die Kapelle brach schleunigst ab und auf.

Den arbeitenden Klassen ist in Celle bekannt, daß diese Truppen gegen den Befreiungskampf der Volksmassen in Nordirland hier ihre Übungen durchführen und von Westdeutschland aus regelmäßig für drei oder vier Monate eingesetzt werden. Unter dem Vorwand von angeblichem Bombenalarm ließen sie mit Stracheldraht und Soldaten mit Schußwaffen ihr Kaufhaus „Naafi" bewachen und die Soldaten mit Waffen in der Stadt zur Einschüchterung der Bevölkerung rumlaufen. Die „Cellesche Zeitung" mußte an die Bevölkerung appellieren, Ruhe zu bewahren, die britischen Soldaten seien ja erprobte Unterdrücker durch den Krieg gegen den Befreiungskampf der Volksmassen in Nordirland.

Die Beschäftigten bei den britischen Truppen sollen zu ihren Hilfstruppen gemacht werden. In den Arbeitsverträgen wird den Lohnabhängigen aufgezwungen, „falls erforderlich, Sonntags-, Feiertags- und Schichtdienst zu leisten". Der Arbeitsvertrag hält fest, „daß er jederzeit versetzt werden kann, wenn die Erfordernisse der Streitmacht es verlangen". Der Lohn wurde so weit gedrückt, daß es in unserem 200-Mann-Betrieb mindestens 50 Kollegen gibt, die keine 1 000 DM netto verdienen.

Wenn der britische Premierminister den Abzug aller Truppen androht, so ist das eine Drohung gegenüber den westdeutschen Finanzbourgeois. Die Volksmassen begrüßen den Abzug. Sie wollen den Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland. Das erleichtert den Kampf für die Durchführung der proletarischen Revolution. – (r., Celle / Red.)

Spanien. Das faschistische Regime, auf das die Imperialisten sich stützen, hat die Bedingungen zur Kapitalanlage und Ausbeutung der spanischen Arbeiter durch die imperialistischen Monopole weiter verbessert. „Zum heutigen Zeitpunkt besteht ... eine einmalige Chance für ausländische Unternehmen, in Spanien zu investieren, insbesondere in Form einer Mehrheitsbeteiligung." (Recht der internationalen Wirtschaft, September 1976) Genehmigungen für Mehrheitsbeteiligungen an spanischen Unternehmen werden durch die faschistische Diktatur umgehend und in aller Regel erteilt, besonders schnell dann, wenn der ausländische Kapitalist für den Export produziert. Die Gewinne können weitgehend frei transferiert werden. Die Steuern für die Kapitalisten sind mit die niedrigsten in Europa. Insbesondere für die westdeutschen Kapitalisten sind aufgrund des Doppelbesteuerungsabkommens mit der BRD die ausgeschütteten Dividenden nur mit 10 % Kapitalsteuer belastet. Eine steuerfreie Rücklage in Höhe von 50 % des Jahresgewinns kann für Investitionen im folgenden Geschäftsjahr gebildet werden.

Finnland. Ein Streik der Eisenbahner hat seit dem 9. November den gesamten Bahnverkehr in Finnland lahmgelegt. Bereits in der Vorwoche hatten die Arbeiter zur Warnung gestreikt. Die Regierung hat die Forderung der Eisenbahner-Gewerkschaft bisher abgelehnt, das Pensionsalter auf 58 Jahre herabzusetzen.

Gleichzeitig hat der finnische Kapitalistenverband die Forderung anderer Gewerkschaften abgelehnt, in vorzeitige Lohnverhandlungen einzutreten, wegen der immer rascheren Aufzehrung der Lohnerhöhungen durch die Teuerung. Trotz offiziellem „Preisstopp" beträgt die Inflation mindestens 11 %, wahrscheinlich erheblich mehr.

Die Gewerkschaften haben der Regierung und den Kapitalisten jetzt einen Generalstreik angedroht, wenn sie ihre Haltung nicht aufgeben.

Ecuador. Aus Protest gegen die Ausbeutungsbedingungen, denen sie durch den US-Ölkonzern Texaco unterworfen werden, sind die ecuadorianischen Ölarbeiter in den Streik getreten. Sie fordern Bezahlung von Überstunden und verschiedene betriebliche Leistungen. Sie fordern überdies, daß Ecuador wieder volle Verfügung über seine natürlichen Ressourcen erhalten müsse. Diese Ressourcen sollen nicht dazu dienen, imperialistische Monopolgesellschaften zu bereichern, sondern Bedürfnissen des ecuadorianischen Volkes, eine nationale Wirtschaft aufzubauen. – Die US-Kapitalisten haben die Forderungen der Arbeiter bis jetzt abgelehnt. – Drei andere Gewerkschaften haben eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, worin sie den Streik unterstützen und ihre Entschlossenheit bekräftigen, den Kampf um die Wiedererlangung der natürlichen Ressourcen des Landes, der von imperialistischen Monopolen usurpiert worden ist, bis zu Ende zu führen. – (Nach: Hsinhua, 10.11.76)

Australien. Gegen die Teuerung und die wachsende Ausbeutung hat die australische Arbeiterklasse entschieden den Kampf aufgenommen. Am 12. November war die Lage folgendermaßen:
Wegen eines Streiks von 1200 Raffi-

Australien. Gegen die Teuerung und die wachsende Ausbeutung hat die australische Arbeiterklasse entschieden den Kampf aufgenommen. Am 12. November war die Lage folgendermaßen:
Wegen eines Streiks von 1200 Raffi-nieriemechanikern um Bezahlung der Krankenkassenbeiträge durch die Kapitalisten droht der Verkehr im Land zum Erliegen zu kommen. Gleichzeitig liegen die Häfen Sydney, New Castle und Port Kembla still, da die Dockarbeiter streiken. Im Streik sind weiter die Fleischer, die Lagerarbeiter und Packer, das Krankenhaus-Personal sowie die Gefängniswärter. Seit 14 Tagen kommt es vor dem Verlagshaus des Zeitungsmagnaten John Fairfax in Sydney zu Zusammenstößen zwischen Streikposten und Streikbrechern, die Notausgaben der Zeitungen des Presseunternehmens drucken. Die streikenden Drucker und Verlagsangestellten verhindern die Auslieferung. Die beschlagnahmten Zeitungen werden verbrannt. Zur Unterstützung dieses Streiks sind die Postarbeiter in einen Sympathiestreik getreten und beliefern das Verlagshaus nicht mehr, trotz eines Urteils des Obersten Gerichtshofes, das ihnen dies verbietet.

DDR. Der Sozialimperialismus nutzt die fast vollständige Abhängigkeit der Comecon-Länder von Rohstoffimporten aus der Sowjetunion dazu, fortlaufend die Preise zu erhöhen. Die Preissteigerungen bei diesen Produkten haben seit Anfang 1975 im Durchschnitt 130 % betragen. Nach kürzlich veröffentlichten Statistiken der DDR haben sich seitdem alle wesentlichen Wirtschaftsindikatoren negativ entwickelt. Die Wachstumsrate des Nationaleinkommens ist von 5,6 % 1973 auf 4,9 % 1975 gefallen und fällt gegenwärtig weiter. Der Investitionsfonds mußte gekürzt werden zugunsten des Ankaufs der Rohmaterialien. 1975 ist die Handelsbilanz noch negativer geworden. Auch die vorher positive Handelsbilanz mit der UdSSR ist seither negativ. Die neue Bourgeoisie der DDR gleicht die Ausplünderung durch den Sozialimperialismus aus durch eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse. Vor allem für den Export läßt sie diese schuften, um die Handels- und Zahlungsbilanz auszugleichen und Devisen hereinzubekommen. Dadurch verschlechtert sich die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung der DDR noch weiter. (Nach: Hsinhua, 10. November 1976)

Generalstreik der spanischen Arbeiterklasse

Der von den Gewerkschaften und antifaschistischen Organisationen Spaniens am 12. November als „Kampftag" durchgeführte Generalstreik hat einen neuen Aufschwung der Kampftätigkeit der spanischen Arbeiterklasse und der Volksmassen gebracht. Nach Generalstreiks in den einzelnen Provinzen und anderen Massenaktionen der letzten Wochen ist nun erstmals die Arbeiterklasse überall in Spanien einheitlich in Aktion getreten. Insgesamt haben über zwei Millionen Arbeiter und andere Lohnabhängige sich daran beteiligt.

Insbesondere in den Großbetrieben wurde der Streik geführt, am geschlossensten in der Werft-, Automobil- und Bauindustrie, in den asturischen Bergwerken und in der Schwerindustrie. Ebenso blieben zahlreiche Schulen, Buchläden, Kaufhäuser geschlossen. Auch Verkehrsbetriebe wurden bestreikt.

Die wichtigsten Tagesforderungen des Streiks richteten sich gegen die verschärften Angriffe auf die Lebensbedingungen und die Rechte der Lohnabhängigen, wie sie jetzt vor allem durch das „Stabilitätsprogramm" der Suarez-Regierung eingeleitet wurden. Damit wird ein Lohnstopp in Höhe der offiziellen Preissteigerungsrate verhängt, wird die staatliche Ausplünderung erheblich verschärft und wird die Massenentlassung von Arbeitern erheblich erleichtert.

Gegen die weiter andauernde faschistische Unterdrückung durch das Juan-Carlos-Regime wurden allenthalben Forderungen nach Gewerkschaftsfreiheit, nach Amnestie für die politischen Gefangenen, nach vollständigen Kampf- und Organisationsrechten der Arbeiterklasse und des Volkes sowie die Losung zum Sturz des Faschismus und zur Errichtung der Demokratie des Volkes erhoben.

Das Regime versucht gegenwärtig durch allerhand „Liberalisierungs"-Versprechen dem Kampf der Massen gegen den Faschismus die Spitze zu nehmen und ihn zu spalten. Die Revisionisten und Sozialdemokraten sind ihm dabei behilflich. Besonders bemühen sie sich, die Massen mit dem Versprechen der „Demokratisierung" für den Eintritt Spaniens in die EG zu gewinnen.

Der Eintritt Spaniens in das Völkergefängnis der imperialistischen Bourgeoisie Westeuropas unter der Schirmherrschaft des US-Imperialismus dient aber tatsächlich gerade dazu, die faschistische Diktatur aufrechtzuerhalten und die Auslieferung des Landes an die Imperialisten weiter voranzutreiben.

Die Arbeiterklasse an der Spitze der Volksmassen aller Nationalitäten Spaniens läßt sich von diesem Betrug nicht

Landes an die Imperialisten weiter voranzutreiben.

Die Arbeiterklasse an der Spitze der Volksmassen aller Nationalitäten Spaniens läßt sich von diesem Betrug nicht

fangen, sondern verstärkt ihren Kampf. Dies belegt der nachfolgende Korrespondentenbericht aus Valencia.

Bericht über den Generalstreik in Valencia

Dieser Streiktag, zu dem durch Versammlungen und Propaganda überall in den Städten und Dörfern aufgerufen worden war, war ein Protest gegen die letzten wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung. Der Streik war auch ein Beweis der Festigung des Zusammenschlusses der Volksmassen gegen den Faschismus, konkret der Ablehnung jeder „Reform" der Monarchie, die tatsächlich die Fortsetzung des Faschismus bedeutet. Der Streik war schließlich eine Vorbereitung der Massen auf noch größere, entscheidendere Kämpfe. Eine wesentliche Vorbedingung dazu ist, daß es gelingt, den Aufbau einer Einheitsgewerkschaft aller Arbeiter und Lohnabhängigen voranzubringen, gegen die Absichten der revisionistischen PC, die die Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen) in eine neue Richtungsgewerkschaft unter ihrer Führung verwandeln will neben den beiden sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaften USO und UGT.

Den Zweck, den die bürgerlichen Parteien innerhalb des antifaschistischen Bündnisses, vor allem die revisionistische PC, mit diesem Streiktag verfolgten, war, zu zeigen, daß sie die Massen mobilisieren, aber auch kontrollieren können.

So traten in Valencia zum Beispiel die Vertreter der PC gegen die Demonstration auf, zu der revolutionäre Organisationen für den Abend aufgerufen hatten. Oder PC-Vertreter gingen auf die Baustellen und sagten den Arbeitern, sie sollten nicht hingehen, sie sollten auch den Streik auf vier Stunden begrenzen.

Valencia wie alle großen Städte war praktisch von Guardia Civil und Polizei besetzt, die von der Regierung Anweisung hatten, „mit äußerster Energie und Festigkeit" gegen Streiks und Massenaktionen vorzugehen.

Im Kampf gegen diese Unterdrükkung, gegen Überfälle faschistischer Banden und die Drohungen der verschiedenen Unternehmensleitungen wurde der 12. November zu einem erfolgreichen Kampftag. In Valencia wurden alle großen Betriebe bestreikt (Bau, Holz und Möbel, Metall). Krankenhäuser, Schulen, Gymnasien und Universität blieben geschlossen bzw. wurden boykottiert. Ebenso wurden die Märkte boykottiert. In den Arbeitervierteln waren fast alle Läden geschlossen. Im Lauf des Jahres gab es in Valencia bereits viele einzelne Streiks und Kampfaktionen, aber keine solchen großen, geschlossenen Aktionen. Das hat sich jetzt geändert.

Der Generalstreik der Arbeiter hat auch in anderen Teilen des Volkes große Energie im Kampf gegen den Faschismus freigesetzt. In der philosophischen Fakultät von Valencia waren am Streiktag etwa 300 Studenten versammelt und warteten darauf, daß noch mehr kamen. Plötzlich kam eine Bande von etwa 15 bis 20 Faschisten, bewaffnet mit eisernen Handschuhen, Knüppeln, Helmen, und wollte die Versammlung angreifen. Die Studenten haben sich verbarrikadiert und das Mobiliar zerschlagen, um sich ihrerseits zu bewaffnen. Die Polizei hat zugeschaut, wie die Faschisten zwei große Glastüren zertrümmerten, eine Wandtafel verbrannten, wobei sie den Hitlergruß machten. Als die Studenten jedoch bewaffnet und organisiert aus der Fakultät herauskamen, haben sich die Faschisten zurückgezogen. Die Studenten sind zur medizinischen Fakultät rübergegangen, wo eine noch größere Versammlung war, auf der auch Arbeiter gesprochen haben. Diese Versammlung wurde bewacht von Studenten, die sich zum Schutz gegen Überfälle der Faschisten und der Polizei ebenfalls bewaffnet hatten. Als die Versammlung vorbei war und die Studenten herauskamen, ging die Polizei mit Knüppeln, Tränengas und Wasserwerfern vor.

Trotz aller Polizeiüberfälle fand am Abend die Demonstration mit 10 000 Teilnehmern statt, was in Valencia für eine illegale Demonstration sehr viel ist.

Die antifaschistische Einheit der Arbeiterklasse und der Volksmassen aller Nationalitäten Spaniens ist aus diesem Streik gestärkt hervorgegangen. – (m., Valencia, telefonischer Bericht)



Arbeiter des Automobilwerks Chrysler, Madrid, demonstrieren ihre Unterstützung für den Aufruf der Arbeiterkommissionen zum Generalstreik

Arbeiter des Automobilwerks Chrysler, Madrid, demonstrieren ihre Unterstützung für den Aufruf der Arbeiterkommissionen zum Generalstreik

Besuch Giereks in Moskau

„Festigung der Freundschaft" zwecks Sicherung der Ausbeutung des polnischen Volkes

In der letzten Woche besuchte der Generalsekretär der revisionistischen polnischen Arbeiterpartei, Edward Gierek, die Sowjetunion. Um „Freundschaft und Zusammenarbeit" soll es bei diesem Besuch gehen. Tatsächlich geht es um die Festigung der sozialimperialistischen Beherrschung Polens. Offensichtlicher Gegenstand der Gespräche ist, wie die polnische Bourgeoisie die sich schnell zuspitzenden Widersprüche im eigenen Land unter Kontrolle halten kann und das Land so unter der Oberherrschaft des Sozialimperialismus bleibt.

Bei den Verhandlungen mit den Oberherrn der polnischen Revisionisten in der Sowjetunion wird eine zentrale Frage sein, wie weit die Ausplünderung Polens getrieben werden kann, ohne den sofortigen Aufstand der polnischen Volksmassen unter Führung der Arbeiter zur Folge zu haben. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der polnischen Bourgeoisie ist alles andere als rosig für sie. Nach Angaben des Ministerpräsidenten Jaroszewicz liegt die Getreideernte 4 Millionen Tonnen unter Plan. Es fehlt an einer Million Rindern und 2,5 Millionen Schweinen. Schlechte Ernten der letzten zwei Jahre sind Ergebnis der Restauration des Kapitalismus in Polen. 80 Prozent der polnischen Landwirtschaft sind im Privatbesitz, zwei Drittel aller Betriebe sind kleiner als fünf Hektar. Die Landwirtschaft wird nicht planmäßig entwickelt. Stattdessen ist die Industrie auf wenige Bereiche innerhalb der „sozialistischen Arbeitsteilung" unter der Herrschaft der Sozialimperialisten spezialisiert, wo große Exportschwierigkeiten bestehen.

Polen muß teure Rohstoffe in der Sowjetunion kaufen und Projekte wie einen 500-Kilometer-Abschnitt der Orenburg-Erdgasleitung in der Sowjetunion kostenlos bauen. Industrieanlagen müssen der Sowjetunion geliefert werden, wie jetzt 13 neue Schwefelsäurefabriken. Zwanzig hat Polen bereits für die Sowjetunion gebaut. Polen ist bis über die Ohren verschuldet. Insgesamt hat das Land ein Zahlungsbilanzdefizit von 6 Milliarden Dollar, ein Handelsdefizit von 10 Milliarden Dollar. (Radio Tirana, 13. Oktober)

Die Getreidelieferungen für Polen sollen jetzt aus der Sowjetunion kommen. Die Sowjetunion muß selber Getreide importieren. Aus bisherigen Lieferungen ist bekannt, welches Geschäft die Sozialimperialisten mit Getreidelieferungen machen.

Die Ausbeutung der polnischen Arbeiterklasse wurde im letzten Jahr in großem Umfang verschärft. Die Beschäftigtenzahl lag in den ersten vier Monaten des Jahres, nach offiziellen polnischen Angaben, um 0,6 Prozent über dem Vergleichswert des Vorjahres, während der Wert der verkauften Güter und Produktionsleistungen, gerechnet in Preisen vom 1. Januar 1976, um 13,2 Prozent über dem der ersten vier Monate des Vorjahres liegt. (Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Nr. 181, August 1976) „95 Prozent der Produktivitätssteigerung gingen auf das Konto einer höheren Arbeitsproduktivität, die im ersten Tertial nicht weniger als 12,5 Prozent gestiegen ist. Das Wachstum der polnischen Industrie ist somit ganz eindeutig intensiver Natur." (Mitteilungen) Die Erhöhung der Lebensmittelpreise im Juni, die eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten der Volksmassen um 16 Prozent bedeutet hätte, sollte ein großer Schlag auf den Lohn der Arbeiter und das Einkommen der Bauern werden. An den Streiks und revolutionären Aktionen der polnischen Arbeiterklasse ist dieser Plan zunächst gescheitert. Aufgegeben ist er nicht. „Flexible Preispolitik" verlangen „acht polnische Wissenschaftler" in der Wochenzeitung „Zycie Gospodarcze" (Nachrichtenagentur PAP, 20. Oktober). Einer dieser Professoren, Vorsitzender der staatlichen Planungskommission beim Ministerrat, meint, die „flexible Preispolitik" dürfe „keine Frustration, verbunden mit Ungewißheit", zur Folge haben. „Feinfühlig" müsse vorgegangen werden.

Hinter dieser „Feinfühligkeit" in den Worten des Professors steckt die Furcht der polnischen Bourgeoisie vor der Erhebung der Arbeiterklasse gegen sie und die sozialimperialistische Beherrschung. Die Kämpfe im Juni gegen die Preiserhöhung hatten große politische Auswirkungen. Eine demokratische Massenbewegung gegen die Verurteilung der angeklagten Arbeiter hat sich gebildet. Die polnische Bourgeoisie wollte die niedergeschlagene Bewegung gegen die Preiserhöhungen in der nachfolgenden Terrorwelle von Verhaftungen, Schnellverfahren und anderen Verfolgungen brechen. Nach dem Bericht des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" wurden allein in Radom in der Zeit vom 25. Juni bis 4. Juli etwa 5 000 Personen durch Schnellgerichte abgeurteilt, davon 20 bis 30 zu drei bis zehn Jahren Gefängnis. Folterungen in der Haft waren üblich. Mehrere Verhaftete sind dabei zu Tode gekommen bzw. seither verschwunden.

Es ist nicht gelungen, der Klassenbewegung der polnischen Arbeiter das Rückgrat zu brechen. So haben 899 Arbeiter der Traktorenfabrik Ursus die Wiedereinstellung aller Belegschaftsmitglieder verlangt, die nach dem Juni entlassen worden sind. (Siehe KVZ Nr. 45)

Der Unterdrückungsapparat wird ausgebaut. Radio Warschau hebt am 7. Oktober die „enge Zusammenarbeit" zwischen Polizei und Armee hervor. „Gemeinsame Patrouillen wachen über Ordnung und Disziplin in den Städten und Straßen." Darauf verläßt sich die polnische Bourgeoisie lieber als auf Wirkung ihrer „Feinfühligkeit".

Die Sozialimperialisten wollen jeder Zerrüttung in ihrem Imperium einen Riegel vorschieben. Große diplomatische Aktivitäten unternehmen sie dazu im Moment in ihrem Herrschaftsbereich. Dies auf der soliden Grundlage der Anwesenheit ihrer Truppen. Vom 9. bis 16. September fanden in Polen Manöver der sowjetischen Truppen mit anderen des Warschauer Paktes statt. Die polnischen Arbeiter haben sich durch die Militärmacht des Sozialimperialismus nicht schrecken lassen. Sie haben revolutionäre Erfahrung und den festen Willen gezeigt, die Herrschaft der Sozialimperialisten und Revisionisten zu beseitigen und die Diktatur des Proletariats zu errichten. – (hf)

Volksrepublik China: Artikel der Kritikgruppe des städtischen Kulturbüros Peking

Scharfer Klassenkampf um den Film „Pioniere"

(Hsinhua, 8. November). In ihrem Versuch, die Macht in Partei und Staat zu ergreifen, die proletarische Natur unserer Partei grundlegend zu ändern und den Kapitalismus zu restaurieren, versuchte die „Viererbande", Literatur und Kunst unter ihre Kontrolle zu bekommen und eine konterrevolutionäre öffentliche Meinung zu schaffen, um sich der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao in Literatur und Kunst zu widersetzen. Sie sind die Erzkriminellen, die versucht haben, die proletarische Revolution in Kunst und Literatur zu sabotieren.

Das wird durch den scharfen Klassenkampf illustriert, der sich um den Film „Pioniere" entwickelt hat, der im Februar 1975 erstmals gezeigt wurde. Die ersten Arbeiter-Bauern-Soldaten-Versammlungen, die ihn sahen, rühmten ihn, weil er das Prinzip vertrat, hart und im Vertrauen auf die eigene Kraft für das Wohl unseres Landes zu arbeiten, und weil er den Sieg der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao schilderte. Wegen seines guten politischen Gehalts und seiner künstlerischen Ausdruckskraft verlangten zahlreiche Industrie- und Gruben-Betriebe, daß der Film breit vorgeführt werden sollte. Sie sagten, er sei anschauliches Lehrmaterial, um von Datjing zu lernen. Zahlreiche Arbeiter sahen sich angesporn, den Helden des Films nachzueifern. Die „Viererbande" versuchte diese Bewegung niederzuhalten. Als erste behauptete Djiang Tjing, der Film habe „ernste politische und künstlerische Fehler". Zehn Anklagen wurden fabriziert. Die „Viererbande" nutzte ihre Autorität, um anzuordnen, daß keine Kopien des Films mehr angefertigt wurden; sie verhinderte zustimmende Kommentare der Presse und wies Radiostationen und Fernsehen an, den Film nicht vorzuführen.

Unterdrückung richtiger Kritik und richtiger Ideen der Massen

Literatur und Kunst müssen im Zusammenhang der politischen Kämpfe in der Gesellschaft betrachtet und studiert werden, um zu sehen, wie die Klassen um die Durchsetzung ihrer politischen Linie ringen. Der Film „Pioniere" handelt von den scharfen Kämpfen in den sechziger Jahren zwischen den zwei Klassen, den zwei Wegen und den zwei Linien in Chinas Ölindustrie und zeigt, daß die große chinesische Arbeiterklasse und die revolutionären Kader mit aller Kraft daran arbeiteten, die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao auszuführen. Die „Viererbande" war immer schon der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao und den Arbeitern und leitenden Kadern, die ernsthaft an ihrer Verwirklichung arbeiten, feindlich gesinnt. Die Anstrengungen, die sie unternahm, um den Film zu beseitigen, waren schließlich ein praktischer Schritt, um das Zentralkomitee zu spalten und führende revolutionäre proletarische Kader anzugreifen und auszuschalten.

Der Film konzentriert seine Kritik auf Verräter und solche, die immer noch den kapitalistischen Weg gehen, die nicht den Marxismus, sondern den Revisionismus praktizieren, die nicht Zusammenschluß, sondern Spaltung betreiben und die nicht offen und ehrlich sind, sondern sich mit Verschwörungen und Ränken befassen, um die Kontrolle zu erringen. Dies traf die „Viererbande" im Nerv.

Der große Führer Mao Tsetung gab bezüglich des Films „Pioniere" die folgende bedeutende Weisung:

„Es gibt keine schwerwiegenden Fehler in diesem Film. Ich schlage vor, daß er zur Vorführung empfohlen wird. Seid nicht kleinlich. Und gar zehn Anklagen gegen ihn aufzuführen, geht zu weit. Das behindert die Ausrichtung der Politik der Partei hinsichtlich Literatur und Kunst."

Die Weisung des Vorsitzenden Mao drückte den Wunsch der Arbeiter, Bauern und Soldaten aus. Sie war eine große Ermutigung für das Proletariat und die Revolutionäre und war von gewaltiger unmittelbarer und historischer Bedeutung für die Entwicklung einer proletarischen Literatur und Kunst.

Aber die „Viererbande" gab an diesem Punkt den Kampf nicht auf. Sie unternahm gegen diese Direktive des Vorsitzenden Mao alles in ihrer Macht Stehende.

Sie organisierte einige Leute zur Abhaltung eines Geheimtreffens im kleinen Kreis, um einen Brief zu kritisieren, den ein junger Szenarist geschrieben hatte, der mit den erhobenen „zehn Anklagen" nicht einverstanden war. Einige führende Mitglieder von Provinzen und Städten, die entsprechend der Weisung des Vorsitzenden Mao handelten, beschimpfte sie voller Wut auf jede mögliche Weise. Als einige Zeitungen begannen, „Pioniere" bekannt zu machen und zustimmende Kommentare von Arbeitern, Bauern und Soldaten zu drucken, wurde dies von Yao Wen-yüan willkürlich gestoppt. Djiang Tjing stieß alle möglichen Schmähungen gegen den Genossen aus, der dem Zentralkomitee über den Stand der Dinge berichtet hatte, und übte jede Art von Druck aus, um ihn dazu zu bringen, einen neuen Brief an den Vorsitzenden Mao zu schreiben, worin er anerkennen sollte, daß der Film Irrtümer enthalte. Auf diese Weise sollte auf den Vorsitzenden Mao selbst Druck ausgeübt werden. Djiang Tjing unternahm sogar Manöver, um das Szenaristen-Team und die Filmproduktionsgruppe zu veranlassen, „Pioniere" erneut auf der Linie der Kritik der „Viererbande" zu drehen.

Djiang Tjing und ihre Bande machten wegen „Pioniere" soviel Aufhebens nicht um die Qualität des Films zu verbessern, sondern um Leute zu vernichten. Die Wang-Dschang-Djiang-Yao-Clique von Verschwörern und Karrieristen haßte diejenigen führenden Genossen, die der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao treu ergeben sind. Sie brütete hinter verschlossenen Türen Komplotte aus, rührte unter der Decke Streitigkeiten auf und fabrizierte und verbreitete Gerüchte, um die Volksmassen zu enttäuschen und zu verwirren und so zu versuchen, zahlreiche leitende Genossen von Partei, Staat und Armee auf zentraler und lokaler Ebene zu stürzen. Die wichtige Weisung des Vorsitzenden Mao war eine weitere ernste Warnung an die parteifeindliche Clique der „Viererbande".

Die Direktive des Vorsitzenden Mao arbeitete heraus, daß die Bande dabei war, die Durchführung der Politik der Partei hinsichtlich Literatur und Kunst zu unterminieren. Die „Viererbande" praktizierte Revisionismus unter dem Aushängeschild des Marxismus, verfälschte frech die Geschichte, griff andere an und lobte sich selbst in den Himmel. Sie versuchte, sich selbst als die einzig korrekten Vertreter der revolutionären Linie in Literatur und Kunst hinzustellen, und stilisierte Djiang Tjing zur „Bannerträgerin" der Revolution in Literatur und Kunst. Die Wahrheit ist, daß einer aus der Bande, Dschang Tschun-tjiao, ein begeisterter Anhänger der opportunistischen Linie Wang Mings war. Schon in den dreißiger Jahren beteiligte er sich an den kriminellen Aktivitäten zur „Einkreisung" Lu Hsüns und der Verfolgung junger aufstrebender Kräfte in Literatur und Kunst. Lu Hsün entlarvte durchhdringend diese Leute, als er darauf hinwies, daß sie „nur Revolutionäre sind beim Anprangern anderer, keine zu sein", und daß sie „sich äußerlich als radikale Revolutionäre geben, aber in Wirklichkeit individualistische Schwätzer, ganz unrevolutionär oder der Revolution sogar schädlich sind".

Sie hatten keine Wahrheit für sich und keine Massen hinter sich, sondern kannten nur klingende Namen und die „Peitsche" in der Hand. Sie übten fortlaufend auf andere Druck aus und handelten willkürlich. Ihre wilde Unterdrückung des Films ist dafür beispielhaft. Der Vorsitzende Mao kritisierte sie ungehalten, daß sie „zu weit gehen". Er verlangte fest und ausdrücklich eine Ausrichtung der Politik der Partei in Literatur und Kunst. Das trieb sie in Panik. Auf ihre übliche Art verfälschten und entstellten sie die Weisung flagrant. Da sie die Feststellung des Vorsitzenden Mao, daß „es keine schwerwiegenden Fehler in diesem Film gibt", nicht widerlegen konnten, bestanden sie darauf, daß dies bedeute, der Film enthalte mittlere und kleine Fehler.

Sabotage der proletarischen Revolution in Literatur und Kunst

Betrachten wir eine oder zwei ihrer „Anschuldigungen". Sie sagten, an drei Stellen im Film werde das Interesse hervorgehoben, das vom Zentralkomitee der Partei und anderen leitenden Organen den Ölarbeitern entgegengebracht wurde. Dies bedeute, „Liu Schao-tschi, Po I-po und Konsorten reinzuwaschen". Der „Viererbande" zufolge wurde also das Zentralkomitee vor Beginn der Kulturrevolution durch Liu Schao-tschi repräsentiert. Indem sie die Rolle und Autorität des Renegaten, geheimen Verräters und Schufts innerhalb der Partei, Liu Schao-tschi, maßlos übertrieben, verfolgten sie das kriminelle Ziel, die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao und des von ihm geführten Zentralkomitees der Partei wie auch einer großen Anzahl leitender revolutionärer Kader des proletarischen Hauptquartiers völlig zu leugnen und so eine konterrevolutionäre öffentliche Meinung für ihre „Viererbande" zu schaffen, mit dem Ziel, die Macht in Partei und Staat an sich zu reißen.

Eine andere „Anschuldigung" war, daß die Helden im Film Lenin, den Vorsitzenden Mao und Zeilen aus der „Internationale" zitierten. Dadurch werde die Sprache der Personen „schematisch".

Wir haben in der Vergangenheit schon genug Erfahrungen gehabt mit Stellungnahmen dieser Art von seiten der Rechten. Die bürgerlichen Rechten sagten 1957 ähnliche Dinge, als sie die proletarische Linie in Literatur und Kunst angriffen, und dasselbe taten die Vertreter der revisionistischen Linie in Literatur und Kunst in den 17 Jahren, die dem Beginn der Kulturrevolution vorausgingen, als sie Literatur und Kunst benutzten, um die Partei anzugreifen. Die sowjetische Revisionistenclique spielt auf derselben Leier. Ihre Bemühungen treffen sich im Angriff auf den revolutionären politischen Gehalt proletarischer Kunstwerke dadurch, daß sie das Banner des Kampfs gegen den „Schematismus" in der proletarischen Literatur und Kunst erheben. Der Vorsitzende Mao sagt: „Die Bourgeoisie schließt die proletarische Literatur und Kunst immer aus, wie hoch ihr künstlerischer Wert auch sein mag." Das kommt, weil proletarische Literatur und Kunst proletarische Politik verbreitet, weil sie für das Proletariat und gegen die Bourgeoisie auftritt. Die Haltung der „Viererbande" gegenüber dem Film „Pioniere" entspricht genau dieser Haltung der Bourgeoisie.

In den schwierigen Tagen, als Imperialismus, Revisionismus und Reaktion politischen Druck ausübten und eine wirtschaftliche Blockade über China verhängten – was hat denn da die chinesische Arbeiterklasse inspiriert, dem Druck zu widerstehen und die Blockade zu durchbrechen? Waren es nicht genau der Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen und die erhabene proletarische Haltung, wie sie in der „Internationale" zum Ausdruck kommt? Die Tatsache, daß die „Viererbande" für den Marxismus und die „Internationale" soviel Haß hegt, zeigt deutlich ihre reaktionäre Klassennatur.

Angriff auf die Führung der Partei in Literatur und Kunst

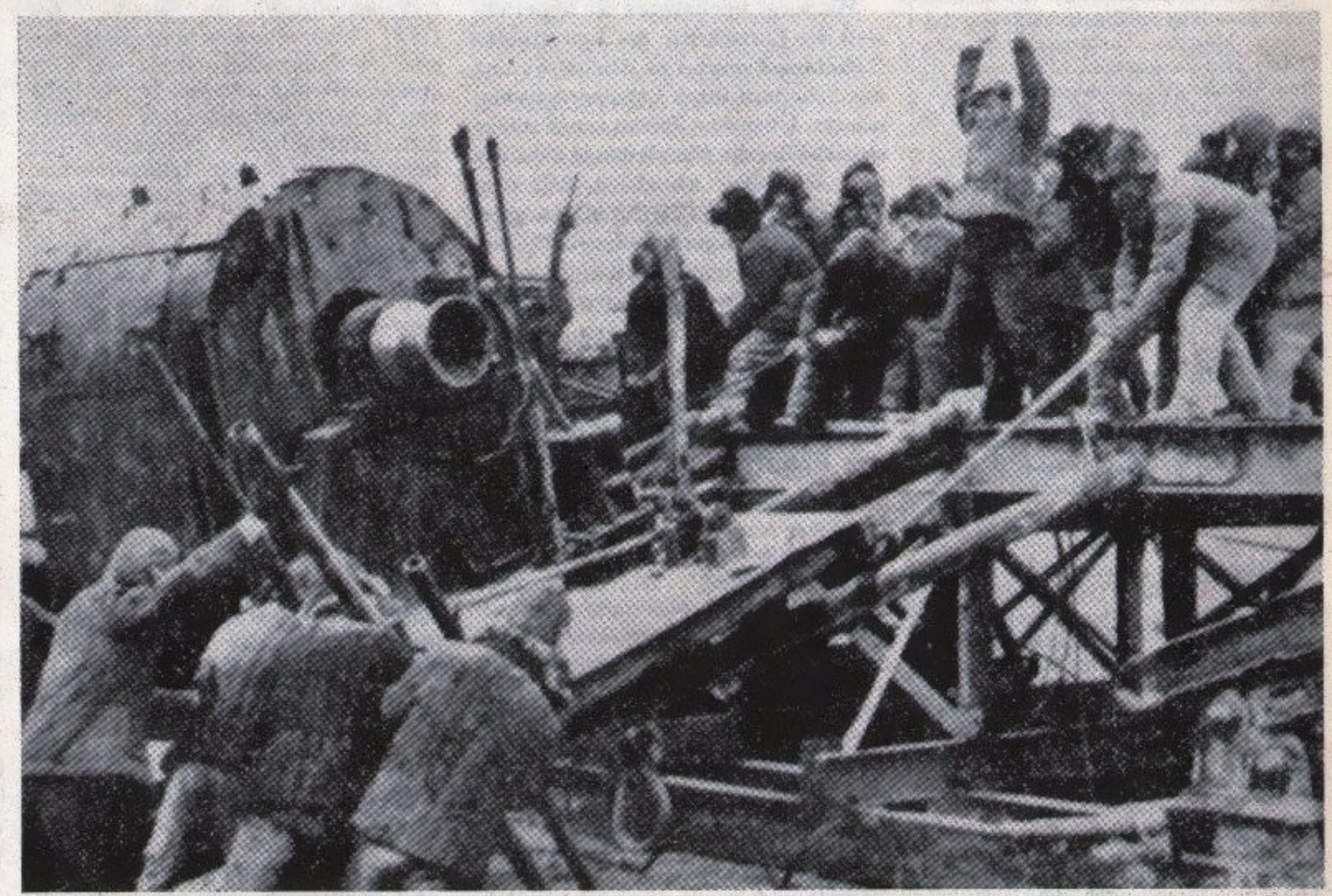
Das ist nicht annähernd eine vollständige Aufzählung der üblen Dinge, die die „Viererbande" auf dem Gebiet von Literatur und Kunst getrieben hat. Sie stellten sich der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao in Literatur und Kunst und der marxistischen Theorie über Literatur und Kunst entgegen und verfälschten die grundlegende Aufgabe, daß Literatur und Kunst den Arbeitern, Bauern und Soldaten und der proletarischen Politik zu dienen hat. Sie griffen die Führung der Partei gegenüber Literatur und Kunst an, stellten sich über den Vorsitzenden Mao und das Zentralkomitee der Partei und taten alles, um die Führung der Parteikomitees aller Ebenen auf dem Gebiet von Literatur und Kunst zu sabotieren und sich hineinzumischen. Sie setzten der Politik des Vorsitzenden Mao hinsichtlich Literatur und Kunst Widerstand entgegen, verweigerten die Erfüllung des Prinzips der Partei: „Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wetteifern" und versuchten ihre bürgerlichen politischen und künstlerischen Kriterien durchzusetzen anstelle proletarischer politischer und künstlerischer Kriterien.

Sie verfälschten und änderten die wissenschaftliche These des Vorsitzenden Mao, daß die Bourgeoisie „mitten in der Kommunistischen Partei sitzt", und, unter dem Vorwand, den Kampf des Proletariats gegen diejenigen, die den kapitalistischen Weg gehen, zu unterstützen, verbreiteten sie allerhand giftige Gerüchte, um Freund und Feind zu vermengen, führende revolutionäre Kader anzugreifen und eine öffentliche Meinung zu schaffen für ihre Versuche, sich in die Arbeit verschiedener Provinzen und Gemeinden einzumischen, das Zentralkomitee zu spalten und die Macht in Partei und Staat zu usurpieren.

Sie predigten Idealismus, Metaphysik und Scholastik, um den schöpferischen Geist der Massen in Literatur und Kunst in Fesseln zu legen. Sie warfen ihr Gewicht in die Waagschale und mißbrauchten die ihnen gegebene Macht, schüchterten die Leute ein und arbeiteten nach der Devise „Wer mit uns übereinstimmt, überlebt, wer sich gegen uns stellt, geht unter". Sie schrieben sich selbst die Beiträge anderer zu und beanspruchten für sich die Erfolge der schöpferischen Arbeit der Arbeiter-Bauern-Soldatenmassen und der revolutionären Literatur- und Kunstschaffenden, die unter Führung der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao in Literatur und Kunst errungen worden waren, um für sich daraus Kapital zu schlagen. Sie agitierten für die Theorie, man könne durch einzelne „Glanzleistungen" persönlichen Ruhm und Karriere ernten, und waren so bemüht, bürgerliches Recht weiter auszudehnen, die Reihen der Literatur- und Kunstarbeiter zu vergiften und anderes mehr. Ihre Tätigkeit hat der revolutionären Arbeit auf dem Gebiet von Literatur und Kunst großen Schaden zugefügt.

Das Zentralkomitee mit dem Vorsitzenden Hua Guo-feng an der Spitze ergriff auf Geheiß des Vorsitzenden Mao rechtzeitige und entscheidende Maßnahmen, um die Verschwörung der parteifeindlichen Clique von Wang-Dschang-Djiang-Yao zu zerschlagen, die auf die Usurpation von Partei- und Staatsführung gerichtet war. Unter der Führung des Zentralkomitees der Partei mit dem Vorsitzenden Hua Guo-feng an der Spitze sind wir entschlossen, das große rote Banner der Maotsetungideen hoch erhoben zu halten und die sozialistische Revolution und die proletarische Revolution in Literatur und Kunst zu Ende zu führen.

(„Volkszeitung" vom 7. November / Übersetzung durch Red. nach Hsinhua / Zwischenüberschriften durch Red.)



Das Bild zeigt den Beginn des Aufbaus des Ölfeldes von Datjing. Wang Djin-hsi, der „eiserne Mann", und sein Bohrteam 1205 machen sich im Geiste des revolutionären Selbstvertrauens und der harten Arbeit daran, den Bohrturm auf die Bohrstelle zu schleppen und zu ziehen.

Die Arbeiter von Datjing haben die Unterdrückung des Films „Pioniere" durch die „Viererbande" empört verurteilt. „Sie haben in ihrer Kritik hervorgehoben, daß die ‚Viererbande' den Film ‚Pioniere' deshalb unterdrücken wollte, weil sie das kriminelle Ziel verfolgte, den Weg der Entwicklung einer eigenen Industrie in China, wie er vom Vorsitzenden Mao gewiesen worden ist, zu verleugnen und das rote Banner Datjing, das der Vorsitzende Mao selbst erhoben hat, niederzureißen."

Um gegen diesen Angriff des Klassenfeindes einen wuchtigen Gegenschlag zu führen, hat die Arbeiterklasse von Datjing einen neuen Aufschwung in der Revolution und in der Produktion eingeleitet.

„Die Erdölarbeiter haben erklärt: Wir müssen der ‚Viererbande' schlagkräftig antworten, indem wir das Prinzip des Vorsitzenden Mao noch besser anwenden ‚Die Revolution anpacken, die Produktion fördern'. Wir müssen den Plan übertreffen, um dadurch die Zeit wieder einzuholen, die uns durch die Einmischung und Sabotage der ‚Viererbande' verloren gegangen ist. Mehr als 200 000 Arbeiter haben schon erklärt, daß sie dazu entschlossen sind. Zehntausend Kader sind unter die Massen gegangen, um mit ihnen zu studieren, die ‚Viererbande' zu kritisieren, die Revolution anzupacken und die Produktion zu fördern. Der Plan für die ersten zehn Monate wurde bereits vorfristig erfüllt." (Hsinhua, 8. November)

Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

Bad Dürkheim. Im Anschluß an eine Fernsehsendung mit einem Interview von Robert Mugabe, Generalsekretär der ZANU, und J. Nkomo (ZAPU) wurde in einer Abteilung des Krankenhauses in der Spätschicht über den Befreiungskampf in Zimbabwe diskutiert. Die Kollegen unterstützten die Ablehnung des Kissinger-Manövers durch die Befreiungsbewegung und fanden gut, daß durch die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes auch Nkomo dazu gebracht wurde, eine richtige Position auf der Konferenz zu vertreten. Es wurde auf Vorschlag eines Genossen beschlossen, Kleider für die ZANU zu spenden. Weiter, daß der Stationsarzt Medikamente bestellen soll zur Weiterleitung an die ZANU. Sechs große Säcke Kleider kamen rasch zusammen. Die Broschüre „Chimurenga Zimbabwe" und das Kinderbuch zum Kampf der ZANU wurden auf der Station gemeinsam gelesen und diskutiert.

Göttingen. Die Zelle des KBW im Metallbetrieb Dr. Kern veranstaltete am 13.11. ein Fest zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes des Volkes von Zimbabwe. Vier Kinderbilder über den Befreiungskampf wurden versteigert und erbrachten 140 DM für die ZANU. Die anwesenden Kollegen von Dr. Kern wollen jetzt im Betrieb mit der Kleidersammlung beginnen.

Bochum-Langendreer-Werne. Schüler verschiedener Schulen, vor allem Hauptschüler, haben mit Genossen zusammen ein Solidaritätsfest organisiert. Der Kommunistische Jugendbund hielt ein Referat es gab Vorführungen und eine Versteigerung. 60 DM für die ZANU kamen zusammen. Die Jugendlichen beschlossen, an ihren Schulen weitere Unterstützungsaktionen zu organisieren.

Koblenz. Am 8. November führte der Bezirksverband Koblenz des KBW eine Veranstaltung mit dem Thema durch: „Es lebe der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe! Nieder mit dem Kissinger-Manöver im südlichen Afrika!" Die Bezirksleitung hielt dazu ein Referat. Eine abschließende Spendensammlung erbrachte 204,48 DM zur Unterstützung der ZANU.

Mittlerer Oberhein/Nordschwarzwald. Der Bezirksverband führte in Pforzheim, Gaggenau und Bruchsal jeweils Veranstaltungen unter dem Thema: „Nieder mit dem Kissinger-Plan! Das Volk von Zimbabwe wird siegen!" durch. Auf der Veranstaltung in Gaggenau wurde anschließend ein Bild versteigert, auf dem Kinder aus Zimbabwe mit dem Gewehr in der Hand abgebildet sind. Es wurden 40 DM, in Pforzheim 143 DM gesammelt.

Mannheim. Die Stadtteilzelle Sandhofen hat am letzten Samstag bei einer Hausagitation und -sammlung 18 DM für ein Fotokopiergerät für die ZANU gesammelt. Die Spenden wurden größtenteils von italienischen Arbeitern gesammelt.

Duisburg-Hamborn. Am 13.11. führte die Zelle Hamborn des KBW eine Aktion zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe in einer Arbeitersiedlung in Hamborn durch. Nachdem zu Beginn durch Flugblätter, Wandzeitungen und Ansprachen in den Innenhöfen der Siedlung über die Bedeutung dieses Kampfes informiert worden war, zogen wir mit Broschüren, Zeitungen und Sammelbüchsen durch die Häuser. Viele spendeten. Am Büchertisch las eine Genossin den Kindern aus dem Zimbabwe-Kinderbuch vor, was ihnen sehr gefiel. Insgesamt wurden 15 DM und zwei große Säcke Kleider gesammelt.

Mittlerer Neckar. Der Bezirksverband Mittlerer Neckar hat in der Woche vom 4. bis 11. November für ein Photolabor für die ZANU folgende Spenden gesammelt: KVZ-Leserkreis Zuffenhausen 61,90 DM; Veranstaltung in Esslingen 15 DM; Veranstaltung in Tübingen 86 DM, Bismarckplatz 6 DM. Insgesamt beträgt der Spendenstand für das Photolabor 2388,14 DM.

Wiesbaden. Am 8.11. führte der Kommunistische Jugendbund (KJB) Wiesbaden eine Veranstaltung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durch. 13 Jugendliche kamen. Das Referat behandelte vor allem das gegenwärtige Entspannungsmanöver der Imperialisten. Danach folgte ein Dia-Vortrag über die bisherige Entwicklung des Befreiungskampfes. Ein dritter Beitrag legte die Aufgaben der westdeutschen Arbeiterklasse im Kampf für den Sturz des Imperialismus dar und betonte die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei. – Am Ende stand eine Spendensammlung sowie eine Tombola. Es wurden insgesamt 106 DM für die ZANU gesammelt.

Kleider- und Gerätespenden für die ZANU
an das Büro der Bezirksorganisation Bremen/Unterweser
Gröpelinger Heerstraße 261
2800 Bremen
Tel. 0421/616104

Die bürgerliche Presse bereitet die imperialistische Aggression vor

„Es eilt im Süden Afrikas . . ."

Mit Sorge beobachten die Imperialisten die Fortschritte des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe und das Scheitern ihres Entspannungsmanövers. Über ihre Presse verständigen sie sich über die Einschätzung der Lage und über ihre Absichten. Mit dem Fortschreiten des Befreiungskampfes entfacht die bürgerliche Journaille ihre Hetze, um die imperialistische Aggression in Zimbabwe vorzubereiten. Dazu eine Zusammenstellung von Zitaten.

Der bewaffnete Befreiungskampf entwickelt sich an allen Fronten

Über einen erneuten „*Überfall afrikanischer Nationalisten im Gebiet der Viktoriafälle*" berichtet die „Neue Zürcher Zeitung". Die „Stuttgarter Zeitung" vom 13. November berichtet von der „*dritten Angriffswelle schwarzer Freischärler in diesem Jahr*". „*Obwohl auch heute noch nicht an der Überlegenheit der relativ kleinen rhodesischen Streitkräfte gezweifelt wird, hat sich die militärische Lage in den vergangenen Monaten doch zuungunsten der Weißen drastisch verschlechtert.*" (Neue Zürcher Zeitung, 3. November)

Das Siedlerregime wankt

„*Kriegsdrohungen sind es nicht, die den Rhodesiern zu schaffen machen.*" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. November) „*In den Villen der Weißen wird langsam der Hausrat eingepackt.*" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. November) Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet von einem „*Sinken der Kampfmoral*" bei den Siedlertruppen. „*Führende Militärs in Rhodesien haben zudem mit Sorge vermerkt, daß sich viele wehrpflichtige weiße Jugendliche ins Ausland absetzen und gleichzeitig . . . mehr und mehr Schwarze sich der ZIPA anschließen. Es ist eine ähnliche militärische Situation entstanden wie einst in den portugiesischen Afrikaprovinzen.*" (Neue Zürcher Zeitung, 3. November)

Die Imperialisten bereiten die Aggression vor

„*Während an der Genfer Rhodesienkonferenz weiterhin keine Fortschritte erzielt werden, ist . . . Ian Smith gegenwärtig mehr mit den Problemen des sich ausweitenden Guerillakrieges beschäftigt als mit den Konferenzproblemen.*" (Neue Zürcher Zeitung, 12. November) „*In New York begannen unterdessen nach glaubhaften Quellen Geheimverhandlungen zwischen den USA, Großbritannien und Südafrika über die finanziellen Aspekte der Entkolonialisierung Rhodesiens!*" Es gehe um „*mehrere Milliarden DM*". (Frankfurter Rundschau, 8. November) Die Imperialisten planen Aggression und schaffen sich dazu ihre Kriegskasse.

Unter der Führung der ZANU schließt sich das Volk von Zimbabwe im bewaffneten Befreiungskampf zusammen. In heimtückischer Weise versuchen die Imperialisten Spaltung zu säen und einen Bürgerkrieg zu entfesseln, wie sie es bereits in Angola getan haben. „*Dies* (die Spaltungsversuche der Imperialisten) *erinnert an die Ereignisse in Angola*", faßt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 13. November die Bemühungen zusammen. „*Die schwarzen Herren wünschen Krieg*", schreibt die „Bild" am 10. November. „*Und vor den Anstiftern dieser Blutbäder liegen die Vereinten Nationen auf den Knien.*" Was ist dies anderes als der Aufruf zur imperialistischen Aggression!

Heftige Rivalität der Supermächte

„*Es eilt im Süden Afrikas. Südafrika ist eines der rohstoffreichsten Gebiete der Erde; die Bedeutung der Kap-Route für den Schiffsverkehr kennt jeder. Eine sowjetische Kontrolle über beides könnte zur tödlichen Bedrohung für Amerika und Europa werden. Also muß der Westen versuchen, eine Ausdehnung des sowjetischen Einflusses in diesem Teil der Welt zu verhindern.*" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Oktober)

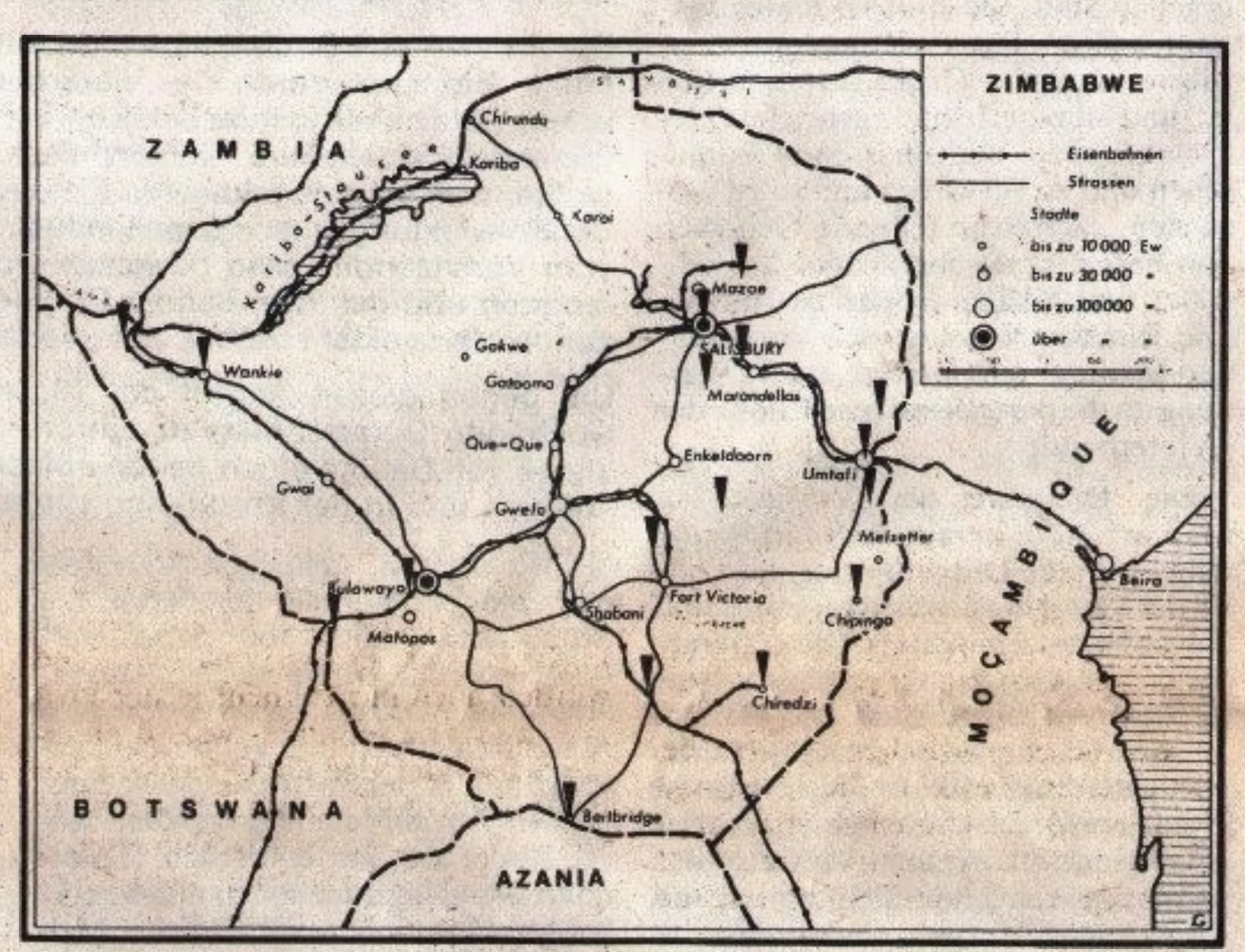
Unter der Flagge der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung versucht der Sozialimperialismus, seinen Einfluß in Afrika im Kampf gegen die andere Supermacht auszudehnen. Ihm geht es nicht um die Befreiung des Volkes von Zimbabwe, sondern darum, seine Herrschaft dort zu errichten. Ausdrücklich garantiert er den weißen Siedlern „Minderheitenschutz". Ausdrücklich unterstützt er die weißen Siedler und sagt „feste Garantien für die weiße Bevölkerung" zu. (Radio Moskau)

Das Volk von Zimbabwe ist sein eigener Befreier

Das Volk von Zimbabwe kämpft für Unabhängigkeit, Befreiung und Revolution. Die Imperialisten versuchen, sich in die Befreiungsbewegung einzukaufen. Sie bieten sich als „Befreier" an, um in Wirklichkeit die Herrschaft des Imperialismus aufrechtzuerhalten. „Wir sind unsere eigenen Befreier!" ist das Leitprinzip der ZANU, gegen das die bürgerliche Presse unablässig hetzt. „*Jeder der vier schwarzen Führer, die in Genf auftreten, wurde und wird von irgend jemand außerhalb Rhodesiens ‚finanziert' oder unterstützt . . .* " (Mannheimer Morgen, 28. Oktober) Die bürgerliche Presse widerlegt sich selbst: „*Ein Eingreifen sowjetischer, cubanischer oder anderer ausländischer Truppen schloß der tansanische Staatschef mit Nachdruck aus. ‚Die Nationalisten von Zimbabwe werden Waffen von außen benutzen, aber keine Ausländer einsetzen.*'" (Süddeutsche Zeitung, 12. November)

Der besondere Haß der Imperialisten gilt der ZANU, die das Volk von Zimbabwe in seinem revolutionären Befreiungskampf führt. Erst haben sie die ZANU völlig totgeschwiegen. Dann, vor Beginn der Genfer Konferenz, verhöhnten sie R. Mugabe, den Generalsekretär der ZANU, als „gesichtslos". Schließlich verständigen sie sich: „*Nichts ohne ihn*", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 19. Oktober „*Ohne Robert Mugabe ist eine Lösung der Rhodesien Frage wohl nicht mehr möglich. Er sieht aus wie der Mann, der aus dem Machtkampf nach dem Verschwinden der weißen Minderheitsregierung in Rhodesien als der Überlebende hervorgehen wird. Dann soll ‚Simbabwe' . . . sozialistisch werden.*" (Neue Zürcher Zeitung, 3. November)

Das englische Fernsehen BBC hält ein Interview mit R. Mugabe, Generalsekretär der ZANU: „*Frage: ‚Wie können Sie zur Konferenz gehen, um dort über die Machtübergabe in Rhodesien zu sprechen, und gleichzeitig mit einer Intensivierung des Guerillakrieges drohen?' – Antwort: ‚Als wir mit dem Krieg begannen, war damit nicht bezweckt, die Verfassungsgespräche in Genf in Gang zu bringen. Wir begannen den Krieg, um unser Land zu bekommen – und wir haben unser Land nicht bekommen. Gespräche können uns nicht zum Sieg führen, und deshalb wird der Krieg weitergehen, bis der unmittelbare Zweck, weshalb wir den Guerillakrieg begannen, erreicht ist. Der Kampf muß weitergehen.' – Frage: ‚Aber nachdem Sie von einer Intensivierung des Guerillakrieges sprachen, was für Worte der Hoffnung können Sie den weißen Anhängern von Smith in Rhodesien sagen?' – Antwort: ‚Nun, die europäischen Siedler haben nur eine Alternative. Sie müssen sich mit dem Unvermeidlichen abfinden: daß die Macht an die Massen des Volkes übergehen muß. Wenn sie dagegen Widerstand leisten, dann gibt es hier für sie keine Zukunft.'*" – (cs)



Die imperialistische Presse wird nicht müde, zu behaupten, der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe sei von Mozambique gesteuert und finde nur „im Busch" an der Grenze zu Mozambique statt. Ihre eigenen Angaben über Angriffe der Befreiungskämpfer in den letzten Wochen (gekennzeichnet durch die Pfeile) widerlegen ihre Lügen.

Angola:

Sozialimperialismus setzt seine Umtriebe fort

„„Schwere Kämpfe in Südangola", „Bürgerkrieg in Angola", „Neue Kämpfe in Angola ausgebrochen" – unter diesen Schlagzeilen berichtet die bürgerliche Presse über die Fortsetzung der Kämpfe in Angola. Die Ursache dieser Kämpfe ist nach wie vor die Aggression des sowjetischen Sozialimperialismus gegen das angolanische Volk.

Daß die bürgerliche Presse dies grad zu dem Zeitpunkt tut, an dem sich der Tag jährt, an dem am 11.11.1975 die portugiesische Kolonialherrschaft endgültig zuende war, ist nicht erstaunlich. Die westlichen Imperialisten haben sich nicht damit abgefunden, daß in Angola die Supermacht Sowjetunion ihre Besatzungstruppen stehen hat und einen Stützpunkt auf afrikanischem Boden errichten will.

Die Zeitung der revisionistischen DKP, die „UZ", will die Fortsetzung des Befreiungskampfes totschweigen. Die „UZ" behauptet, alle Feinde seien „besiegt". Auch das ist verständlich. Der Kampf gegen die Besatzung Angolas durch die sozialimperialistische Supermacht zerstört die Legende vom „natürlichen Verbündeten aller Völker". Die kubanischen Söldnertruppen sind nicht als Befreier, sondern als Aggressoren ins Land gekommen. Von ihrem angekündigten Rückzug ist keine Rede mehr. Sie werden zur Unterdrückung des angolanischen Volks gebraucht.

Die beiden Supermächte haben durch ihre Einmischung die angolanische Befreiungsbewegung gespalten, die im langandauernden bewaffneten Volkskrieg die portugiesische Kolonialmacht besiegt hatte. Durch Einmischung in die Geschicke des angolanischen Volkes, durch Spaltung der angolanischen Befreiungsbewegung haben sie die angolanischen Befreiungsorganisationen in einen Krieg gegeneinander gehetzt, um die Befreiung Angolas zu verhindern und es ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Gegenwärtig halten die Söldnertruppen der sozialimperialistischen Macht das Land besetzt, die Supermacht USA und die westlichen Imperialisten sind nach wie vor im Land vertreten, beherrschen Produktionsstätten und beuten sie aus.

Wenn jetzt die sozialimperialistische Macht erneute Angriffe im Süden Angolas angeordnet hat, so liegt ihre Absicht auf der Hand: Die Lage in Angola muß bereinigt werden. Jeder Widerstand soll zerschlagen werden. Die Sowjetunion will Angola vollständig unter Kontrolle bekommen, um es als Ausgangsbasis und Aufmarschplatz für die weitere Aggression gegen die afrikanischen Völker benutzen zu können, für den Kampf um Hegemonie mit dem USA-Imperialismus. Die Sozialimperialisten wollen die Spaltung der angolanischen Befreiungsbewegung aufrechterhalten und sind jederzeit bereit, erneut den Bürgerkrieg anzustacheln.

Die sowjetische Armeezeitung schrieb, Angola brauche eine „starke Armee". (Süddeutsche Zeitung, 12.11.) Wer in dieser Armee den Befehlsstab schwingen soll und wessen Zwecken sie dienen soll, ersieht man daran, daß am Jahrestag ein russischer Zerstörer in Luanda einlaufen sollte. Die Supermacht setzt ihre Kanonenbootpolitik fort.

Gegen die Besatzermacht wird gekämpft. Manche bürgerliche Zeitungen schreiben, es handle sich um ein „Aufflackern von Kämpfen". Es handelt sich jedoch um die Fortsetzung des Befreiungskampfes des angolanischen Volkes. Die Truppen der sozialimperialistischen Supermacht haben es nicht vermocht, das ganze Land zu besetzen und das ganze angolanische Volk zu unterjochen. In einer Stellungnahme erklärt die „Nationale Befreiungsfront Angolas" (FNLA):

„Die Regierung der MPLA hält mit Hilfe der Kubaner nicht mehr als die großen Küstenstädte und einen schmalen Streifen, der die Eisenbahnlinie von Luanda nach Malaga im Zentrum des Landes umgibt. Die Zahl der kubanischen Soldaten beläuft sich heute auf 30 000." In Luanda haben im Sommer die Arbeiter der Fabrik gestreikt, die Säcke für die Kaffeernte produziert. Statt einer Million Säcke wurden nur 200 000 hergestellt. Bekanntlich mußte die Kaffeernte bereits einmal zu Niedrigpreisen an die Sowjetunion verkauft werden.

In der französischen Zeitung „Le Monde" berichtet deren Korrespondent: „Seit Beginn des Monats Juni legen die ‚Kwachas' (Kämpfer der UNITA) jeden Tag einen oder zwei Hinterhalte, manchmal tödliche." „Die MPLA hat niemals darin Erfolg gehabt, vollständig die Widerstandsnester der UNITA zu liquidieren. Diese Organisation scheint in den letzten Wochen vielmehr ihre Aktionen verstärkt zu haben." (Le Monde, 10.11.) Im Süden Angolas befindet sich das Volk der Ovimbundu, größtenteils Bauern. Aus ihnen ist die UNITA hervorgegangen und hat sie die Massen im Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft zusammengeschlossen.

„Das Ansehen von Jonas Savimbi (Präsident der UNITA) bleibt bei der Masse der Ovimbundu nach wie vor so stark, daß die ‚Kwachas' immer noch bei einem Teil der Bevölkerung eine solch ausreichende Unterstützung finden, daß sie den Widerstandskrieg fortsetzen können." Ein französischer Journalist ist im Süden Angolas mit dem Präsidenten der UNITA zusammengetroffen und berichtet über das Gespräch: Savimbi habe die Reihen der UNITA wieder geschlossen, im Krieg werden jetzt die Kader politisch erzogen, die „morgen, den Frieden wiedergewonnen – aber kein feindlicher und trügerischer Friede –, zusammen mit den beiden anderen Organisationen MPLA und FNLA wieder das Land aufbauen werden. Sind diese heute nicht gespalten? Der Kampf wird die Solidarität wieder herstellen . . . UNITA heißt eben: Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas. Ansonsten gilt die Losung: Tötet überall nur die Kubaner! Auch wenn die MPLA oft genug der UNITA die Möglichkeit bieten würde, sie anzugreifen." (Alle Zitate Le Monde)

Das Volk von Angola hat eine lange Tradition im Befreiungskampf. Er hat im letzten Jahr einen schweren Rückschlag erlitten. Die Streikkämpfe der Arbeiter, die Kämpfe der Bauern, die bewaffneten Aktionen gegen die neue Besatzermacht, beweisen, daß das angolanische Volk den Kampf für die vollständige Befreiung Angolas fortsetzt. Im Kampf gegen die Räuber und Aggressoren, Imperialismus und Sozialimperialismus, werden das Volk von Angola und die angolanische Befreiungsbewegung ihre Einheit wieder herstellen, die für den Sieg im Befreiungskrieg notwendig ist. – (hjh)

Die Lohnsteuerschraube

Finanzminister Apel hatte 1974 nach Verabschiedung der Steuerreform passende Worte gefunden:

„Steuerpolitik ist Gesellschaftspolitik, und die Verwirklichung der Steuerreform ist eines der wichtigsten gesellschaftspolitischen Ziele, das sich die Bundesregierung gesteckt hat. Kernstück der gesamten Steuerreform ist die Reform der Einkommenssteuer, des Familienlastenausgleichs und der Sparförderung. Mit ihrer Verabschiedung hat die Bundesregierung ein entscheidendes gesellschaftliches Reformziel erreicht. Die Reform erfüllt den Zweck, die steuerlichen Lasten gerechter zu verteilen."

„Steuerpolitik ist Gesellschaftspolitik" – und in einer Ausbeutergesellschaft ist Steuerpolitik Plünderung der Volksmassen durch die herrschende Ausbeuterklasse. Welche Auswirkungen die Steuerreform zunächst, nämlich für das Jahr 1975 hatte, zeigt die folgende Tabelle aus dem Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom August 1976:

Entwicklung des Steueraufkommens
(in Milliarden DM)

Jahr	Steuer-aufkommen insgesamt	Lohnsteuer	Anteil Lohnsteuer in %
1965	105,5	16,7	15,9
1968	121,8	22,1	18,1
1970	154,1	35,1	22,8
1971	172,4	42,8	24,8
1972	197,0	49,8	25,3
1973	224,8	61,3	27,2
1974	239,6	72,0	30,0
1975	242,1	71,2	29,4

Aus der Tabelle geht hervor, in wie unerträglichem Umfang die Lohnsteuer zwischen 1965 und 1974 gewachsen war. Sie hatte sich im Verlauf von 10 Jahren mehr als vervierfacht, während sich alle anderen Steuern, insbesondere die Steuern, die ausschließlich die Kapitalisten treffen, wie die Körperschaftssteuer, kaum erhöht hatten und bereits seit 1973 zu sinken begannen. Der Anteil der Lohnsteuern am gesamten Steueraufkommen hatte sich zwischen 1965 und 1974 fast verdoppelt.

Der Monatsbericht der Deutschen Bundesbank beschreibt die Entwick-
Bundesbank beschreibt die Entwick-
lung und die Situation vor der Steuerreform folgendermaßen:

„Die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmereinkommen, die freilich mit der Einkommenshöhe stark differiert, ist somit in den siebziger Jahren außerordentlich kräftig gewachsen, und zwar von 11 % (1970) auf 15 % (1974). Anders ausgedrückt, in den Jahren bis 1974 war der Einkommenszuwachs der Unselbständigen immer stärker belastet worden. Mußten 1970 im Durchschnitt aller Arbeitnehmer von einer Lohnerhöhung um 100 DM etwa 18 DM an Steuern abgeführt werden, so waren 1974 – bei gleichem Zuwachs – bereits 26 DM an Lohnsteuer zu entrichten. Besonders in den unteren Einkommensbereichen machte sich ein erheblicher Anstieg der Steuerbelastung bemerkbar – nicht zuletzt, weil die Freibeträge konstant blieben und im Verhältnis zum Einkommen immer mehr an Gewicht verloren. Da die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger im unteren Bereich des Einkommenssteuertarifs – trotz gleichbleibenden Freibeträgen – einer erheblichen ‚indirekten Progression' ausgesetzt ist, hat das nominal aufgeblähte Einkommen die Steuerbelastung zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen stark verändert. Dies fand auch zunehmend Eingang in die verteilungspolitische Auseinandersetzung der Tarifpartner."

Ein Betrugsmanöver seitens der Bourgeoisie wurde also unumgänglich:

„Eine Entlastung vor allem der Arbeitnehmer, wie sie die Steuer- und Kindergeldreform des Jahres 1975 mit sich brachte, war daher nicht nur aus Gründen der steuerlichen Gerechtigkeit angezeigt, sondern sie stellte auch einen wichtigen Beitrag zur Entschärfung des Verteilungskampfes dar. Sicherlich war es nicht zuletzt dieser Reform zu verdanken, daß die Tarifabschlüsse 1975 – berücksichtigt man die damals noch vorherrschenden Konjunkturerwartungen – relativ maßvoll ausfielen."

Daß es sich bei der Steuerreform von vornherein um ein Betrugsmanöver handelte, zeigt schon die oben abgedruckte Tabelle. Obwohl 1975 die Arbeitslosigkeit einen großen Umfang erreichte, ist die Lohnsteuersumme 1975 gerade um 800 Millionen, d.h. um 1,1 % gesunken. Die Arbeitslosigkeit dagegen war um 54,2 % gestiegen und hatte durchschnittlich über eine Million Arbeitslose betragen. Die Zahl der „beschäftigten Arbeitnehmer" war durch die Arbeitslosigkeit 1975 gegenüber 1974 um 3,5 % gesunken. Von einer wirklichen Senkung der Lohnsteuer war also von vornherein nicht die Rede. Der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen ging zwar um 0,6 Prozent zurück, doch wurde dieser Rückgang durch den Anstieg der Umsatzsteuer, die indirekt von den Lohnabhängigen bezahlt wird, um 2,9 Milliarden mehr als ausgeglichen. Vorübergehend verkauft werden konnte der Betrug nur durch die Umwandlung der Kinderfreibeträge in ein „einkommensunabhängiges Kindergeld", was für Ehepaare mit Kindern eine gewisse Erleichterung brachte. In Wirklichkeit handelte es sich bei der Steuerreform von vornherein um eine Falle, die die Bourgeoisie aufstellte, um den Lohnkampf zu unterminieren, und falls dies nicht gelingen sollte, seine Ergebnisse zu beseitigen und die Lohnerhöhungen wieder in die Tasche der Bourgeoisie zurückzuholen. Die Reform bestand in der Erhöhung des „Grundfreibetrages" von 1680 DM jährlich auf 3000 DM bei Ledigen, und von 3360 auf 6000 DM bei Verheirateten. Zwar wurde die „Proportionalzone" bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 16000 DM (vorher 8000) bei Ledigen und von 32000 bei Verheirateten (vorher 16000) ausgedehnt, doch wurde der „Proportionalsteuersatz" in dieser Zone von bisher 19 % auf 22 % erhöht. So kamen zwar nach Angaben des Bundesfinanzministeriums zunächst 70 Prozent aller Lohnabhängigen und Gehaltsempfänger wieder in einen Steuerbereich, in dem die Steuer nicht progressiv stieg. Sie mußten dafür aber von vornherein 3 % mehr Steuern bezahlen. Die ganze Steuerreform war im übrigen darauf berechnet, daß die Inflation weiter steigen würde und daß die Lohnabhängigen durch diese Entwicklung vor die Alternative gestellt würden, entweder auf Lohnerhöhung zu verzichten und direkt Verluste am Reallohn hinzunehmen oder die erkämpften Lohnerhöhungen sich durch den bürgerlichen Staat wegsteuern zu lassen und auf diesem Umweg eine Senkung des Reallohns hinnehmen zu müssen.

Diesem Zweck diente die Progressivzone, die mit 16000 bei Ledigen und mit 32000 bei Verheirateten beginnt und in der die Progression bei 30,8 % für jede zusätzliche Mark anfängt. (Siehe Schaubild)

Aus dieser politischen Absicht der
Aus dieser politischen Absicht der Steuerreform macht die Deutsche Bundesbank nachträglich in ihrem Monatsbericht vom August 1975 überhaupt kein Hehl. Sie schreibt dort:

„Die künftige Entwicklung des Steueraufkommens wird auch weiterhin entscheidend von den Erträgen aus der Lohnsteuer bestimmt, deren Aufkommenselastizität sich auch nach der Reform des Jahres 1975 bis auf weiteres nicht wesentlich geändert haben dürfte."

Damit meint die Bundesbank, daß die Lohnsteuersumme wesentlich schneller steigen wird als die Lohnsumme. Das war schließlich die Absicht der Steuerreform. Die Bundesbank fährt fort:

„In welchem Tempo die steuerliche Belastung der Arbeitnehmer und damit das Lohnsteueraufkommen künftig steigen wird, hängt maßgeblich von der Entwicklung dieser Einkommen selbst ab. Würden erneut so scharfe Verteilungskämpfe wie zu Beginn der siebziger Jahre aufflammen – kurzfristig gingen sie zu Lasten des Geldwertes, längerfristig aber auch zu Lasten des gesamtwirtschaftlichen Wachstums –, so wird der steuerliche Zugriff auf die Arbeitnehmereinkommen und somit der Lohnsteuerertrag kaum weniger schnell steigen als in den Jahren bis 1974. Gelingt es hingegen, die Inflationstendenzen weiter einzudämmen und den Verteilungskampf dauerhaft zu entschärfen – worauf die wirtschaftspolitischen Bemühungen nicht ohne Erfolg gerichtet sind – so wäre mit einem wesentlich geringeren Anstieg der Lohnsteuerbelastung zu rechnen. Vermutlich würden in einer solchen Konstellation die übrigen Steuern – vor allem die Gewinnsteuern – mehr zum gesamten Steueraufkommen beitragen."

Ist es nicht rührend, wie diese Bankiers sich Sorgen machen um die Lohnsteuerlast auf dem Rücken der Lohnabhängigen und ihnen raten, um Lohnsteuerbelastungen zu vermeiden, doch lieber gleich auf den Kampf für Lohnerhöhungen zu verzichten? Die Bankiers haben für die Lohnabhängigen auch einen Trost: Umso mehr würden dann die Gewinne der Kapitalisten steigen und „vermutlich" würden „in einer solchen Konstellation" die Gewinnsteuern dem bürgerlichen Staatsapparat sein Auskommen sichern. 1976 hat bereits eine „solche Konstellation" gebracht. Die Löhne sind kaum gestiegen, obwohl sich die Inflation weiterentwickelte. Von der Verschärfung der Ausbeutung gar nicht zu reden. In ihrem Monatsbericht vom Oktober kann die Bundesbank Erfolg vermelden. Er sieht aber anders aus als von ihr angeblich „vermutet". Er sieht so aus, daß die Bruttolöhne und Gehälter im ersten Halbjahr 1976 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gerade um 5,8 % gestiegen sind. Die Lohnsteuer ist aber um 16,6 % gestiegen! Die Nettolöhne dagegen sind gerade um 2,8 % gestiegen, das heißt, wesentlich weniger als die Preise, die selbst nach regierungsamtlichen Angaben in diesem Zeitraum um 4,5 % gestiegen sind. Die Sozialversicherungsbeiträge sind in diesem Zeitraum ebenfalls um 12,8 % gestiegen.

Die Bourgeois, die nicht vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, sondern aus ihrem Vermögen, d.h. von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft, leben, haben ihre privaten Gewinnentnahmen, die sie verprassen, im gleichen Zeitraum um 10,8 % erhöhen können.

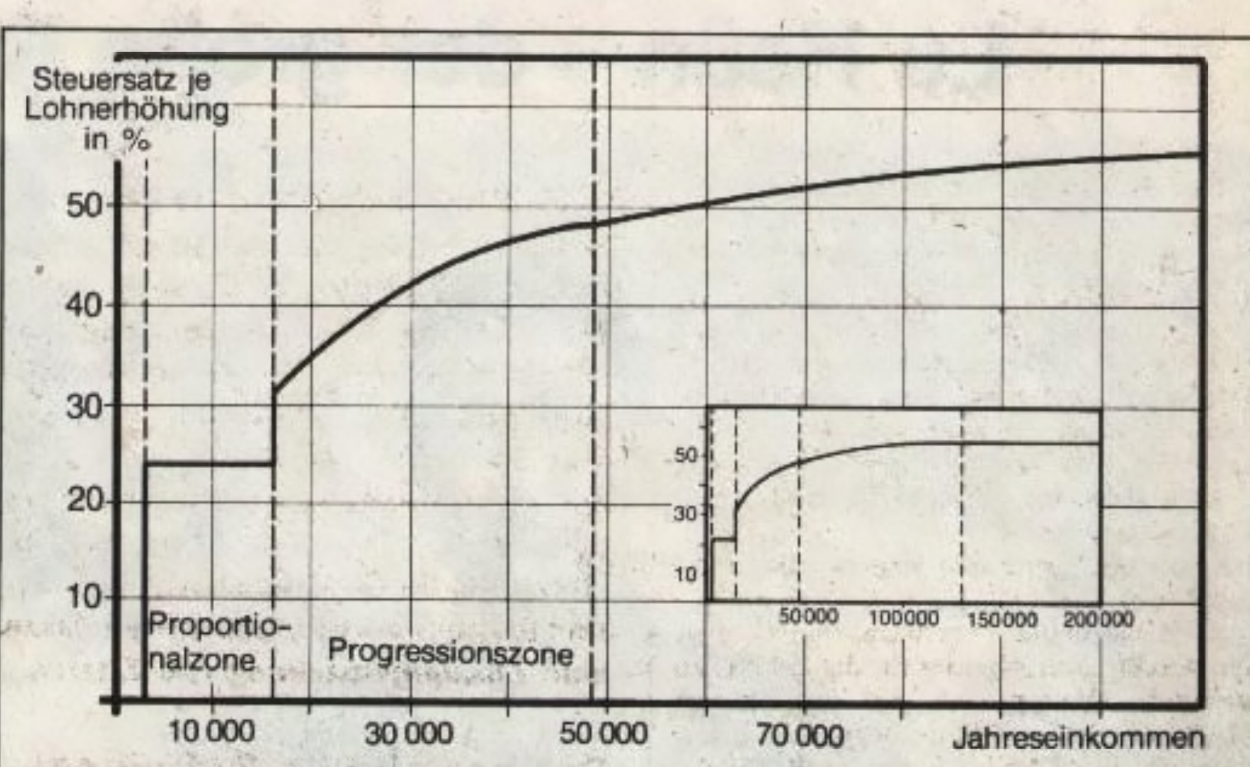
	1975 insgesamt	1975 1. Hj.	1975 2. Hj.	1976 1. Hj.	1.Hj.76 zu 1.Hj.75 in %
I	487,0	234,2	252,8	247,7	5,8
II					
a)	72,7	29,9	42,7	34,9	16,6
b)	59,0	28,5	30,5	32,1	12,8
III	355,4	175,8	179,6	180,7	2,8

Angaben in Milliarden DM
I Bruttolöhne und -gehälter
II Abzüge: a) Lohnsteuer, b) Sozialversicherungsbeiträge
III Nettolöhne und -gehälter

Bereits 1976 hat sich also die Steuerreform als ein politisches Instrument der Kapitalistenklasse herausgestellt, durch das sie mit Hilfe des bürgerlichen Staatsapparates die absolute Verelendung vorantreibt. Das hat sich so drastisch herausgestellt, daß die Bourgeoispolitiker bereits beunruhigt sind und fürchten, es würde nicht nur aufkommen, sondern die Arbeiterklasse würde gegen diese staatliche Ausplünderung Front machen. Das Bundesfinanzministerium hatte noch unlängst frech behauptet, rund 80 % der Lohnabhängigen befänden sich noch in der Proportionalzone und würden noch nicht erneut in der Progressionszone sein. Das war so plum-
gressionszone sein. Das war so plum-
per Schwindel, daß die Opposition her mußte, um den ganzen Schwindel in einer parlamentarischen Behandlung zu entschärfen. Inzwischen kann als sicher gelten, daß wenigstens 37 % der Lohnabhängigen bereits in der Progressionszone sind, in der sich der Steuersatz schlagartig auf 30,8 % erhöht und progressiv weitersteigt. Rund 55 % befinden sich gegenwärtig noch in der Proportionalzone, in der der Steuersatz 22 % beträgt. Selbst wenn sich die Kapitalisten mit ihren Vorstellungen über „Lohnerhöhungen" durchsetzten, so kämen doch bereits rund weitere 10 % der Lohnabhängigen in die Progressionszone und wären damit zusätzlich zur Inflation der verstärkten direkten Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat ausgeliefert. So wird die absolute Verelendung, die die Kapitalistenklasse betreibt, und insbesondere 1976 mit großem Erfolg betrieben hat, noch mal vorangetrieben durch den bürgerlichen Staat. Die Gelder werden durch den bürgerlichen Staatsapparat eingesetzt, um die BRD weiter zu einem Militärzuchthaus für die Arbeiter auszubauen und die imperialistische Expansion des Finanzkapitals zu unterstützen. Ein großer Teil der Gelder fließt via Zinsen auch direkt in die Taschen des Finanzkapitals. Bei einer angenommenen Verzinsung von 8 % wären das gegenwärtig allein rund 11,6 Milliarden für die Banken. Sie müssen aufgebracht werden. Die Steuerreform hat dafür gesorgt.

Die Steuerreform ist als eine direkte Falle gegen den Lohnkampf gedacht. Was die Arbeiter gegen die Kapitalisten erkämpfen, um den Wert ihrer Arbeitskraft zu verteidigen, gedenkt der Staat gleich wegzusteuern. Die Steuerreform wurde von allen bürgerlichen Parteien verabschiedet, vor allem aber von der Sozialdemokratie betrieben. Sozialdemokraten in den Gewerkschaften sind es auch, die unter Hinweis auf die drohende Steuerprogression die Arbeiter dazu anhalten wollen, keine ausreichenden Lohnforderungen aufzustellen, weil es doch nichts nütze. Das ist ganz falsch und entspricht ungefähr den Reden der Deutschen Bundesbank. Weder ist es richtig, auf Lohnforderungen zu verzichten, um Steuererhöhungen entrinnen zu wollen. Das läuft bloß darauf hinaus, die absolute Verelendung von vornherein zu akzeptieren. Noch nützt es etwas, wie das Jahr 1976 mit seinen Lohnerhöhungen von 5,8 % und seinen Steuererhöhungen von 16,6 % zeigt. Die Bourgeoisie will nicht Verbesserungen der Lage der Arbeiterklasse abwehren, sondern strebt eine drastische Verschlechterung der Lage an: Durch Druck auf den Bruttolohn von seiten des einzelnen Kapitalisten und die einzelnen Kapitalistenverbände, und durch Druck auf den Nettolohn von seiten der Gesamtbourgeoisie und ihrem geschäftsführenden Ausschuß, dem bürgerlichen Staat. Gleichzeitig beschleunigt sich erneut die Inflation. All dies auf Grundlage einer immer schärferen Ausbeutung im Betrieb und immer heftigerem Verschleiß der Arbeitskraft.

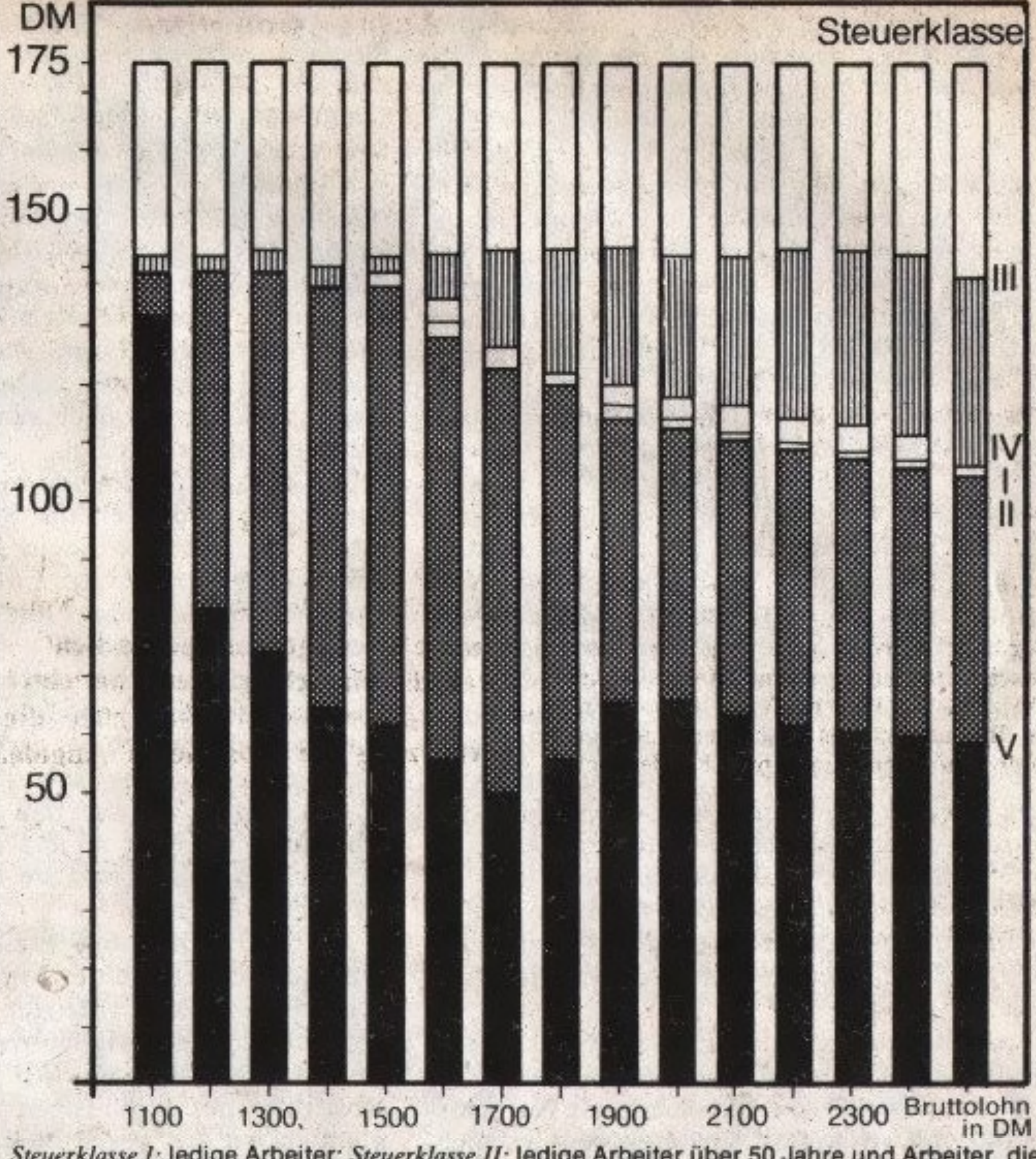
Die richtige Konsequenz gegenüber der zusätzlichen Ausplünderung durch die Steuerpolitik der herrschenden Klasse kann nur darin bestehen, daß die Arbeiterklasse politische Forderungen gegenüber dem bürgerlichen Staat erhebt und durchsetzt. Gegenüber der sich ständig verschärfenden Ausplünderung durch die Lohnsteuer ist es richtig, die Forderung nach einem monatlichen Steuerfreibetrag von 1500 DM zu erheben, das sind 18000 DM im Jahr. Sozialdemokraten in den Gewerkschaften behaupten immer wieder, man könne gegen die staatliche Ausplünderungspolitik nicht mit dem Lohnkampf antreten. Damit meinen sie, man solle den Lohnkampf einschränken. Das wird die Arbeiterklasse nicht tun. Man muß aber die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften beim Wort nehmen und sie auffordern, sich mit allen Arbeitern im politischen Kampf gegen die Ausplünderungspolitik des bürgerlichen Staates zusammenzuschließen. Für die Arbeiter ist dieser Zusammenschluß notwendig. – (gs)



Die Bourgeoisklasse hat die progressive Steuer, eine Errungenschaft des Klassenkampfes, nach der die Reichen zahlen sollen, in ihr Gegenteil verkehrt. Je mehr ein Manager oder hoher Beamter über den Normallohn hinauskommt, desto weniger wird sein Gehalt von der Progression betroffen, während die Normallöhne dort in die Progression hineinkommen, wo sie am stärksten ist. Das obere Schaubild zeigt die Steuersätze. Auf der Senkrechten sind die Prozente des Steuersatzes aufgetragen, auf der Waagerechten die Einkommen. Für die ersten 3000 DM im Jahr muß keine Steuer bezahlt werden. Sie bilden den „Grundfreibetrag". Für jede Mark über die 3000 DM hinaus bis 16000 DM im Jahr, das sind 1333 DM im Monat, müssen 22 % Steuern bezahlt werden. Danach beginnt die Progression. Sie beginnt mit 30,8 % für die erste Mark über 16000 hinaus und steigt dann rasch, um gegen 48000 DM im Jahr hin zunehmend abzuflachen. D.h. bei einem Jahreslohn von 20000 DM werden 3000 DM nicht versteuert, 13000 DM mit 22 % und 4000 DM mit 34 %. Ab 48000 flacht die Progression fast vollständig ab. Ab 130000 im Jahr findet keine Progression mehr statt. Die stärkste Progression findet also in einem Bereich statt, in dem die Löhne von rund 40 % der Lohnabhängigen bereits hineinreichen und in dem durch die notwendigen Lohnerhöhungen die Löhne der Lohnabhängigen bald in ihrer übergroßen Mehrheit hineinreichen werden. Wir führen als Beispiel die Steuerberechnung für einen höheren Arbeiterlohn von 20 000 DM im Jahr an. Die Steuerreform der Sozialdemokraten hat die Schere geschliffen, mit der die Bourgeoisie an die Löhne der Massen geht. Sie wird die Massen jedoch nicht vom Lohnkampf abhalten, sondern Klarheit schaffen, daß gegen die Steuerpolitik der Bourgeoisie der politische Kampf geführt werden muß für einen Freibetrag von 1500 DM im Monat, das sind 18000 DM im Jahr. Die Bourgeoisie hat mit ihrer Art der progressiven Steuer ein System geschaffen, das zusammen mit der Inflation Jahr für Jahr die absolute Verelendung vorantreibt. Es ist überhaupt nicht richtig, das hinzunehmen.

Wie das Steuersystem ab der Progressionsstufe nicht nur jede Lohnerhöhung entscheidend beschneidet, sondern wie es zusätzlich spaltet entsprechend den unterschiedlichen Steuergruppen, zeigt das untere Schaubild. Man kann sehen, was in verschiedenen Lohngruppen von 175 DM Lohnerhöhung bleibt. Dieses ganze Steuersystem entspricht der Diktatur der Bourgeoisie, die daraus auch finanziert wird. Der Kampf dagegen dient dem gewaltsamen Sturz dieser Diktatur und der Errichtung der Diktatur der Arbeiterklasse.

Lohnerhöhungen die Löhne der klasse.



Steuerklasse I: ledige Arbeiter; *Steuerklasse II:* ledige Arbeiter über 50 Jahre und Arbeiter, die mindestens 1 Kind haben; *Steuerklasse III:* verheiratete Arbeiter, wenn nur einer arbeitet oder auf Antrag, wenn der Ehegatte in Steuerklasse V ist; *Steuerklasse IV:* verheiratete Arbeiter; *Steuerklasse V:* für verheiratete auf Antrag, der Ehegatte ist dann in Steuerklasse III; Steuerklasse III und IV sind mit je 2 Kindern berechnet.

Lu Hsün – der große Revolutionär, Denker und Schriftsteller



Der große Führer und Lehrer Vorsitzender Mao stellte fest: **„Er war der Oberkommandierende der chinesischen Kulturrevolution, war nicht nur ein großer Schriftsteller, sondern auch ein großer Denker und ein großer Revolutionär. Lu Hsün war ein unbeugsamer Charakter, ohne jede Spur von Servilität und Kriechertum, und das ist bei kolonialen und halbkolonialen Völkern die schätzenswerteste Eigenschaft.“ „Die Richtung Lu Hsüns ist die Richtung der neuen Kultur der chinesischen Nation.“** („Über die neue Demokratie“)

„,**Die Geschütze der Oktoberrevolution brachten uns den Marxismus-Leninismus.**‘ (Mao Tsetung, ‚Über die demokratische Diktatur des Volkes‘) Beeinflußt von der russischen Oktoberrevolution trat China in die Periode der vom Proletariat geleiteten antiimperialistischen und antifeudalistischen neudemokratischen Revolution ein. Der nachdenkliche Lu Hsün sah die ‚Morgendämmerung einer neuen Zeit‘. Bewußt dem Aufruf der Vorläufer der Revolution folgend, stürzte er sich in die neue Kulturbewegung und agitierte für die gründliche antiimperialistische und antifeudalistische Revolution. Im Mai 1918 veröffentlichte er, zum erstenmal unter dem Pseudonym Lu Hsün schreibend, die erste berühmte in der Volkssprache geschriebene Erzählung ‚Tagebuch eines Wahnsinnigen‘, die wie ein erster Donner im Frühling die neue Kulturbewegung einleitete. Danach veröffentlichte er viele Novellen und Essays, die ihn als Bannerträger der neuen Kulturbewegung auswiesen.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Chinas im Jahre 1921 leitete eine neue Epoche in der Geschichte Chinas ein. Begeistert stürzte sich Lu Hsün in den vom Proletariat geführten revolutionären Kampf und unterstützte leidenschaftlich den revolutionären Kampf der Studenten. Durch Organisierung fortschrittlicher Kunst- und Kulturvereine, Herausgabe von Zeitschriften und Edition von Buchreihen nahm er mit großer Unerschrockenheit und in durch und durch revolutionärem Geist einen kompromißlosen Kampf gegen die Regierung der nördlichen Militärmachthaber, gegen die anderen Militärmachthaber und die konterrevolutionären Gruppierungen aller Schattierungen auf. (. . .)

Am 12. April 1927 verriet Tschiang Kai-schek, der politische Vertreter der Großgrundbesitzer und der Großbourgeoisie, offen die Revolution und richtete ein Blutbad unter den Kommunisten und den revolutionären Volksmassen an. Im unerbittlichen Klassenkampf jener Zeit wandelte sich Lu Hsüns Denken. Von einem Anhänger der Evolutionstheorie entwickelte er sich zu einem Verfechter der marxistischen Klassentheorie, von einem konsequenten demokratischen Revolutionär wurde er zu einem standhaften kommunistischen Kämpfer.“ (Peking Rundschau Nr. 44/1976)



Unter dem Einfluß der Arbeiter- und Bauernbewegungen kam es 1925 in der Pekinger Pädagogischen Hochschule für Frauen zu einem revolutionären Aufschwung, bei dem der reaktionäre Rektor verjagt wurde. Lu Hsün stellte sich entschlossen auf die Seite der revolutionären Studentinnen.

„Aufruf zum Kampf“

In meiner Jugend hatte ich viele Träume. Die meisten von ihnen sind nun vergessen, doch sehe ich nichts, was daran zu bedauern wäre, denn wenn es auch Vergnügen bereiten mag, die Vergangenheit zurückzurufen, so kann es einen auch vereinsamen, und es hat keinen Sinn, dabei zu verweilen. Wie dem auch sei, ich kann leider nicht ganz vergessen, und diese Erzählungen verdanken ihre Entstehung dem, was ich nicht vergessen konnte.

Mehr als vier Jahre lang pflegte ich fast täglich zu einem Pfandleiher und in eine Apotheke zu gehen. Ich kann mich nicht erinnern, wie alt ich damals war, doch weiß ich noch, daß der Ladentisch in der Apotheke ebenso hoch war wie ich und der beim Pfandleiher doppelt so hoch. Ich pflegte Kleidungsstücke und Schmucksachen zum Ladentisch hinaufzureichen, der doppelt so hoch war wie ich, das Geld in Empfang zu nehmen, das mir voll Verachtung angeboten wurde, und dann zum Ladentisch zu gehen, der ebenso hoch war wie ich, um dort Medizin für meinen kranken Vater zu kaufen. Heimgekehrt, wurde ich von ande-

ter zu kaufen. Heimgekehrt, wurde ich von ande-

ren Dingen in Atem gehalten. Der Arzt, der die Rezepte schrieb, war sehr angesehen und wandte bemerkenswerte Heilmittel an: im Winter ausgegrabene Aloewurzeln, drei Jahre lang dem Frost ausgesetzt gewesenes Zuckerrohr, Grillenzwillinge und seltene aromatische Kräuter. Dennoch wurde der Zustand meines Vaters immer schlimmer, und schließlich starb er.

Ich glaube, wer einmal Wohlstand genoß und dann verarmt, gelangt im Ablauf dieses Geschehens zum Verständnis der Welt, wie sie wirklich ist. Ich wollte, vielleicht weil ich mich nach einem anderen Schauplatz und anderen Gesichtern sehnte, die Djiangnan-Marineakademie in Nanking beziehen, also blieb meiner Mutter nichts übrig, als die acht Silberstücke für meine Reisekosten aufzutreiben und zu sagen, ich möge tun, was mir beliebte. Daß sie weinte, war nur natürlich, wurde doch damals das Studium der Klassiker und das Bestehen der Staatsprüfungen als das einzig Richtige angesehen; wer sogenannte „ausländische Lehrgegenstände“ studierte, kam in den Verdacht, dies aus Verzweiflung zu tun, mußte er doch seine Seele den fremden Teufeln verkaufen, was ihn bei jedermann verächtlich machte. Mutter weinte auch, weil ich ihr fehlen würde.

Dessenungeachtet reiste ich nach Nanking und bezog die Djiangnan-Marineakademie, und dort erfuhr ich, daß es Gegenstände gibt wie Naturwissenschaften, Arithmetik, Geographie, Geschichte, Zeichnen und Gymnastik. Physiologie wurde nicht unterrichtet, doch kamen mir Bücher über den menschlichen Körper und Chemie und Hygiene zu Gesicht. Die Reden und Rezepte mir bekannter Ärzte fielen mir ein, und als ich sie mit dem verglich, was ich jetzt wußte, kam ich zu dem Schluß, daß diese Ärzte entweder unwissentlich oder bewußt Scharlatane waren, und ich empfand Mitleid mit den Kranken und deren Familien, die darunter zu leiden hat ten. Aus übersetzten Geschichtswerken erfuhr ich auch, daß die Umgestaltung Japans in großem Ausmaß auf die Einführung der medizinischen Wissenschaft des Westens nach Japan zurückzuführen war.

Diese Hinweise veranlaßten mich zur Übersiedlung auf die medizinische Fakultät in einer Provinzstadt Japans.

Ich träumte, ich würde, nach China heimgekehrt, Patienten wie meinen Vater, der falsch behandelt worden war, heilen können; und wenn ein Krieg ausbräche, wollte ich als Arzt im Heer dienen und gleichzeitig den Glauben meiner Landsleute an eine Umgestaltung stärken.

Ich weiß nicht, was jetzt für fortgeschrittene Methoden zum Unterricht in Bakteriologie angewandt werden; damals wurden Filme verwandt, um die Mikroben zu zeigen, und wenn die Vorlesung zeitig zu Ende war, führte der Dozent, um die Zeit auszufüllen, Kulturfilme oder die Wochenschau vor. Da dies während des Russisch-Japanischen Krieges geschah, gab es viele Kriegsfilme, und ich mußte mich oft dem Beifallsklatschen und Beifallsbrüllen der anderen Studenten anschließen.

Es war lange her, seit ich irgendwelche Landsleute gesehen hatte, da wurde eines Tages ein Film abgerollt, der einige Chinesen zeigte. Einer von ihnen war gefesselt, und viele meiner Landsleute standen um ihn herum. Sie alle waren kräftige Gesellen, schienen jedoch völlig apathisch zu sein. Der Kommentar besagte, daß der eine mit den gebundenen Händen Spion im Dienste der Russen gewesen sei, wofür ihm die japanischen Soldaten – zur Warnung der andern – nun den Kopf abschlagen würden; die Chinesen rings um ihn seien gekommen, um das Schauspiel zu genießen.

Noch vor Ende des Semesters war ich nach Tokio abgereist, weil ich nach diesem Film zur Überzeugung gelangt war, die medizinische Wissenschaft sei gar nicht so wichtig. Ich hatte erkannt,

schaft sei gar nicht so wichtig. Ich hatte erkannt,

daß Menschen eines schwachen und rückständigen Landes, wie stark und gesund sie auch sein mochten, zu nichts anderem dienten, als stumpfsinnige Zuschauer oder willenlose Objekte solch öffentlicher Schauspiele abzugeben; und das war schlimmer, als an einer Krankheit zu sterben. Am wichtigsten war es darum, ihren Geist zu ändern, und da ich Literatur für das beste Mittel zu diesem Zweck hielt, beschloß ich, eine literarische Bewegung ins Leben zu rufen.

In Tokio gab es damals viele chinesische Studenten; sie studierten Jus, Staatswissenschaften, Physik und Chemie, sogar Polizeitechnik, aber kein einziger studierte Literatur oder Kunst. Dennoch hatte ich das Glück, sogar in dieser so wenig wahlverwandten Atmosphäre einige gleichgestimmte Geister zu finden. Wir vereinten uns mit den wenigen andern, die wir noch brauchten, und beschlossen als ersten Schritt natürlich die Veröffentlichung einer Zeitschrift, die schon im Titel anzeigen sollte, daß es sich um eine Neuschöpfung handle. Und da wir zu jener Zeit noch ziemlich an den Klassikern hingen, nannten wir sie: Neues Leben.

Als der Erscheinungstermin näherrückte, verdrückten sich einige der Mitarbeiter; dann wurden uns die Mittel entzogen, bis schließlich nur noch unser drei übrigblieben, von denen keiner einen Groschen besaß. Wir hatten unsere Zeitschrift in einer ungünstigen Stunde geplant, also konnten wir uns gegen dies Geschick selbstverständlich nicht auflehnen; hernach mußten sogar wir drei uns voneinander trennen, und so hörten unsere Erörterungen eines Zukunftstraumes auf. Das „Neue Leben“ kam somit nicht zustande.

Die Sinnlosigkeit des Ganzen empfand ich erst viel später; zuerst hatte ich alles als ausgemacht angesehen. Später dachte ich, ein Mensch, dessen Vorschläge Anerkennung fänden, sollte davon ermutigt sein; begegneten sie Widerstand, dann sollte er zurückschlagen; zu einer wirklichen Tragödie würde die Sache für ihn, wenn er seine Stimme unter den Zeitgenossen erhöbe, aber kein Echo – weder Zustimmung, noch Ablehnung – fände, als wäre er ein Rufer in einer grenzenlosen Wüste, der nirgends mit Hand anlegen durfte. Und da begann ich mich einsam zu fühlen.

Dieses Gefühl der Einsamkeit wurde täglich stärker und wand sich um meine Seele wie eine ungeheure giftige Schlange. Trotz dieser seltsamen Traurigkeit war ich nicht entrüstet, denn dieses Erlebnis hatte mich zum Nachdenken veranlaßt und mich überzeugt, daß ich ganz bestimmt nicht der heldische Typus war, auf dessen Ruf sich die Massen versammeln.

Jedenfalls mußte meine Einsamkeit behoben werden, weil sie mich in ständige Seelenangst versetzte. Ich wandte also verschiedene Mittel an, um meine Sinne zu betäuben, sowohl indem ich

mich dem Geist der Zeit anpaßte, als auch, indem

mich dem Geist der Zeit anpaßte, als auch, indem ich mich der Vergangenheit zuwandte. Später mußte ich noch schlimmere Einsamkeit durchmachen und Zeuge noch größerer Traurigkeit werden, die ich nicht zum Leben wiedererwecken möchte; ich ziehe es vor, sie mit mir untergehen zu lassen. Mein Versuch jedoch, meine Sinne zu betäuben, war nicht erfolglos gewesen: Ich hatte die Begeisterung und die Inbrunst meiner Jugend verloren.

Im Studentenheim S. gab es drei Zimmer, in denen eine Frau gelebt haben soll, die sich am Akazienbaum im Hof erhängt hatte. Der Baum war inzwischen so gewachsen, daß niemand auch nur die untersten Zweige hätte erreichen können, aber die Zimmer waren leer geblieben. Einige Jahre wohnte ich dort und kopierte alte Schriften. Nur wenige Menschen besuchten mich; die Schriften waren weder mit politischen Problemen noch mit Streitfragen verbunden, und ich wünschte mir nichts, als mein Leben so ruhig davongleiten zu sehen. In den Sommernächten, wenn das Licht drinnen zu viele Stechmücken anzog, pflegte ich unter dem Akazienbaum zu sitzen, mich zu fächeln und den durch das dichte Laub schimmernden Himmel zu betrachten, während mir die am Abend herabhängenden Raupen eiskalt ins Genick fielen.

Der einzige Besucher, der gelegentlich zu einem Gespräch zu mir kam, war mein alter Freund Tjiän Hsüan-tung. Er pflegte seine große Aktenmappe auf den wackligen Tisch zu legen, seinen langen Kittel auszuziehen und sich mir gegenüber hinzusetzen; er sah aus, als schlüge sein Herz immer noch heftig, wiewohl er den Bogen schon um die Wachhunde gemacht hatte.

„Was hat es für einen Sinn, dieses Zeug zu kopieren?“ fragte er eines Abends, nachdem er sich meine Kopien angesehen und eine Weile nachgedacht hatte.

„Gar keinen Sinn!“

„Wozu also kopieren?“

„Aus keinem besonderen Grunde.“

„Ich glaube, du könntest etwas schreiben . . . “

Ich begriff, worauf er aus war. Er und seine Freunde gaben die Zeitschrift „Neue Jugend“* heraus, schienen jedoch bisher keinen Widerhall, günstig oder ungünstig, gefunden zu haben, und ich erriet, daß sie sich einsam fühlen mußten. Dennoch sagte ich: „Stelle dir ein fensterloses, vollkommen unzerstörbares Haus vor, in dem viele Menschen in tiefem Schlaf liegen, ohne zu ahnen, daß sie bald ersticken werden. Du aber weißt, daß sie keinen Schmerz fühlen werden, da sie im Schlaf sterben. Wenn du nun laut rufst, um einige von denen zu wecken, die einen leichteren Schlaf haben, und diesen wenigen Unglücklichen bewußt machst, daß sie das Elend eines unwider-

ruflichen Todes erleiden müssen – glaubst du, du

ruflichen Todes erleiden müssen – glaubst du, du hast ihnen damit einen guten Dienst erwiesen?“

„Wenn einige erwachen, dann kannst du nicht sagen, es bestehe keine Hoffnung, das eiserne Haus zu zerstören.“

Zugegeben, ungeachtet meiner eigenen Überzeugung konnte ich nicht behaupten, daß es keine Hoffnung gebe, denn Hoffnung liegt in der Zukunft. Ich konnte nicht mich selber als Beweis anführen, um seine Behauptung, es könnte solche Hoffnung geben, zu widerlegen. Also erklärte ich mich einverstanden zu schreiben. Das Ergebnis war meine erste Erzählung: „Das Tagebuch eines Verrückten“. Seither konnte ich nicht aufhören zu schreiben und pflegte auf Verlangen von Freunden von Zeit zu Zeit irgendwelche Erzählungen zu schreiben, bis ich mehr als ein Dutzend davon beisammen hatte.

Was mich selber betrifft, so fühle ich keinen großen Ansporn mehr, mich zu äußern, aber ich rufe – vielleicht weil ich den Kummer meiner früheren Einsamkeit noch nicht ganz vergessen habe – manchmal auf, um die einsam weitergaloppierenden Kämpfer aufzustacheln, damit sie nicht den Mut verlieren. Ich schere mich nicht darum, ob mein Ruf mutig oder traurig, abstoßend oder lächerlich ist. Da es aber ein Aufruf zum Kampf ist, habe ich natürlich den Befehlen meiner Generäle zu gehorchen, und darum halte ich mich nicht immer an die Wahrheit, wie zum Beispiel in der Erzählung „Die Arznei“, wo ich auf dem Grab des Sohnes aus dem Nichts einen Kranz auftauchen ließ, während ich in „Der kommende Tag“ nicht sagte, ob die Mutter von ihrem Sohn träumte oder nicht. Denn unsere Vorgesetzten sind gegen Pessimismus. Und ich persönlich möchte die jungen Leute, die immer noch angenehme Träume träumen, wie ich sie als Jüngling träumte, nicht mit der Einsamkeit verseuchen, die ich so bitter fand.

Es ist demnach klar, daß meine Erzählungen weit davon entfernt sind, Kunstwerke zu sein, und ich schätze mich glücklich, daß sie als Erzählungen anerkannt und sogar in einem Buch gesammelt werden. Wiewohl mich dieses gute Geschick etwas unbehaglich stimmt, freue ich mich doch darüber, daß meine Erzählungen, im Augenblick zumindest, Leser haben.

Da diese meine Erzählungen aus den oben angeführten Gründen, zu einem Band vereinigt, neu gedruckt werden, hatte ich ihnen einen Gesamttitel zu geben und habe „Aufruf zum Kampf“ gewählt.

Peking, am 3. Dezember 1922

Auszug aus „Einige Erzählungen von Lu Hsün“, zu beziehen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim

* Die Hauptzeitschrift während der Kulturrevolution jener Zeit